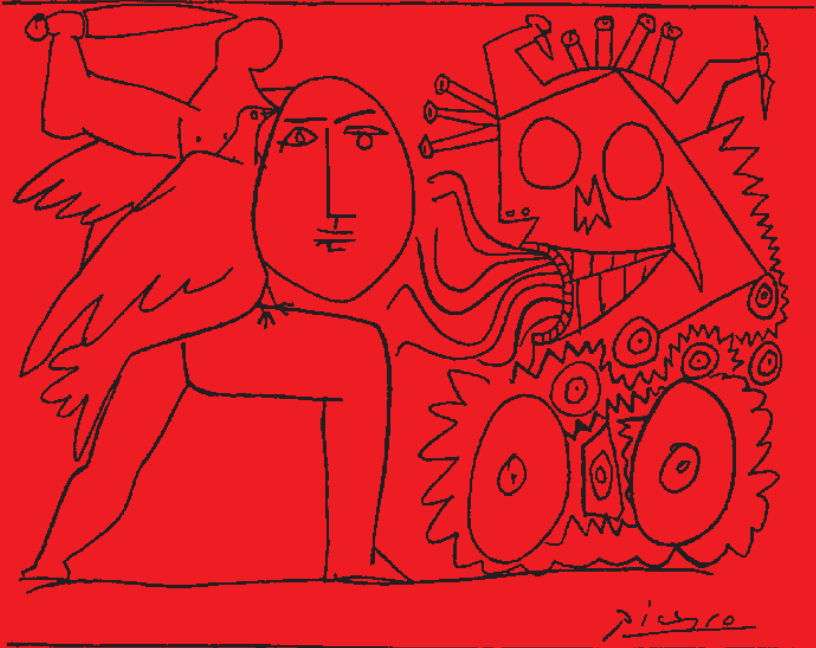


DISKURS

STREITSCHRIFTEN ZU GESCHICHTE
UND POLITIK DES SOZIALISMUS. HEFT 12



HELMUT BOCK

DIE FATALE ALTERNATIVE

VON KRIEG UND FRIEDEN

DISKURS

STREITSCHRIFTEN ZU GESCHICHTE
UND POLITIK DES SOZIALISMUS

Im Auftrag der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e. V.
herausgegeben von
Klaus Kinner, Wolfgang Scheler und Ernst Wurl

HEFT 12

HELMUT BOCK

DIE FATALE ALTERNATIVE

VON KRIEG UND FRIEDEN

INHALT

Vorwort (3)

Globalismus und bürgerliche Revolutionen
Von Hugo Grotius bis Karl Marx (4)

Weltkrieg in Sicht

Pazifismus und Marxismus (38)

Weltkrieg und Sozialismus

Die russische Tragödie (56)

Die Bombe

Wie human sind die USA? (86)

Schöne neue Welt

Zwischenbilanz 2000 (93)

Zum Autor dieses Heftes (105)

Vorwort

Krieg geißelt in blutigen Intervallen die Menschheit. Ein unauslöschliches Wundmal, so brennt er sogar noch in den Erinnerungen der Völker und Nationen, wo er auf zwielichtige Weise fortzudauern scheint: mit Heldenlegenden und Klageliedern, Jubelfeiern und Volkstrauertagen, Siegssäulen und traumatischen Gefühlen der Schmach und Vergeltung.

Krieg fällt die Zäsuren der Macht, des Aufstiegs oder des Sturzes zahlreicher Herrscher und Regime. Krieg war das Schwert der Revolutionen, die gegen die Gewalt der Bedrücker die Gewalt der Unterdrückten kehrten. Krieg war der böse Zwillingsbruder der kühnen Entdeckung, wodurch die Kolonialreiche erobert wurden. Krieg war schließlich auch Waffe des Patriotismus, womit aufgebrachte Massen für ihr Land, für Unabhängigkeit und vermeintliche Freiheit fochten. Dem schlicht lebenden Volk erschien Krieg als ein Schicksal, das mit Verheerungen drohte und tatsächlich heimsuchte. Nur Kritik lotete tiefer: Das Volk gründet und baut die Städte, die Torheit der Fürsten verwüstet sie wieder.

Vom Anfang eines neuen Jahrhunderts und zugleich Jahrtausends zurückblickend auf die ganze Geschichte der Neuzeit, sehen wir zwei Entwicklungen widerstreiten. Die erste offenbart Tendenz und Triebkräfte von Staatspolitiken, die mit den martialischen Mitteln des Hegemoniestrebens, der unaufhörlichen Rüstung, des zerstörenden Krieges zum Massenmord von Staats wegen, zum Ruin der Moral und Kultur – und im Zeitalter nuklearer Waffensysteme: zum Exitus der Menschheit führt. Die gegenläufige Entwicklung allerdings zeugt für Bedürfnis und Interessenträger einer anderen Politik: Sie lebt in Friedensdenken und Friedensbewegungen, Deklarationen der Menschenrechte und Geboten des Völkerrechts, Völkerfreundschaften und universalen Föderationen, die auf vernünftige und friedliche Konfliktlösungen abzielen, auf eine Verwirklichung gemeinsamer Sicherheit, Gleichberechtigung, Solidarität – und endlich des Weltfriedens.

Krieg oder Frieden? Von Staatsegoismus, Nationalismus, Vorherrschaft verursachte Katastrophen oder von humaner Ratio und ehrlichem Friedenswillen gesteuerte Entwicklung? Welche Kraft dieser entscheidenden Alternative wird in der Menschen- und Staatenwelt heute und morgen obsiegen?

Globalismus und bürgerliche Revolutionen *Von Hugo Grotius bis Karl Marx**

Auf den ersten Blick scheint kaum schwierig zu sein, einen Zuspruch für Frieden zu gewinnen. Doch staatliche Friedensliebe, Pax ohne Augenzwinkern, war und ist eine stets gefährdete Utopie. Schon vor fünfhundert Jahren wurde Europa mit den übrigen Weltregionen übel verstrickt. Unter dem Zeichen des christlichen Kreuzes segelte Kolumbus nach Indien und fand die Gestade Amerikas (1492). Noch war er auf seiner zweiten Schiffsreise mit der Entdeckung von Kuba, Jamaika und Puerto Rico befaßt, noch war Vasco da Gama zur Umsegelung des Südkaps von Afrika nicht aufgebrochen, also die Seefahrt nach Indien nicht gelungen – da schon gerieten die Völker der Erde in die Raubfänge zweier Staaten Europas. Spanien und Portugal, die römisch-katholischen Feudalmächte, beanspruchten Weltherrschaft. Sie teilten die außereuropäischen Länder und Meere an einer Meridianlinie unter sich auf, die 370 Seemeilen westlich der Kapverdischen Inseln verlief. Ihre Verträge von Tordesillas (1494) und wenig später auch Saragossa (1529), die Spanien die westliche, Portugal die östliche Hemisphäre und überdies beiden die Teilung des Pazifiks zusprachen, usurpierten das Recht, Kolonialreiche zu erobern und sämtliche Schiffe anderer Länder zu verfolgen. Dieser Anmaßung globalistischer Herrschaft erteilte der Papst in Rom namens des »göttlichen Friedens« seinen allerhöchst christlichen Segen.

Immer scheint es riskant, solche Friedenspolitik als das zu bezeichnen, was sie wirklich ist. Erasmus von Rotterdam schlüpfte eigens unter die Schellenkappe der Torheit, um in närrischer Verkleidung die hohen Priester der Papstkirche zu entlarven. »Ich habe noch nicht in Erfahrung bringen können, ob sich betreffs des Krieges die Päpste nach dem Vorbilde einiger deutscher Bischöfe richten oder ob diese Bischöfe nach dem Beispiele der Päpste handeln [...]. Ohne sich um den Gottesdienst, den Segen oder die anderen Pflichten ihres Amtes zu kümmern, führen sie nur Krieg und immer wieder Krieg, so daß es fast für feig und der [...] Ehre nicht entsprechend gilt, anderswo als in der Schlacht den Heldengeist zum Ruhme Gottes aufzugeben.«¹ Nach den Worten eines

* Dieser Text ist die erweiterte Fassung eines Vortrags, der am 16. November 1999 auf einer Veranstaltung der »Hellen Panke e.V.« in Berlin gehalten wurde: »Die fatale Alternative. Krieg und Frieden im Wandel der Neuzeit«.

¹ Erasmus von Rotterdam: *Das Lob der Torheit. Kapitel 60. Ulm 1534. Zit n. d. Ausg. v. Claus Träger. Leipzig 1987. S. 124.*

gehässigen Klerikers legte Erasmus die Eier, die Martin Luther ausbrütete. Verschanzt hinter seinem Schreibpult und den Tumult, den offenen Aufruhr scheuend, setzte Roterodamus nur auf die milde Wirkungskraft des Geistes. Jedoch seine Kritik nährte die Reformation des geistlichen Rebellen zu Wittenberg und dann gar die sozialen Empörungen der Bauern, Bergknappen, Armen unter den Fahnen des Bundschuhs und des Regenbogens. Aus Schrift und Rhetorik des Humanismus erwuchsen die Rebellionen des vielgestaltigen Protestantismus gegen die Allmacht der römisch-katholischen Papstkirche.

Was aber waren die Resultate? Die sozialrevolutionären Empörer wurden niedergemacht, ihre Spuren in Strömen von Blut verwischt. Hingegen Luthers Reformation, politisch gesichert im Bündnis mit wohlhabenden Städtebürgern und etlichen papstfeindlichen Fürsten, siegte in weiten Gebieten Deutschlands und Nordeuropas: durch die Neugestaltung von Religionsgemeinschaften, Staatskirchen, Landesgesetzgebungen – nicht zuletzt die profitable Enteignung des römisch-katholischen Grundbesitzes. Dennoch mußte der Reformator seine Mühen mit Enttäuschung quittieren. Die Kirchenspaltung zog den Religionskrieg nach sich. Und die bessere, wahrhaft christliche Lebensordnung, die ihm vorgeschwebt hatte, mißlang auch in protestantischen Landen infolge des von ihm selbst aufgeputschten Bürgerkrieges und Massenmords an Plebejern und Bauern. Durch Waffengewalt entartet die Gesellschaft in Staatswillkür und Haß, sittlicher Verrohung und Verwahrlosung.

Krieg, Handel und Piraterie

Bedeutendste Folge der Reformation war auf dem Kontinent die Unabhängigkeitsrevolution der kalvinistisch gesinnten Niederländer gegen die Fremdherrschaft Spaniens und seines absolutistischen Königums. Sobald aber das Bürgertum historisch zum ersten Male selbst das Staatsruder führte, galt sein Bemühen nicht nur der nationalen Souveränität, dem frühbürgerlichen Liberalismus und der neuchristlichen Gottesfurcht. Es erhob ebenfalls weltpolitische Ansprüche. Kaufleute, Reeder und Militärs, die in der Republik der Vereinigten Niederlande (1581) das Sagen hatten, verfolgten drei globale Ziele: erstens störfreien Handel in Europa, zweitens Freiheit der Meere für ungehinderte Schifffahrt und drittens Eroberung eigener Kolonien.

Die »Holländisch-Ostindische Kompanie« (1602) und ihre »westindische« Schwestergesellschaft (1621), beide nach englischem Vorbild und mit staatlichen Hoheitsrechten versehen, brachen das spanisch-portugiesische Monopol der Seefahrt und der kolonialen Besitzungen mit

Waffengewalt. Dabei erwies sich, daß Handelskapital und Krieg verschwistert waren. Generalgouverneur Jan Pieterzoon Coen, der das alte indonesische Djakarta niederbrennen und statt dessen das Kolonialfort Batavia errichten ließ, schrieb an das Amsterdamer Direktorium seiner »Kompanie«: »Euer Ehren sollten aus Erfahrung wissen, daß der Handel in Asien unter Schutz und Gunst der Waffen [...] vorwärtsgetrieben [...] werden muß und daß die Waffen mit dem Handelsgewinn bezahlt werden müssen; daß wir [...] Handel nicht ohne Krieg und Krieg nicht ohne Handel führen können.«² Spaniens Konquistadoren hatten die Ureinwohner der Karibischen Inseln nahezu ausgerottet und durch Arbeitssklaven aus Afrika ersetzt. Die Niederländer waren bei Landnahme, Mord und Menschenhandel kaum weniger einfallreich. In Indonesien, Hinterindien, Ceylon, Süd- und Westafrika eroberten sie ein Kolonialreich, wo sie jene Reichtümer zusammenraubten, die sie in freier Fahrt über die Meere bringen und in freiem Handel auf dem Kontinent Europas zu Geld machen wollten.

Für den Kaufmannsliberalismus schrieb der Holländer Hugo Grotius. »Mare liberum« (1609) verlangte die Abschaffung der monopolistischen Seerechtsdoktrin und auch der englischen Freibeuterei in keinem geringeren Namen als dem der Menschheit. Die Freiheit des Handels und somit der Schifffahrt beruhe auf einem »ursprünglichen Völkerrecht«, das nicht aufgehoben werden könne – es sei denn mit »Billigung aller Völker«.³ Würde es den Niederländern streitig gemacht, so müsse dieses Naturrecht mit Gewalt der Waffen zurückgewonnen werden. Dieser Denker beschirmte mit seiner Schreibfeder, was kanonenbestückte Großsegler und mit Musketen bewaffnete Schiffsmannschaften in Übersee praktizierten.

Selbst die berühmteste Schrift des Grotius trägt die militärische Konsequenz damaliger Staatenbeziehungen an erster Stelle ihres Titels: »De jure belli ac pacis« (1625). Er konnte den Krieg als ein Mittel der Politik nicht beseitigen. Doch zu einer Zeit, da in der Mitte Europas die Soldateska des Dreißigjährigen Krieges ganze Landstriche verödete, wirkte Grotius auch für das humane Bestreben, den Krieg wenigstens einzuhegen. »Ich sah in den christlichen Ländern eine ausgelassene Kriegführung, deren sich selbst rohe Völker geschämt haben würden; man greift aus unbedeutenden [...] Gründen zu den Waffen, und hat man sie einmal ergriffen, so wird weder das göttliche noch das menschliche Recht

² Zit. n. Charles Ralph Boxer: *The Dutch Seaborn Empire*. London-New York 1985. S. 96.

³ Hugo Grotius: *Von der Freiheit des Meeres*. Hrsg. von Richard Boschan. Leipzig 1919. S. 77.

geachtet, gleichsam als wenn auf Befehl die Wut zu allen Verbrechen losgelassen worden wäre.«⁴ Kraft eines juristischen Regelwerkes, das die Staatenbeziehungen mit Richtlinien und den Krieg mit zivilisierenden Grundsätzen versah, wollte Grotius in die internationale Politik ein gewisses Maß an Vertragsgemäßheit und Berechenbarkeit einführen. Dabei ging er von den Rechten und Pflichten eines Staatsbürgers aus. Er setzte ein auf Ordnung und Sicherheit bedachtes Bürgerrecht als Maßstab für Völkerrecht: »Denn der Bürger, welcher eines gegenwärtigen Nutzens wegen das bürgerliche Recht verletzt, zerreißt damit das Band, was den dauernden Nutzen seiner selbst und seiner Nachkommenschaft einschließt, und ein Volk, welches das Natur- und Völkerrecht verletzt, reißt damit für die Zukunft die Schutzwehr seines Friedens nieder.«⁵

Bereits in der Wiege des neuzeitlichen Bürgerrechts keimte ein Völkerrecht, dessen Spur wir bei Karl Marx, später auch Wladimir I. Lenin, wiederfinden. Dazu zählen allerdings auch die traditionellen Rechtsgründe zur Führung von Kriegen, die Grotius in den Satz komprimiert: »Die Ungerechtigkeit des Gegners macht den Krieg gerecht.«⁶ Bedeutete dies eine Anerkennung des Verteidigungskrieges, nach Grotius sogar des Krieges zur Wiedererlangung des Geraubten und Bestrafung von Rechtsbrechern, so bedachte er dennoch den möglichen Mißbrauch: Hinter dem Schild geheuchelter Verteidigung konnte ein Staat den Angriff auf einen anderen wagen. Er verneinte expressis verbis den Angriffskrieg – wie auch den »Präventivkrieg«: »Daß die Möglichkeit, Gewalt zu erleiden, schon das Recht, Gewalt zu gebrauchen, gebe, ist ohne allen gerechten Grund.«⁷ Dieser völkerrechtliche Vordenker, der schließlich in den Niederlanden in Ungnade fiel und nach unglücklicher Seereise in Rostock verstarb, stand am Anfang jener neuzeitlichen Entwicklungslinie, die nicht auf pure Kriegsentfesselung, sondern auf gesetzlich gegründete Beziehungen zwischen den Staaten gerichtet war.

Drei Jahre nach seinem Tod, als Diplomaten von 148 Staaten in Münster und Osnabrück tagten, um den 30jährigen Gebietsverheerungen und Menschenabschlachtungen in Europa ein Ende zu machen, saßen Vernunftgründe des Grotius mit am Verhandlungstisch. Doch nicht seine Ideen waren Primärkraft – es war der Krieg selbst, der zum Westfäli-

4 *Des Hugo Grotius drei Bücher über das Recht des Krieges und Friedens, in welchen Natur- und Völkerrecht und das Wichtigste aus dem öffentlichen Recht erklärt werden. Übers. u. hrsg. von Julius H. v. Kirchmann. Bd. 1. Leipzig 1877. S. 48.*

5 *Ebenda. S. 36.*

6 *Ebenda. Bd. 2. S. 217.*

7 *Ebenda. S. 237.*

schen Frieden (1648) zwang. Millionenverluste, Staatsbankrotte, meuternde Heerhaufen und soziale Rebellionen trieben die verfeindeten Regime zur Konfliktberatung und rationalen Konfliktlösung. Historisches Resultat waren die endgültige Anerkennung der Reformation und der Verzicht Spaniens, des obersten Schwertträgers der Papstkirche, auf Vorherrschaft in West-Mittel-Europa. Ein Ergebnis von Geschichtsmächtigkeit war überdies die Anerkennung der souveränen Niederlande – erkämpft von drei Generationen, die ihren Aufstieg im vorigen Jahrhundert mit der riskanten Erhebung von siebzigtausend Rebellen begonnen hatten und nunmehr ihre bürgerlich-protestantische Republik als führende Handels- und Finanzmacht Europas triumphieren ließen. Aber auch die römisch-katholische Feudalmonarchie Frankreichs, im Bündnis mit Niederländern und dem gleichfalls protestantischen Schweden, erntete großen Prestigegewinn: Sie verfolgte den ehrgeizigen Plan, Spaniens verlorene Universalmacht auf dem Kontinent und in Übersee zu beerben. Bei alledem gedieh der vorgebliche Streit um »religio« zum Schacher um »regio«. Macht- und Landgewinn war im kirchlich gespaltenen Europa der oberste Beweggrund eines Bündels von Abkommen, die zur »Pax christiana, universalis, perpetua« – dem christlichen, allgemeinen und immerwährenden Frieden – schöngefärbt wurden. Zeitgenössische Skeptiker wie Friedrich v. Logau wußten es besser:

»Der Fried ist ungewiß, Ruchlosigkeit gewisser,
Viel Frevler hat es noch und wenig rechte Büsser [...].«⁸

Indes siegte die bürgerliche Revolution in England und zelebrierte allen Fürsten von Gottes Gnaden, wie man einen absolutistisch gesinnten Monarchen mittels Parlament, Richter und Henker vom Leben zum Tode brachte. Kaum saß also auch dort ein protestantisches Bürgertum in den Sesseln der Macht, so paarten sich Freiheitsdrang und Glaubenseifer wiederum mit Raub und Krieg. Nicht die Hinrichtung Karls I., des Königs von England, – die Niederwerfung des Nationalaufstands der katholischen Iren durch Oliver Cromwells Armee war ein martialischer Sündenfall dieser Revolution. Mit dem Blute Irlands befleckt, griff die englische Waffenhand noch viel weiter aus. Londons Reeder und Kaufleute, seit dem Sieg über Spaniens Armada (1588) an maritime Gewalt und Kolonialpolitik längst gewöhnt, ließen eine Navigationsakte (1651) gegen die Niederländer deklarieren, die drei See- und Handelskriege (1652–54, 1665–67, 1672–74) zur Folge hatte. Der auf Handelsmonopol, Seeherrschaft und koloniale Hegemonie angelegte Globalkonflikt, der zuvor vom Gegensatz zwischen Spanien und den Niederlanden, also

⁸ Zit. n. Franz Horn: *Die Poesie und Beredsamkeit der Deutschen von Luthers Zeit bis zur Gegenwart*. Bd. 1. Berlin 1822. S. 213.

vom Konflikt feudaler und bürgerlicher Interessen, bestimmt gewesen war, differenzierte sich jetzt durch den Zuwachs des interkapitalistischen Konkurrenzkampfes. »Krieg, Handel und Piraterie, dreieinig sind sie, nicht zu trennen« – Goethes lakonischer Aphorismus⁹ zielt auf diese globalistischen Kämpfe um Warenverkehr und Vorherrschaft, Reichtum und Weltführungsmacht.

Nach wechselvollen Kämpfen siegten die Briten. Sie unterbanden den holländischen Zwischenhandel, nahmen den Warenverkehr, der aus den Kolonien nach Europa und von Europa nach den Kolonien gelangte, unter ihre Kontrolle. Doch der Konflikt mit den Niederlanden wurde zuletzt auf eine eigentümlich englische Weise befriedet: Die »Glorious Revolution« (1688/89) – Staatsstreich der »grundherrlichen kapitalistischen Plusmacher«¹⁰ gegen die katholische Konterrevolution – hob in der Person Wilhelms III. von Oranien, des Statthalters der Niederlande, einen protestantischen Holländer auf den englischen Königsthron. Die holländische Schaluppe geriet somit an das Schlepptau der britischen Fregatte.

Die frühkapitalistischen Potenzen, die nunmehr durch die Personalunion des Oraniers vereinigt waren, richteten ihre Offensivkraft sodann gegen das andauernde Vormachtstreben Frankreichs, des feudalen Absolutismus unter König Ludwig XIV. Briten und Niederländer formierten in den Pfälzischen und Spanischen Erbfolgekriegen (1688–1697, 1701–1714) zwei »Große Allianzen«, in denen sie sich mit den Feudalmächten Österreich, Brandenburg-Preußen, Spanien, Portugal und Savoyen verbündeten. Frankreichs landhungriges Bestreben nach einer Universalmonarchie wurde durch diese Kriege verhindert. Es war vielmehr Großbritannien, das reiche Beute davontrug. Während es auf Europas Festland für »balance of power«, zwischenstaatliche Stabilität und Enthaltsamkeit, fechten und dann auch verhandeln ließ, vergrößerte es seine längst schon in Indien, Westafrika, der Karibik und Nordamerika begründete Kolonialmacht durch die Eroberung von Gibraltar, Neufundland und der Länder an der Hudsonbai. Der Philosoph John Locke, der die Politik des Londoner Parlaments und des Königtums an Freiheit und Rechtssicherheit des Eigentums maß, also das Bürgertum über seine Interessen aufklärte, soll auf die Frage nach der Rechtllichkeit englischer Landnahme in Irland, der Plantagen in Amerika und der dortigen Sklavenhaltung geantwortet haben: »Gott gab die Erde den Vernünftigen, Fleißigen, den Tüchtigen.«¹¹

9 Johann Wolfgang Goethe: *Faust. Zweiter Teil. Fünfter Akt.*

10 Karl Marx: *Das Kapital. Erster Bd. 24. Kapitel. In: MEW. Bd. 23. S. 751.*

11 Nach Hermann Klenner: *Über Bürgerkrieg und Staatenkrieg. Dialog John*

Die Friedenskongresse zu Utrecht (1713) und Rastatt (1714), die den britischen Machtgewinn bestätigten, aber den Versailler »Sonnenkönig« nach 54 Regierungs- und 30 Kriegsjahren in die Schranken verwiesen, erfolgten im Geiste feudal-bürgerlicher Koexistenz. Die bisherigen Kombattanten und auch Staaten, die an den Kriegshändeln nicht beteiligt gewesen, erhoben das »Gleichgewicht« zum Prinzip der Staatenpolitik auf dem europäischen Kontinent.

Aufklärung und Friedensdenken

So begann eine flüchtige Zeitspanne, in der Regierungsvertreter die Interessen ihrer Regime auf periodisch tagenden Kongressen zu wahren hofften. Gegensätze durch Verhandlungen auszugleichen und alles zu vermeiden, was zum feindlichen Bruch führen könnte, nannte der französische Minister André Hercule de Fleury als Gastgeber des Kongresses in Soissons (1728) eine Aufgabe europäischer Staatskunst. Daß die von Handels- und Erbfolgekriegen erschöpften Staatskassen im Zustand einstweiliger Kriegsuntauglichkeit waren, also jeder militärische Konflikt den Staatsbankrott fürchten ließ, kam dabei weniger zur Sprache. Immerhin bestand jetzt ein Klima, in dem eine Saat gestreut wurde, deren Keimlinge hinfort in den Traktaten der Aufklärung gehütet wurden.

Der Mann, der die Linie des Friedensdenkens fortsetzte, war der Franzose Abbé de Saint-Pierre. Sein Vorläufer Grotius hatte rechtliche Verbindlichkeit in die internationalen Beziehungen einführen und den Krieg mit Gesetzeszäunen umstellen wollen. Saint-Pierre war bestrebt, mehr zu tun: Er wollte den Krieg abschaffen. Was er zu diesem Zweck gegen das Augurenlächeln seines Jahrhunderts pedantisch und unverdrossen in die Welt setzte, war ein dreibändiges Lehrgebäude: »*Projet pour rendre la paix perpétuelle en Europe*« (1713/17).¹² Wohl beklagte der frühe Aufklärer eine immer offene Kluft zwischen dem Fortschritt von Wissenschaften und Künsten sowie der Rückständigkeit von Politik und Moral. Doch seine Argumente, die er den Fürsten und ihren Ministern auch in Audienzen und Briefen vortrug, waren vom Glauben an die Vernunft und historischen Optimismus beseelt: »Der Krieg wirft die bestverwalteten Staaten in die Barbarei zurück. Man hat schon lange

Lockes für einen englischen Gentleman. In: Krieg oder Frieden im Wandel der Geschichte. Von 1500 bis zur Gegenwart. Hrsg. von Helmut Bock und Marianne Thoms. Berlin 1989. S. 57.

¹² *Charles-Iréné de Saint-Pierre: Projet pour rendre la paix perpétuelle en Europe. Vol. 1–2. Utrecht 1713. Vol. 3. Utrecht 1717 [tatsächlich Lyon].*

gesagt, das Gesetz verstumme im Kriege [...]. Wenn überall die Methoden für die geistige Bildung und die sittliche Erziehung vervollkommen würden, so würden die großen Männer unseres Zeitalters nur Schulbuben im Vergleich zu denen künftiger Zeiten sein. Was aber kann Europa diese große Vervollkommnung bescheren, wenn nicht ein ungestörter Friede?¹³ Diese Argumentation setzte auf die Vernunft der Regierenden. Das Mittel, um »la paix perpétuelle«, den Ewigen Frieden, zu erreichen, sollte ein möglichst gewaltfreier Staatenbund der »mächtigsten Souveräne Europas« sein.

Obwohl – oder gerade weil – Saint-Pierre ein Franzose war, Untertan des zentralistischen Absolutismus, bevorzugte er als Modell seines völkerrechtlichen Denkens die föderalen Strukturen des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation. Diese transponierte er in die Idee einer Staatenföderation, wo noch heutige Grundsätze für Souveränität, Gleichberechtigung und Gewaltverzicht gelten sollten. Jeder konföderierte Staat besaß unabhängig von seiner Größe nur eine Stimme im Plenum, mußte aber zu den Bundesfinanzen gemäß seinen Einkünften beitragen. Im Konfliktfall sollten Schiedsspruch und Mehrheitsbeschluß von mindestens drei Vierteln aller Stimmen entscheiden. Eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten der anderen Länder war untersagt. Doch schienen bewaffnete Bundestruppen vonnöten, um mögliche Friedensbrecher zu hindern oder zu strafen. Absicht des ganzen Projekts war ein Frieden, der jede teilnehmende Regierung, jedes Land vor Staatenkrieg schützte, aber auch dem Bürgerkrieg widerstrebte. Wegen der Unmöglichkeit, einen solchen Frieden schon für die ganze Menschheit herbeizuführen, beschränkte der Abbé seinen Plan auf die christlichen Staaten Europas. Doch der Weltfrieden galt ihm als das noch höhere Ziel.

Die französische Aufklärung, in der dieses geschah, war ein Kind der englischen Aufklärung. Sie unterschied sich aber von dieser, weil sie das freiheitliche Denken eines Bürgertums besorgte, das nicht schon *an*, sondern noch *vor* der Macht stand. Gerade so, d. h. dem Staatskurs einer besitzenden und machtbeflissenen Klasse nicht dienen zu müssen, fanden Fortschrittsidee und Friedensdenken zu einer *Liaison*, die von den Geistkämpfern in Frankreich und ihren Parteigängern in aller Welt bei der Befreiung aus »selbstverschuldeter Unmündigkeit« vollzogen wurde. Niemals zuvor waren die Negativwirkungen des Krieges und die Möglichkeiten der Friedenserhaltung derart interessiert und vielseitig

13 Charles-Irénée de Saint-Pierre: *Der Traktat vom ewigen Frieden (1713)*. Hrsg. u. eingel. von Wolfgang Michael. Dt. Bearbeitg. von Friedrich v. Oppeln-Bronikowski. Berlin 1922. S. 72f.

diskutiert worden. Für Säkularisation, die Entfesselung vom religiösen Denken, sprach schon die Zurückweisung des altersgrauen Arguments der Theologen, wonach Kriege eine Prüfung und Strafe Gottes für die sündige Natur des Menschen seien. Den Universalschlüssel des neuen und anderen Denkens lieferte der Rationalismus: Er nährte die Überzeugung, daß Kriege nicht schicksalhaft, vielmehr von Menschen gemacht, daher kraft ihrer Vernunft ebenso gut vermieden, sogar abgeschafft werden könnten.

Indes aber hatten sich die Staatenbeziehungen verdüstert. 1734 begannen wiederum Kriege, wobei das beschworene Friedensprinzip des »europäischen Gleichgewichts« für Aggressionen erhalten mußte, denen seine angebliche Störung als Kriegsgrund galt. Sogar der Zündfunke des englisch-französischen Kolonialkrieges in Nordamerika sprang auf Europa über und entflamte den Siebenjährigen Krieg (1756–1763). Vor diesem Hintergrund finden wir nun die rationale Definition des Krieges im siebten Band von Denis Diderots »Enzyklopädie«: »Der Krieg ist ein Streit unter Herrschern, der mit Hilfe von Waffen ausgetragen wird.«¹⁴ Herausgeber und Autoren dieses Epochenwerkes begriffen sich selbst als »Lumières«, Träger des Lichts im geistigen Erleuchtungsprozeß des eigenen Volkes und der Menschheit. Sie warfen das Schlaglicht der Erkenntnis zumal dort, wo »la Guerre« interpretiert wurde. »Der Krieg erstickt die Stimme der Natur, der Gerechtigkeit, der Religion und der Menschlichkeit. Er bringt nur Raub und Verbrechen hervor; es ziehen mit ihm der Schrecken, die Hungersnot und die Verwüstung einher; er zerreißt Müttern, Gattinnen und Kindern das Herz; er verwüstet die Felder, entvölkert die Provinzen und verwandelt die Städte in Staub. Er laugt die blühenden Staaten mitten in den größten Erfolgen aus; er setzt die Sieger tragischen Rückschlägen aus; er verdirbt die Sitten aller Nationen und macht noch mehr Menschen unglücklich, als er dahinrafft. Das sind die Früchte des *Krieges*.«¹⁵ Seit alters her hätten Menschen einander ausgeplündert und abgeschlachtet. Und um dieses auf zweckvolle Weise zu tun, seien Regeln und Prinzipien erfunden worden, die man »Kriegskunst« nennt, so daß von ihrer Meisterung die Ehre und der Ruhm abhängen.

Man sagt wohl, Moral sei das Salz in den Suppen der Aufklärer. Doch der Verfasser Louis Chevalier de Jaucourt schärfte seine Kritik an den Kriegstreibern, indem er »Gesetze der Verträglichkeit und der Friedensliebe« verfocht, die es den Menschen und damit den Fürsten nicht

¹⁴ Krieg – Guerre. In: Artikel aus der von Diderot und d'Alembert hg. Enzyklopädie. Auswahl von Manfred Naumann. Leipzig 1984. S. 514.

¹⁵ Ebenda. S. 516.

erlaubten, anders als gerecht und vernünftig zu handeln. Müsse indes ein Krieg »im äußersten Notfall aus einem gerechten Grund«, nämlich »um der Selbsterhaltung willen«, geführt werden, so habe er streng »in den Grenzen der Gerechtigkeit« zu verbleiben. Statt der zynischen Staatsweisheit, wonach das Recht im Waffenlärm schweigen müsse, wurden »ewige Gesetze« beschworen, die »für alle Zeiten und alle Völker bestimmt und in die Natur eingeschrieben« seien. Nicht ganz ohne resignativen Unterton stritt dieser Menschenfreund gegen den Unfrieden der Welt: Denn zu Lande und zu Wasser, in Okzident und Orient, in der Alten und der Neuen Welt – überall zerschnitt Krieg das noch schwache Band des Wohlwollens zwischen den Völkern. Eine Lösung erhoffte auch er sich von der Vernunft der Regierenden und einer besseren Organisation der Gesellschaft.

Andere allerdings trieben das Friedensdenken zur grundstürzenden Gesellschaftskritik. Der ihnen vertraute Saint-Pierre hatte Loyalität zu den Herrschern und somit zum Feudalabsolutismus gehegt. Jedoch Jean-Jacques Rousseau und der Abbé Gabriel Bounot de Mably zogen mit ihren Schriften geharnischt gegen die Fürsten zu Felde. Die »Kunst der Verträge« sei zur »Kunst der Intrige« entartet. Es sei die »Konstitution der Regierungen«, die sich »den Fortschritten der Wissenschaft von den Verhandlungen« widersetze.¹⁶ Das war der springende Punkt, wo die Ideen des Fortschritts und des Friedens umschlugen – vom Reformkonzept Saint-Pierres zum Vordenken einer Revolution. Die Erneuerung der internationalen Beziehungen erfordere Staatsordnungen, in denen das völkerrechtliche Souveränitätsprinzip der Fürstenmacht entzogen und auf das Volk – »la nation« – übertragen werden müsse. Nur eine Politik, die sich auf »Volkssouveränität« gründe und auf das Gesamtwohl der Nation orientiere, könnte auch die Lebensinteressen anderer Völker achten, also für den Frieden der Menschheit wirken. In der wechselvollen Einheit von Innen- und Außenpolitik ein Primat auf das Innere setzend, traten Rousseau und Mably für Staatsumwälzungen als Voraussetzung neuartiger Außenpolitik ein.

Ob nun von gemäßigt liberaler oder revolutionär-demokratischer Tendenz: Das neue Denken der Aufklärung berief sich auf rationale Einsichten in die Gesetze der Natur, wonach alle Menschen und Völker als ursprünglich gleich, also auch gleich-berechtigt gelten mußten. Es sprach im Namen des Naturrechts, das durch die Kraft der Vernunft endlich zu formulierten und anwendbaren Regeln gebracht schien, für

¹⁶ Nach Werner Bahner: *Formen, Ideen, Prozesse in den Literaturen der romanischen Völker. Bd. 2: Positionen und Themen der Aufklärung. Berlin 1977. S. 151.*

eine von Privilegien, überhaupt von Vorrechten entfesselte Menschenordnung. Demnach waren nationale sowie internationale Verhältnisse zu schaffen, in denen »Freiheit« und »Gleichheit« für alle Individuen als »unveräußerliche Menschenrechte« garantiert, zudem die Souveränität der Völker vor Willkürakten – Aggressionen und Angriffskriegen – bewahrt sein sollten. Beziehen wir diese Intentionen auf unsere heutige Weltlage, so ist die Tatsache ersichtlich, daß gut zwei Jahrhunderte vor Existenz der Vereinten Nationen ein historischer Fundus für Friedensdenken und Völkerrecht entstand. Die Lumière und ihre Vorläufer entwarfen Prinzipien, Organisationsformen, Rechtsklauseln, die in das moderne Regelwerk internationaler Beziehungen einfließen konnten.

Doch es gab nicht nur politisch-juristische und philosophische Argumente, die den Frieden als Möglichkeit oder gar Notwendigkeit begründeten. Wie die naturrechtlichen Denker des Bürger- und Völkerrechts, so huldigten auch die Physiokraten, Väter der bürgerlichen politischen Ökonomie in Frankreich, der humanen Grundidee, daß alle Völker nur Zweige am gemeinsamen Stamm der Menschheit seien. Die vorwiegend agrarpolitischen Theoretiker verwarfen den Merkantilismus, die monopolistische Wirtschaftspolitik der absoluten Regime und selbst der bürgerlich-parlamentarischen Großmacht Britannien, weil diese die Produktion und den Warenverkehr reglementierten, die Handelsinteressen anderer Völker absichtlich verletzten und somit Anlaß zum Krieg gaben. Freier Handel hingegen sollte das Medium gesunder Völkerbeziehungen, ein Bindeglied universaler Einheit und Vielfalt sein. Hier wiederum findet sich der rührende Glaube an die Kraft der Vernunft: Galt es doch nur, den *ordre naturel*, die rational einsichtige und richtige Wirtschaftsordnung, zu verwirklichen. Wenn nämlich ungehemmte Bewegung und freie Konkurrenz in den Handelsbeziehungen bestünden, dann entfalte sich zwischen Individuen und Völkern ein friedliches Spiel der Kräfte. Es bedürfte nicht einmal eines Systems konföderierter Souveräne, wie Saint-Pierre vorgeschlagen hatte. Der *ordre naturel*, der sich trotz des verschiedenen Kulturniveaus der Länder und Völker durchsetzen werde, schaffe menschheitliche Gemeinschaft und Interessenharmonie. Er vermöge den Ewigen Frieden herbeizuführen.

François Quesnay, Begründer des Physiokratismus und ebenfalls Mitarbeiter an Diderots »Enzyklopädie«, hatte die Kosten für Militär und Krieg »sterile Ausgaben« genannt, die zur jährlichen Reproduktion des Nationalreichtums keineswegs beitragen.¹⁷ Aber die Einsicht, daß

17 François Quesnay: *Allgemeine Maximen der Wirtschaftspolitik eines agrarischen Königreiches und Bemerkungen zu diesen Maximen*. In: *Ökonomische Schriften*. Übers., eingel. und unter Benutzung von neuen Materialien hrsg. von Marguerite Kuczynski. Bd. 2. Berlin 1971. S. 310.

Krieg zur ökonomischen Reproduktion der bürgerlichen Gesellschaft nicht nur nicht nötig, sondern geradezu schädlich sei, entwickelte Adam Smith auf der anderen Seite des Ärmelkanals. Der Analytiker des hochentwickelten Manufakturkapitalismus urteilte aufgrund seiner Theorie des Arbeitswertes und der Reproduktion weit entschiedener: »Große Nationen verarmen niemals durch private, wohl aber durch öffentliche Verschwendung und Mißwirtschaft. In den meisten Ländern werden alle oder fast alle Staatseinnahmen zum Unterhalt unproduktiver Leute verwendet. Dazu gehören diejenigen, die einen zahlreichen und glänzenden Hofstaat, eine umfangreiche Geistlichkeit sowie große Flotten und Armeen bilden, welche in Friedenszeiten nichts produzieren und im Krieg nichts erwerben, womit die Ausgaben für ihren Unterhalt auch nur während der Dauer des Krieges abgedeckt werden könnten. Da solche Leute selbst nichts produzieren, werden sie alle vom Produkt der Arbeit anderer Menschen erhalten.«¹⁸ Sie würden einen so großen Teil des Nationaleinkommens und somit der zum Fortgang produktiver Arbeit benötigten Kapitalien verschlingen, daß alle Sparsamkeit und Klugheit der übrigen Staatsbürger vergeblich wirkten, um die sinnwidrige Vergeudung der Mittel auszugleichen. Sämtliche Ausgaben für Rüstung und Krieg waren folglich nichts anderes als verlorenes produktives Kapital.

Der Kritik des Militärwesens im klassischen Werk über »Wesen und Ursachen des Reichtums der Nationen« (1776) entsprach eine humane Option für Frieden. Der Ökonom polemisierte daher auch gegen Handelsgesellschaften von der Art englischer und holländischer Ostindien-Kompanien, die in fernen Ländern militärische Gewaltherrschaft ausübten, um hohe Profite zu erzwingen. Freier Wettbewerb und internationale Arbeitsteilung seien die allein geeigneten Bewegungskräfte, die zur natürlichen Harmonie des ökonomisch-sozialen Lebens führten. Wohl bewirkten die zeitgenössischen Kriege und die »beklagenswerte Unvernunft« der Menschen, daß Smith in seine frohe Botschaft ebenfalls Molltöne des Zweifels mischte. Wenn aber begriffen würde, wie sehr die Vernunft für friedliche Arbeit und Kapitalakkumulation – also gegen Rüstung und Krieg – sprach, dann könnte die Entfaltung der Produktivkräfte im weiteren Verlauf der Geschichte den Reichtum und den Frieden der Nationen ermöglichen.

»Weltfrieden durch Freihandel!« Das war die universale Losung gegen Monopolisierung und Vormachtstreben, wiederholt von nachdenklichen Zeitgenossen und pazifistischen Nachfahren. Den geistigen Gold-

¹⁸ Adam Smith: *Eine Untersuchung über das Wesen und die Ursachen des Reichtums der Nationen*. Bd. 2. Berlin 1975. S. 87.

barren des Klassikers der liberalistischen Volkswirtschaftslehre zahlen heutige Neoliberalisten und Globalisierer in agitatorischer Münze aus, wobei ihnen auf Kosten der Völker massives Kapital auf die Bankkonten fließt. Aber die Grundüberzeugung, daß Krieg »Unheil im größten Maßstabe«¹⁹ ist, scheint ihnen derzeit abhanden zu kommen.

»Atlantische Leitrevolutionen«

Kolonialer Bürokratismus, Verweigerung der Gleichberechtigung und des Freihandels, dagegen aufbegehrender Massenzorn entfachten die nordamerikanische Unabhängigkeitsrevolution. Zwei Jahrhunderte zuvor hatten die Niederländer noch gegen Spaniens feudale Fremdherrschaft revolutioniert. Jetzt empörten sich Kolonisten, die ins Land eingewandert waren, vor allem Kaufleute und Schiffseigner, Farmer und Plantagenbesitzer gegen das Handels- und Schiffahrtsmonopol ihres bürgerlich-aristokratischen Mutterlandes: des Königreiches Großbritannien. Dabei zeigte sich, daß menschenrechtliches und wirtschaftspolitisches Denken der Aufklärung bereits transatlantisch, also irreversibel war. Im Namen des Naturrechts rief Thomas Paine die Kolonisten zum Kampf gegen die Hegemonie der Londoner City auf. Seine Flugschrift »Common sense« (1776) nannte den bewaffneten Widerstand gerecht, weil der englische König begonnen hätte, den Konflikt mit kriegerischer Gewalt auszutragen: »Der Einbruch in unser Land mit Feuer und Schwert ist's, der in unserem Gewissen uns zur Ergreifung der Waffen berechtigt.«²⁰ Das war der Rückgriff auf die bekannte Argumentation, die zugunsten eines »Verteidigungskrieges« sprach. Doch alle sonstigen Kriege galten dem Pamphletisten als durchaus verwerflich, der Friede hingegen als ein hehres Ziel. Wie den entschiedenen Aufklärern in Frankreich, so mochte ihm scheinen, es sei allein die aristokratische Staatsform der Monarchie, die die Völker in Kriege stürze. Eine demokratische Republik hingegen werde den dauernden Frieden schaffen: Denn die »vollkommene Gleichheit« der Staatsbürger begründe eine Gesellschaftsordnung, in der es »keine Versuchung« zum Krieg geben könnte.²¹

19 Jeremy Bentham: *Defense of usury*. O. O. 1816. Zit. n. Oskar Kraus: *Der Machtgedanke und die Friedensidee in der Philosophie der Engländer. Bacon und Bentham*. Leipzig 1926. S. 56.

20 Thomas Paine: *Gesunder Menschenverstand. An die Einwohner von Amerika gerichtet*. Kopenhagen 1794. S. 121.

21 *Ebenda*. S. 72.

Auch die in Virginia beschlossene »Bill of Rights« (ebenfalls 1776), die Geburtsurkunde der USA, erwies sich als Frucht des Aufklärungsdenkens. Sie proklamierte die Fundamentalidee, wonach die Menschen »von Natur aus gleichermaßen frei« und mit »angeborenen Rechten« ausgestattet sind. Der Kampf um die Unabhängigkeit der am Atlantik gelegenen Siedlungen galt also auch der Emanzipation jedes einzelnen Kolonisten, des Individuums mit seinen bürgerlich-rechtlichen Ansprüchen. Diese finden sich im ersten Artikel des Grundgesetzes in zeitgenössischer Diktion formuliert: »Genuß des Lebens und der Freiheit und dazu die Möglichkeit, Eigentum zu erwerben und zu besitzen und Glück und Sicherheit zu erstreben und zu erlangen.«²² Eine logische Folge der Revolution und ihrer Propaganda war die Proklamation der Republik aufgrund der Volkssouveränität, folglich mit Wahldemokratie und liberaler Rechtsordnung. Zum Militärwesen bestimmte Verfassungsartikel 13: »Eine gut geschulte Miliz, dem Volke entnommen und in den Waffen geübt, ist der eigentliche, natürliche, sichere Schutz eines freien Staates; *stehende Heere sollten in Friedenszeiten, als der Freiheit gefährlich, nicht zugelassen sein*; in allen Fällen aber sollte das Militär der Zivilgewalt strikt untergeordnet und von ihr beherrscht werden.«²³ Die »Bill of Rights« schloß mit dem Appell an staatsbürgerliche Tugenden: »[...] es ist eine gegenseitige Pflicht aller, christliche Geduld, Liebe und Güte im Verkehr untereinander zu üben.«

Schon aber klappten Wort und Wirklichkeit auseinander. Die Freiheit der Negerklaven, die Thomas Jefferson im ersten Entwurf noch formuliert hatte, wurde unter dem Einfluß der Plantagenbesitzer und Sklavhalter gestrichen. Es folgten Indianer und bald auch weißhäutige Habsichtse auf der Liste der Minderberechtigten. Der Übergang von der streitbaren Unabhängigkeit zur räuberischen Außenpolitik erfolgte in den nächsten Jahrzehnten, und er sollte zwei Ziele haben: Kanada – aber insbesondere Mexiko.

Anders als in Nordamerika wirkten Ideen der Aufklärung am Anfang der Französischen Revolution. Da klangen Friedensbotschaften – nicht Kriegstrompeten. Wohl war der rasch geglückte Bastillesturm nichts Geringeres als die Waffengewalt einer rebellierenden Masse gegen die symbolhafte Zwingburg des monarchischen Absolutismus. Und auch die Bauern, die in etlichen Landesteilen feudale Herrensitze und Klöster in Brand setzten, praktizierten die Gewalt der Unterdrückten gegen die

22 *Virginia. Bill of Rights vom 12. Juni 1776. Zit n. Hermann Klenner: Marxismus und Menschenrechte. Studien zur Rechtsphilosophie. Anhang: Menschenrechtskataloge. Berlin 1982. S. 219.*

23 *Ebenda. S. 221 (Hervorhg. – HB).*

traditionelle Gewalt ihrer Bedrücker. Aber die Abgeordneten des Bürgertums, die eine Verfassung für das überkommene Königreich erstrebten und sich als Sachwalter der ganzen Nation auffaßten, wollten möglichst schnell wieder Ordnung und Sicherheit, den inneren und äußeren Frieden. Resultat dieses Gegensatzes zwischen volksrevolutionärer Gewalt und gemäßigten bürgerlich-liberalen Reformern war eine eilige Parlamentsinitiative zwecks neuer Rechtsordnung und Besänftigung der Massen. Dem Gleichnis der USA folgend, versprach die Pariser Nationalversammlung nun ebenfalls Menschen- und Bürgerrechte in einem grundgesetzlichen Prinzipienkatalog: »Artikel 1. Frei und gleich an Rechten werden die Menschen geboren und bleiben es. Die sozialen Unterschiede können sich nur auf das gemeine Wohl gründen. Artikel 2. Der Zweck jedes politischen Zusammenschlusses ist die Bewahrung der natürlichen und unverlierbaren Menschenrechte. Diese Rechte sind Freiheit, Eigentum, Sicherheit und Widerstand gegen Bedrückung.«²⁴

Die weltberühmte Deklaration vom 26. August 1789 besiegelte nicht nur die Liquidation des monarchischen Gottesgnadentums sowie der Privilegien des Adels und des Klerus. Sie stellte nicht nur den Grund- und Kapitalbesitz unter den Schutz der bevorstehenden Verfassung. Sie kündigte überdies eine zivilisatorisch-humane Aufgabe an: den »frei« und »gleich« geborenen Menschen und Staatsbürger in einer gerecht und freiheitlich gestalteten Gesellschaftsordnung zu verwirklichen. In dieser kritischen Phase der politischen und sozialen Entwicklung vertrat Frankreichs bürgerliche Besitzklasse ihr besonderes Interesse als das gemeinsame Interesse aller Franzosen und gar der Menschheit. Diesmal ging es nicht bloß um »Freiheit der Meere« und Rechtssicherheit der Staatsbürger, wofür Grotius argumentiert hatte. In der Hoch- und Endzeit des Manufakturkapitalismus proklamierte das Bürgertum, zum Gipfel der Macht steigend, seine liberalistischen Freiheiten als Menschenrechte. Dieselben Abgeordneten beschlossen wenig später auch einen neuen Grundsatz der Außen- und Militärpolitik: »Die französische Nation verzichtet darauf, einen Krieg zu Eroberungszwecken zu unternehmen; sie erklärt, daß sie ihre Streitkräfte niemals gegen die Freiheit irgendeines Volkes einsetzen wird.«²⁵ Das Vertrauen in die gütliche Allmacht der Vernunft schien ungetrübt; der Gedanke an Revolutionsexport mit beiläufigen Land- und Kapitalgewinnen lag noch fern. Das sichtliche Bestreben, den Krieg und zumal die Aggression aus dem Völkerleben zu

²⁴ *Erklärung der Rechte des Menschen und des Bürgers. 26. August 1789. Zit. n. Walter Markov: Revolution im Zeugenstand. Frankreich 1789–1799. Bd. 2: Gesprochenes und Geschriebenes. Leipzig 1982. S. 105.*

²⁵ *Ebenda. Bd. 1: Aussagen und Analysen. S. 158.*

verbannen, konnte das eigene Volk und auswärtige Franzosenfreunde gewinnen.

Dennoch begann allzu bald wieder ein Vierteljahrhundert der Staatenkriege. Schon am 20. April 1792 erklärte die konstitutionelle Monarchie Frankreichs den Krieg an Österreich, begründet als »gerechte Verteidigung eines freien Volkes« gegen den »ungerechten Angriff eines Königs«. ²⁶ Solch ein »Angriff« bestand vorerst allerdings nur in Form einer Pillnitzer Erklärung (27. August 1791), womit die feudalen Monarchen Österreichs und Preußens eine zukünftige Intervention gegen Frankreich androhten, sofern auch die anderen Fürsten Europas daran teilnähmen. Statt nun auf Zeit zu spielen und im noch bestehenden Frieden den vielleicht nötigen Verteidigungskrieg vorzubereiten, prellte das Regierungskabinett der »Girondisten«, Parlamentsfraktion des Bürgertums der Handels- und Hafenstädte, in den militärpolitischen Angriff vor. Sie beschönigte diesen als »Präventivkrieg« und behauptete, gerade auf diese Weise die äußere und innere Konterrevolution »mit einem Schlag« beseitigen zu können. Was dabei nicht offen bekannt wurde, war die Absicht, die Volksstimmungen, die gegen die neuen Vorrechte der Eigentümerklasse, die liberalistische Bereicherung der Reichen aufbegehrten und nach »Gleichheit« in einer Republik verlangten, durch Krieg nach außen hin abzulenken. Noch weniger als von militärischer Disziplinierung war von materiellen Interessen die Rede. Die Abgeordneten und ihre Klientel gierten nach Gewinnen aus Rüstungsproduktion, Heereslieferungen und aussichtsreichen Eroberungen.

Volksdemokratische Revolutionäre wie Jean-Paul Marat und Maximilien Robespierre gewahrten Frankreichs Krieg unter dem herrschenden Einfluß von Monarchisten und Geldaristokraten. Sie verneinten Zweckmäßigkeit und moralische Lauterkeit der militärischen Präventivaktion. Indem sie für Kriegsvermeidung und primäre Frontstellung gegen die innere Konterrevolution stritten, brachten sie zeitüberdauernde Argumente für Revolution und Demokratie, gegen Militarismus und Kriegstreiberei hervor. Die Kriegspropaganda der Girondisten wollte die »Herrschaft der Freiheit« mit Waffengewalt auf die Nachbarländer, im Rausch kosmopolitischer Rhetorik sogar auf das Menschengeschlecht übertragen. Es war das Problem des Revolutionsexports, das somit doch aufgeworfen wurde und hinfort durch die Weltgeschichte fluktuieren sollte – und Robespierre war der erste, der als Revolutionär dem fahrlässigen Wunschraum bürgerlicher Revolutionäre eine absolut abschlägige Antwort erteilte. »Sie nehmen zunächst die Last einer Eroberung Deutsch-

²⁶ *Kriegserklärung Frankreichs an Österreich. 20. April 1792. In: Ebenda. Bd. 2. S. 234f.*

lands auf sich; Sie führen unser siegreiches Heer zu allen benachbarten Völkern; Sie richten überall Gemeindeverwaltungen ein, Direktorien, Nationalversammlungen, und Sie rufen selber aus, daß dies ein stolzer Gedanke sei – als wenn das Schicksal der Reiche von unseren Redewendungen geregelt würde. [...] Niemand liebt Sendboten in Waffen; und das erste, was Natur und Klugheit gebieten, ist, sie als Feinde zurückzutreiben. Eine solche Invasion [...] könnte viel eher die Erinnerung an die Verwüstungen [...] der letzten Kriege wachrufen, als daß sie konstitutionelle Ideen zum Keimen brächte.«²⁷

Man bedenke die Schwierigkeit, gegen den Strom zu schwimmen, wenn er »patriotisch« eingefärbt ist: Ruhm und Ehre sind nicht zu gewinnen – eher der Vorwurf der Feigheit, der Verdacht des Verrats. Doch Robespierre sah das unnötige Wagnis des Angriffskrieges. Er sah die kommenden Kriegslasten auf dem Rücken des Volkes. Er sah den Aufstieg »unserer militärischen Patrizier« mit ihrem Willkürrecht über Leben und Tod und somit die von ihnen ausgehende Gefahr, daß die Revolution ihrer noch mangelhaften »Freiheit« und »Gleichheit« durch kriegsmäßige Ausnahmegesetze sogleich wieder beraubt würde. Selbst nach dem Sieg werde das Damoklesschwert eines »ehrgeizigen Generals« über dem Staatswesen hängen. Statt des »Präventivkrieges« schlug Robespierre energische Maßnahmen zur Vorbereitung des künftig vielleicht unvermeidlichen und dann erst wahrhaftigen Verteidigungskrieges vor. In einer kritischen Retrospektive urteilte der Leipziger Revolutionshistoriker Walter Markov: »Dieser Krieg vom April war von Nachteil, nicht von Vorteil, [...] eine zusätzliche Hypothek, nicht Abwurf von Ballast für die ausstehende Vollendung der Revolution, und gespickt mit Versuchungen, sie vom geraden Weg abbiegen zu lassen.«²⁸ Ob daher im Frühjahr 1792 schon eine »kritische Phase« bestand, die den Krieg zwischen der bürgerlichen Revolution und den feudalen Dynastien der Nachbarländer unaufschiebbar machte, ist Problemstellung einer Friedensforschung. Sie muß nach Möglichkeiten friedlicher, d. h. nicht militärisch ausgefochtener Entwicklungen fragen.

Tatsächlich begann jetzt ein Staatenkrieg, der die Revolution – den Bürgerkrieg – bis auf den Grund aufwühlte, weit tiefer und gewaltiger,

27 *Zweite Rede Robespierres gegen den Krieg. Jakobinerklub. 2. Januar 1792. Ebenda. S. 210. – Siehe Helmut Bock: Menschenrechte und Frieden. Wie aktuell ist Maximilien Robespierre? In: Freiheit, Gleichheit – und kein Ende. Streit um Menschenrechte. Berlin 2001. S. 5ff. (Helle Panke e. V.: Philosophische Gespräche 3).*

28 *Walter Markov: 1792 – Resümee über Krieg und Frieden. In: Weltgeschichte im Revolutionsquadrat. Hrsg. von Manfred Kossok. 2. durchges. u. erg. Aufl. Berlin 1982. S. 109.*

als dem Bürgertum, geschweige dem Adel, lieb war. Aus den Gefahren, die von der Koalition der Feudalmächte und bald auch Großbritanniens gegen Frankreich heraufbeschworen wurden, erwachsen innere Triebkräfte, die das Revolutionsgeschehen über die liberalistischen Ziele und taktischen Rücksichten der besitzbürgerlichen Führungsklasse hinausdrängten: Nicht genug, daß der fürstliche Absolutismus zugunsten der konstitutionellen Monarchie hatte verzichten müssen (1791) – die konstitutionelle Monarchie mußte der bürgerlich-liberalen Republik weichen (1792), und diese Republik wiederum radikalisierte sich zur revolutionär-demokratischen Jakobinerdiktatur (1793).

Es ist die heroische Tragödie der Großen Revolution der Franzosen, daß gerade diejenigen den Krieg Frankreichs zum Erfolg führen mußten, die seinen Ausbruch so entschieden abgelehnt hatten. Die an die Regierung gelangenden Robespierre, Marat, Louis-Antoine de Saint-Just und Genossen setzten die Kraft des Volkes frei. Auf Antrag der Pariser Sektionen und Klubs deklarierten sie die »Levée en masse«, das Massenaufgebot zur Landesverteidigung. Sie stampften die neuen Armeen hervor. Sie peitschten mit volksfreundlichen Versprechen, moralisierender Propaganda, revolutionären Gesetzen und einem sehr zweischneidigen Terror, der Konterrevolutionäre und selbst Unschuldige verfolgte, den Entscheidungskampf vorwärts. Im Namen des gefährdeten Vaterlands wagten sie gar, die Waren- und Kriegsproduktion, die Verteilung der Güter zu reglementieren – das geheiligte Grundrecht der »Freiheit des Eigentums« einzuschränken. Zwischen den Interessen des Bürgertums und den Forderungen des unbemittelten Volkes lavierend, also auch keinem von beiden zu Diensten, blieben sie ungeliebt und mußten sie fallen, sobald die diktatorische Aufgabe der nationalen Verteidigung erfüllt, der Frieden möglich war. Wohl beschwor der unbestechliche Citoyen und Moralist Robespierre am Ende wieder friedliche Tugenden: »Europa werden wir weder durch rhetorische Phrasen noch durch Kriegstaten unterwerfen, sondern allein durch die Weisheit unseres Gesetzes, die Würde unserer Beschlüsse und die Größe unseres Charakters.«²⁹ Es sollte seine allerletzte Konventsrede sein. Auf den Trümmern der feudalen Aristokratie und den Leichen der gemordeten Jakobinerführer triumphierte niemand anders als Frankreichs frühe Bourgeoisie. Die Revolution verebte mit dem Umsturz der Thermidorianer (1794) und schließlich, im achten Jahr der Republik, mit dem Militärputsch des vorhergesagten »ehrgeizigen Generals« (1799).

29 *Maximilian Robespierre: Habt ihr eine Revolution ohne Revolution gewollt? Reden.* Hrsg. von Kurt Schnelle. Leipzig 1958. S. 381.

Immanuel Kant erhob im konterrevolutionären Preußen noch einmal die Fackel der Friedensdenker: Sein republikanisch gesinnter Traktat »Zum ewigen Frieden« blieb ein Vermächtnis der deutschen und europäischen Aufklärung.³⁰ Jedoch Frankreichs neue politische Klasse diktierte die Friedensschlüsse mit Preußen und Spanien in Basel (1795), mit Österreich in Campo Formio (1797): Sie wagte den Bruch des früheren Versprechens, auf Eroberung zu verzichten, indem sie Belgien und die westrheinischen Gebiete für Frankreich annektierte. Wollte man den Vergleich mit der englischen Revolution und ihrem Führer Cromwell wagen, so war diese Außenpolitik der »natürlichen Grenzen« eben der Sündenfall der französischen Bourgeoisie. Seine Folgen beweisen die historische Lehre, daß solche Friedensschlüsse nicht den Ewigen Frieden, vielmehr aber den nächsten Krieg bereiten.

Die Absperrung Europas

Wie sehr war am Beginn des 19. Jahrhunderts die politische Wirklichkeit von den Verheißungen der Großen Revolution entfernt. Napoleon Bonaparte strich den Begriff der Menschenrechte aus dem Text der französischen Staatsverfassung. Sein erbliches Kaisertum errichtete anstelle des debattierenden Parlaments – die Abstimmungsmaschine des »starken Mannes«, anstelle der Selbstverwaltung liberal-demokratischer Bürgergemeinden – das Präfektursystem der zentralistisch geleiteten Bürokratie, anstelle der gesetzlichen Gleichheit aller Citoyens – das erbliche Vorrecht des kaiserlichen Verdienstadels. Diese innenpolitische Regeneration der Allmacht des autoritären Staats widerspiegelte sich auch in der Außenpolitik. Die Territorien, die in vier Kriegen gegen die konterrevolutionären Feudalmächte (1792–1795/97, 1799–1801, 1805, 1806–1807) erobert wurden, verwandelte Napoleon in französisches Staatsterritorium oder in fürstliche Protektoratstaaten, die er von den Stellvertretern aus seiner Familie, Generalität und hohen Bürokratie regieren ließ.

Indem sich die napoleonische Aristokratie trotz ihres bürgerlichen Charakters mit Titeln und Vorrechten des Ancien régime schmückte, bot sie den Schein einer Angleichung an die traditionellen Fürstenstaaten. Frankreich, die neubackenen Protektorate und die Altstaaten der Zug um Zug unterworfenen Feudaldynastien bildeten die Bestandteile eines Hegemonialsystems, dessen schrittweise Ausbreitung über den Westen, die Mitte und den Süden des Kontinents die ehrstüchtige Fiktion

³⁰ Immanuel Kant: *Zum ewigen Frieden. Ein philosophischer Entwurf*. Königsberg 1795.

einer Neuauflage des frühfeudalen Karolingerreiches heraufbeschwor. Am Tag seiner Krönung (2. Dezember 1804) ließ Napoleon I. – Kaiser und Militärdiktator von frühmodernem Typus – die Krone, das Schwert und das Zepter Karls des Großen im Festzug vorantragen. Dennoch ist zu beachten, daß er im Innern Frankreichs liberalistische Errungenschaften absicherte: vor allem durch Gesetzeswerke, deren Geist und Text den Stürmen späterer Restaurationsversuche widerstanden. Beispielhaft ist das zivilrechtliche Gesetzbuch, das in der Diktion des Personenkults als »Code Napoléon« tituiert, aber für die bürgerlichen Beziehungen und ihr geschriebenes Recht im ganzen 19. Jahrhundert zum Vorbild wurde. Auch in den annektierten Gebieten und den Protektoraten trat der Kaiser als ein Erbe der Revolution auf: Er förderte Reformen und wünschte sie als Gnadenakte ebenso von den mit ihm verbündeten Fürsten. »Frankreich« und »Napoleon« heißen daher die von außen kommenden politisch-militärischen Faktoren, die in Italien, der Schweiz, Spanien und nicht zuletzt Deutschland die gesellschaftliche Umwälzung vom Feudalismus zum Kapitalismus eröffneten. Doch die Früchte dieser Reformtätigkeit verdarben unter den Wirkungen andauernder Kriege, in die sich Napoleon teils unfreiwillig, teils schuldhaft verstrickte.

In der traditionellen deutschen Geschichtsschreibung galt Napoleon als der Kriegsverursacher seiner Zeit, wobei sich der Blick auf Europas festländische Waffengänge verengte. Frankreichs Konflikt mit dem bürgerlich-aristokratischen Inselstaat England fand nur marginale Beachtung. Es war aber gerade der französisch-britische Gegensatz, der unter dem Aspekt des Wandels der Kriege und ihrer Tendenz, künftig in globalistische Eroberungen und Weltkriege umzuschlagen, sowohl historische als auch aktuelle Bedeutung hat.³¹

Unser Rückblick sei zunächst auf Großbritannien gerichtet. Obwohl es infolge der revolutionären Geburt der USA transatlantische Gebiete verloren hatte, war es die stärkste Kolonial-, Handels- und Industriemacht der Welt. Es spielte in allen Koalitionskriegen gegen Frankreich die Rolle des Drahtziehers und des Finanziers. Mit seinen Flotten die Meere beherrschend, gebrauchte es die europäischen Feudalmächte als seinen Festlandsdegen, um in Frankreich den traditionellen Rivalen zu bekämpfen – zumal dieser über die Mündungen von Schelde und Rhein zur Nordsee vorstieß. Weil die Französische Revolution aber auch in

31 Siehe *Deutsche Geschichte. Bd. 4: Die bürgerliche Umwälzung von 1789 bis 1871*. Berlin 1984. S. 75ff. – Helmut Bock: *Napoleon – Deutschland – Europa. Zur Wirkungsdialektik eines kontinentalen Hegemonialsystems (1806–1813)*. In: *Umbruch im Schatten Napoleons*. Hrsg. von Gerd Fesser und Reinhard Joncher. Jena 1998. S. 97ff. (Jenaer Studien, Bd. 3).

einigen Nachbarländern zündete oder die herkömmlichen Regime ins Bündnis zwang, erweiterte Britannien seinen Krieg (seit 1793) ebenfalls gegen diese Staaten. Es nutzte die kontinentalen Militärkonflikte, in denen es bis 1807 kaum mit englischen Rotröcken, doch mit Finanzspritzen in der Höhe von reichlich 17 Millionen Sterling auftrat, für siegreiche Beutezüge in Übersee und auf den Weltmeeren. So eroberte Britannien in Ostindien, Südafrika und der Karibik nicht nur Kolonien Frankreichs, sondern auch Hollands und Spaniens. So gewann es acht Seeschlachten, in denen nicht nur französische, sondern auch holländische, spanische, neapolitanische und dänische Flotten vernichtet oder erobert wurden. So führte es den Kaperkrieg nicht nur gegen Frankreichs Handelsflotte, sondern auch gegen holländische, spanische, dänische, preußische Kauffahrer – ganz gleich, ob sie auf staatliche oder private Rechnung fuhren.

Während Britanniens Verbündete regelmäßig gegen Frankreich verloren, gewann es selbst an Reichtum und Macht. Premier William Pitt d. J. triumphierte am 18. Februar 1801 vor dem Londoner Parlament. »Trotz beständiger Kriege haben wir unseren auswärtigen wie inneren Handel auf eine höhere Stufe gebracht als je zuvor.«³² Englische Kaufleute bemäkelten den kurzen Frieden von Amiens (1802), indem sie von ihrer Regierung den Wiederbeginn des Krieges gegen Frankreich geradezu verlangten: »[...] lassen wir den Seekrieg fort dauern, so dauert auch unser Handelsmonopol fort!«³³ Es ist ein entscheidender Tatbestand dieser Epoche, daß Großbritannien eine stetige Konfrontation gegen Frankreich betrieb. Seine Kolonialkriege, Freibeuterei auf den Meeren, Blockade gegen die französischen Häfen kennzeichnen den spezifisch britischen Anteil an der schwer belasteten Situation, in der sich die Rivalität der beiden bürgerlich-kapitalistischen Staaten zum unversöhnlichen Gegensatz ihrer Regime zuspitzte.

Auf dem Kontinent siegte einstweilen Frankreich. Zwar verlor es die Seeschlacht bei Trafalgar (1805), wodurch Napoleons tollkühnes Projekt einer Invasion an der englischen Küste hinfällig wurde. Doch mit den Niederlagen Spaniens, Österreichs, Preußens und Rußlands wurden bis 1806/07 die stärksten Feudalmächte des Kontinents in die Knie gezwungen. Das napoleonische Regime konnte dazu übergehen, das militärisch unerreichbare Inselreich durch eine Gegenstrategie des Wirtschaftskrieges systematisch zu bekämpfen.

32 Zit. n. Alexander v. Peez/Paul Dehn: *Englands Vorherrschaft. Aus der Zeit der Kontinentalsperre*. Leipzig 1912. S. 167. – John Holland Rose: *Der jüngere Pitt*. München 1948. S. 186f.

33 Alexander v. Peez/Paul Dehn: *Englands Vorherrschaft. Aus der Zeit der Kontinentalsperre*. Leipzig 1912. S. 167f.

Am 21. November 1806 erließ Napoleon im eroberten Berlin das Dekret der Kontinentalsperre. Gegen die britischen Inseln wurde eine Blockade verhängt, die den Handel, den Postverkehr, überhaupt jede Kommunikation mit Großbritannien verbot. Sämtliche Waren, die den Briten gehörten oder ihren Fabriken und kolonialen Niederlassungen entstammten, unterlagen der Konfiskation. Auch neutrale Schiffe, die diese Bestimmungen mißachteten, sollten mit ihrer gesamten Fracht beschlagnahmt werden. Diese Absperrung des Kontinents war eine gigantische Strategie, deren Konzept noch im Merkantilismus wurzelte. Napoleon und seine großbürgerlichen Berater handelten nach der Theorie, daß der Geldreichtum eines Landes und somit seine Macht anwachsen, je höher der Export von Fertigwaren bei gleichzeitiger Drosselung des Imports derselben gesteigert würde, daß aber ein Land verfallende, je niedriger seine Warenausfuhr sei. Es lag daher kaum in der Absicht Napoleons, dem ohnehin meerbeherrschenden Gegner die Zufuhren abzuschneiden – nicht Auszehrung, sondern Verfettung sollte ihn niederzwingen. Indem die Blockade das europäische Festland verriegelte, nahm sie dem britischen Handel den nahen und lohnendsten Absatzmarkt. Die nun wachsende Masse aller nicht exportierbaren Industrie- und Kolonialwaren sollte Großbritannien in eine tödliche Krise stürzen: die aktive Handelsbilanz zerstören, die Währung zerrütten, den Staat bankrott machen. Frankreichs Hauptfeind sollte künftig außerstande sein, mit seinen Geldmitteln neue Koalitionen anzubieten. Und weil die Sperrung der englischen Ausfuhr zugleich die Einfuhr von Waren des Festlandes verhinderte, konnte der Zusammenbruch des traditionellen Imports von Getreide und Holz als ein zusätzlicher Störeffekt wirken.

Die Kehrseite der Blockadestrategie bestand darin, die fetten englischen Handelsprofite in die Taschen der französischen Unternehmer zu lenken. Überdies floß der Geldwert der beschlagnahmten britischen Waren durch ihren Wiederverkauf in die Staatskassen Napoleons. Seine Feldzüge, Besatzungsbükratien und fortwährend regenerierten Armeen erforderten enorme materielle Mittel – zumal einen Geldreichtum, der selbst zur Triebkraft der Kriegführung wurde. Bei alledem sollte die Industrie Frankreichs eine Vormacht gewinnen, bei der das bürgerlich-nationale Interesse alleinigen Rang besaß, hingegen die Wirtschaft der verbündeten Länder nur die Rolle melkender Kühe spielte.

Erwägt man die politischen und militärischen Konsequenzen der Kontinentalsperre, so erforderte diese eine Perfektion, die alles in ihren Dienst zwang: Die Blockade hatte nur ernsthaften Bestand, wenn sich die Staaten des Festlandes den Interessen und der Kontrollgewalt Frankreichs fügten – andernfalls genügte ein einziges Land, das Widerstand leistete und seinen traditionellen Handel mit England und dessen

Kolonien fortsetzte, um das Blockadesystem unwirksam zu machen. Solch ein Land konnte britische Waren, auch unter fingierten Herkunftsbezeichnungen, in Europa verbreiten. Schon die Friedensverhandlungen zu Tilsit (1807) – Höhepunkt der Laufbahn Napoleons – standen sichtlich unter den Illusionen und Zwängen, denen sich der Imperator durch seine Strategie ausgeliefert hatte. Rußland, die geschlagene, aber immer noch stabile Großmacht des Feudalsystems, war auch die Vormacht unter den Ostseestaaten. Um folglich den Zaren für ein Bündnis und die Blockade gegen England zu gewinnen, machte der Erbe der Revolution erhebliche Zugeständnisse. Er verzichtete insbesondere auf die staatliche Wiederherstellung Polens und überließ dem Zaren polnisches Territorium.

Die so erkaufte Bereitschaft Rußlands, den Wirtschaftskampf gegen Großbritannien zu unterstützen, erhärtete sich infolge der Freibeuterei der Engländer. Die Londoner Regierung, die nicht abwartete, ob sich Dänemark für oder gegen die Kontinentalsperre entschied, verlangte die Auslieferung der dänischen Flotte. Weil die Dänen sich weigerten, praktizierten die Engländer den Musterfall eines völkerrechtswidrigen Gewaltakts, den die Hochsprache der Aggressoren als »Präventivkrieg« bezeichnet: Ein englisches Geschwader beschloß Kopenhagen mitten im Frieden (1807), kaperte die begehrten Schiffe und führte sie als Beute davon. Dänemarks neutrale Seemacht war vernichtet, England beherrschte den Sund, das Tor zur Ostsee, und Rußland reagierte mit der Kriegserklärung.

Aber auch Napoleons Bestreben, die Kontinentalsperre durchzusetzen, verursachte weitere Kriege. Er trieb seine Armeen nach Portugal und Spanien, wo Hauptstädte und Küsten besetzt, die angestammten Fürstenthäuser verjagt und entthront wurden. Der Widerstand Schwedens und der Türkei, die Blockade anzuerkennen, gab auch dem Zaren die willkommene Gelegenheit, im Einverständnis mit Frankreich das schwedische Finnland und das türkische Bessarabien zu erobern. Der römische Kirchenstaat, der sich gleichfalls verweigerte, wurde von Frankreich annektiert. 1808 umfaßte die Kontinentalsperre nahezu das ganze Festland von Lissabon bis Sankt Petersburg, vom süditalienischen Reggio bis Hamburg und Lübeck.

Napoleons Kriegführung stand damals auf höchster Stufe der für den Landkrieg entwickelten Heeresorganisation, Feldzugsstrategie und Gefechtstaktik. Sie geriet jedoch durch die Kontinentalsperre in unberechenbare Verhältnisse und abenteuerliche Dimensionen: Denn der Krieg gegen das Inselreich konnte nicht nach den bislang erfolgreichen Regeln napoleonischer Militärpolitik gewonnen werden – mit lenkbaren Massenheeren, kriegsentscheidenden Generalschlachten und der Er-

oberung gegnerischer Hauptstädte. Er war ein Krieg, den die Zeitgenossen mit der Allegorie des Zweikampfes zwischen Tiger und Hai, der stärksten Landmacht gegen die stärkste Seemacht, ins Bild setzten – ein Krieg von Raubgier und endloser Dauer, von völkerrechtswidriger Willkür und Regellosigkeit. Der französisch-britische Konflikt, der nicht nur die Länder Europas, sondern auch koloniale Gebiete Asiens, Afrikas und Amerikas in seinen gewaltigen Mahlstrom riß, war ein neuartiger Typus des Krieges: Systemcharakter, globale Ausdehnung und fortwährender Völkerrechtsbruch kündigten die Weltkriege des 20. Jahrhunderts an.

Indes klappte der Widerspruch zwischen wachsender Aggressivität und latenter Brüchigkeit des Blockadesystems. In England bewirkte die Sperre tatsächlich eine Absatzkrise mit Rückgang der Produktion, Bankrotten, Lohnverfall, Arbeitslosigkeit und proletarischen Unruhen; doch die Londoner Regierung behielt das Staatsruder fest in der Hand, und auf allen Meeren blieben ihre Schiffe fast unangefochten. An den Küsten des Festlands patrouillierte zwar eine ganze Armee napoleonischer Gendarmen und Zollbeamter; doch die Briten betrieben mit Hilfe ihrer Umschlagplätze auf Helgoland, Sizilien, Malta, den Azoren einen riesigen Schleichhandel. Amerikanische, schwedische, griechische Kauffahrer landeten englische Kolonial- und Industriewaren unter den Flaggen der Neutralen, und zahllose Schmugglerbanden schlichen sich durch die französischen Sperrlinien. Der objektive Zwang, das gewaltsame Blockadesystem durch vergrößerte Macht erhalten und perfektionieren zu müssen, trieb Napoleon von einem Gewaltakt zum nächsten. Weil sein Bruder und Statthalter in Holland den Ruin des vom Seehandel abhängenden Landes vermeiden wollte und den Schmuggel duldete, erklärte der Imperator die ganzen Küstengebiete zum »Schwemmland französischer Ströme« und also zum Staatsterritorium Frankreichs (1810). Weil auch in Norddeutschland geschmuggelt wurde, liquidierte Napoleon vier Fürstenstaaten sowie die Stadtstaaten Bremen, Hamburg und Lübeck: Er erklärte 1,2 Millionen deutscher Bewohner zu französischen Staatsbürgern und machte aus den Mündungsgebieten von Ems, Weser, Elbe und Trave fünf Departements seines Kaiserreiches (1810).

Diese Annexion entthronte einen Verwandten des Zaren. Die Petersburger Regierung, von Frankreich nicht konsultiert, empfand dies als politische Ohrfeige und nutzte sogleich die Gelegenheit, um sich den Zwängen der Sperrpolitik zu entwinden. Sie handelte unter dem Druck des eigenen Grundbesitzeradels und des Bürgertums, die durch ihre Blockadepflichten den Export von Holz und Agrarprodukten nach England, ihrem traditionell wichtigsten Handelspartner, verloren hatten und überdies die britischen Kolonialwaren und Industriefabrikate entbehr-

ten. Landwirtschaft und Großhandel erlitten schwere Verluste. In den Staatskassen fehlten die Zolleinnahmen früherer Zeit. Rußland konnte auf den Güteraustausch mit Großbritannien nicht verzichten. Folglich erließ der Zar mehrere Zollgesetze, die eine Einfuhr von Kolonialwaren genehmigten (1811). Die Briten lockerten ihre Gegenblockade, förderten die Ausfuhr aus russischen Häfen durch Erteilung von Schifffahrtslizenzen. Die Blockade gegen Großbritannien brach – und damit das in Tilsit vereinbarte französisch-russische Bündnissystem.

Die Kontinentalsperre und die Ausplünderung der unterworfenen Länder schlugen auf Frankreich selbst zurück. Rohstoffmangel der Baumwollindustrie und Absatzschwierigkeiten der gesamten Exportindustrie verursachten auch hier Bankrotte und Arbeitslosigkeit. Napoleon fürchtete Unruhen. Er zahlte den Industrieunternehmern hohe Subventionen und Darlehen aus der Staatskasse, gewährte den Handelsbürgern außerordentliche Lizenzen – und hielt trotz alledem an der Blockadestrategie fest. Gemäß seiner unverrückbaren Doktrin sollte England nunmehr in Rußland bekämpft, die Wiederherstellung der Kontinentalsperre in Moskau und Petersburg erzwungen werden. Die Folgen dieser Politik sind bekannt. Mit der bis dahin größten Invasionsarmee nach Rußland einfallend, mißlang Napoleon die oft geglückte Offensiv- und Vernichtungsstrategie gänzlich (1812). Er scheiterte an der aktiven Verteidigungsstrategie und dem Widerstandswillen der Völker Rußlands. Die Katastrophe der Grande Armée, von deren 594 000 Mann sich nur 81 000 retten konnten, veränderte das militärpolitische Kräfteverhältnis Europas. Das historische Verfallsdatum des Versuchs, das Festland Europas zu beherrschen und zugleich durch Wirtschaftskrieg vom Welthandel abzusperren, war gekommen.

Das Kriegsbündnis von 1813, dem Rußland, Preußen, Österreich, Schweden, Spanien und abermals Großbritannien angehörten, war die mächtigste aller Koalitionen gegen Frankreich. Sie integrierte Staaten von verschiedenem Gesellschaftscharakter, deren Absichten nicht bloß gegen Frankreichs Hegemonie, sondern dreist auf eigene Annexionen gerichtet waren. Der Krieg endete nicht mit dem Sieg der Soldaten auf den blutigen Schlachtfeldern von Leipzig bis Paris, sondern mit den Abmachungen der Fürsten in den Festsälen des Wiener Kongresses (1814/15). Dort nämlich wurden die Resultate des Zeitgeschehens festgeschrieben, das seit der Jahrhundertwende etwa 5 500 000 Menschenleben durch Krieg vernichtet hatte.

Abermals war Großbritannien der überragende Sieger: Trotz eines wiederum erfolglosen Krieges gegen die USA (1812–1814), die mit Napoleon verbündet waren – niemals zuvor und danach war es so eindeutig die Großmacht der Welt. Aber auch die spätfudalen Staaten Öster-

reich und Rußland teilten sich erneut den Vorrang über den Süden und den Osten Europas. Schweden hielt das annektierte Norwegen in seinen Fängen. Preußen breitete sich als reformierte, doch immer noch halbfeudale Vormacht im nördlichen und westlichen Deutschland aus. Und selbst das niedergeworfene Frankreich, wo die von der Revolution gestürzten Bourbonen wieder auf den Thron gesetzt wurden, mußte helfen, die kontinentale Restauration der Fürstenmacht zu stabilisieren. Die europäische Konterrevolution reglementierte jede Erinnerung an die Große Revolution, indem sie neben den »jakobinischen Blutsäufern« nun auch das »korsische Ungeheuer« zum Popanz erhob. Was seitens national empfindender Völker ein Kampf gegen Napoleons Hegemonialsystem gewesen, aber im Innern der wiedererstandenen Fürstenstaaten unbelohnt geblieben war, dröhnten zeitgenössische Apologeten und nachgeborene Historiker schlechthin zum »Freiheitskrieg« auf.

In Wahrheit folgte das Zwischenspiel der »Restauration«. Statt eines nationalen Staats konstituierte sich in der Mitte des Kontinents der Deutsche Bund – eine Staatenföderation, die sich auf das Prinzip der Legitimität »historisch gewachsener«, also fürstlicher Dynastien gründete. Zar Alexander I. und Österreichs Staatskanzler Metternich repräsentierten als Gralshüter überdies eine »Heilige Allianz«: Unter dem Glorienschein des Christentums, das längst in verschiedene Kirchen und Glaubensrichtungen zersplittert war, vereinigten sich alle Regime des Kontinents zwecks Erhaltung des neu beschlossenen Status quo – einer »Friedensordnung«, in der das »Gleichgewicht« der Staaten wieder gelten sollte, hingegen die nationalen und sozialen Bewegungen der Völker durch Polizei und Militär gewaltsam »befriedet« wurden. Nur Großbritannien ging eigene Wege, indem es den frühen Industriekapitalismus vorantrieb, seine Kolonialmacht ausbaute, in Lateinamerika die Befreiungskämpfe gegen Spanien unterstützte. Doch die bürgerlich-nationale Entwicklungstendenz arbeitete ebenfalls auf dem Kontinent. Das erwiesen Widerstände in Spanien, Italien und insbesondere Griechenland, wo die Erhebung gegen die türkische Fremdherrschaft durch den Gewinn nationalstaatlicher Unabhängigkeit gekrönt wurde.

Den entscheidenden Rückschlag erlitt das konservative Restaurationsssystem im Jahre 1830. Die Pariser Julirevolution, vom Volk auf den Barrikaden ausgefochten, von Bankiers und ihrem Anhang zur Machtergreifung genutzt, festigte wieder die liberalistischen Ergebnisse der Revolution von 1789. Sie stimulierte den Aufstand der Belgier gegen die Vormacht der Holländer – und beide Revolutionen gemeinsam riefen ein sofortiges Echo in Deutschland, Italien und Polen hervor. Angesichts dieser Revolutionen und Unruhen mußten die Verfechter des »Legitimus« – wie das fürstliche »Gottesgnadentum« seit 1815 nun hieß –

das bürgerliche Nationalstaatsprinzip und den Verfassungsstaat in Gestalt der konstitutionellen Monarchien Frankreichs und Belgiens akzeptieren. Das Streben der Völker nach nationaler Souveränität und grundgesetzlichen Garantien der Bürgerrechte erwies sich hinfort als ein Entwicklungsstrom moderner Geschichte.

»Weltrevolution« und »Weltfrieden«

Unter den geistigen Fernwirkungen der Julirevolution, bald aber auch sozialer Aufstände der frühproletarischen Weber Lyons (1831, 1834) und des preußischen Schlesien (1844) wuchsen Menschen einer neuen politischen Generation heran. Obwohl sie sich als Erben der Aufklärung bekannten, blickten sie auf die Entwicklungen seit 1789 mit kritischer Distanz: Gewiß hätten Aufklärer und Volksrevolutionäre keine schlechte Saat streuen wollen – ihr geschichtlicher Horizont, den sie bis zur Emanzipation aller Individuen und also des Menschengeschlechts spannten, sei keinesfalls auf die Interessen des Reichtums, der Finanzaristokraten und des Unternehmertums, beschränkt gewesen. Jedoch die Illusion, daß eine liberalistische Bürgerordnung und ein grenzenloser Handels- und Industriefortschritt das Glück aller Menschen und Völker bewirken könnten, sei verraucht und vergangen in den Schlachten der kontinentalen Armeen, den Kielwassern der britischen Kaperflotten, den Plantagen der ausgeplünderten Kolonialvölker, den Elendsquartieren des Volkes und den zerschossenen Rebellionen der Proletarier.

Diese Kritiker bürteten die offizielle Historie ihres Zeitalters wider den Strich. Sie nannten das Restaurationssystem ein Machwerk des »Fürstengesindels« und ein »Völkergefängnis«, das Bürgerkönigtum in Frankreich einen »Kramladen« der bürgerlichen Geldaristokratie, des »Glücksritterstands«. Es waren kritische Liberale, republikanisch gesinnte Demokraten, reformerische Sozialisten, die eine Fortsetzung der 1789 begonnenen, als unvollendet verstandenen Revolution erstrebten – teils auf dem Weg friedlicher Reformen, teils dem des Zwangs durch revolutionäre Gewalt. Sobald solche Ideen auf die Bedürfnisse des arbeitenden und verelendeten Volkes trafen, radikalisierte sich das Erinnern an die Große Revolution in den Hirnen enervierter Handwerker und Proletarier. Da lebte nicht nur das unterdrückte Saatgut von Robespierres jakobinischen Republikanern, sondern auch von François Babeufs frühkommunistischen Verschwörern der »Gleichheit« wieder auf. Proletarische Elemente assoziierten sich für eine neue, ganz andere Revolution. So lautet das Motto der Geburtsurkunde des »Bundes der Gerechtigkeit« (1838): »Die Namen Republik und Konstitution, / So

schön sie sind, genügen nicht allein, / Das arme Volk hat nichts im Magen, / Nichts auf dem Leib und muß sich immer plagen; / Drum muß die nächste Revolution, / Soll sie verbessern, eine *soziale* sein.«³⁴ Hier schrieben Arbeiter für Arbeiter. Daß gerade denen von den Gütern der Erde am allerwenigsten zugeteilt werde, die den gesellschaftlichen Reichtum im Schweiß ihres Angesichts produzierten, trieb ihren Plan einer »Gütergemeinschaft« hervor. Diese sollte die ungerechte Verteilung und den ungleichen Genuß des Erarbeiteten überwinden. Indem diese Lohnarbeiter für ihre tägliche Erfahrung kapitalistischer Ausbeutung nach einer adäquaten Ausdrucksweise suchten, griffen sie das Vokabular der Aufklärung wieder auf. Sie stützten ihre Forderung nach sozialer Gerechtigkeit und dem »Glück der Menschheit« auf Argumente, wonach die Menschen gleich geboren und daher gleich berechtigt seien. – Sie bemühten also für ihre Interessen noch immer das bürgerliche Naturrecht des 18. Jahrhunderts, das in den alten Produktions- und Austauschverhältnissen verwurzelt war.

Tatsächlich aber hatte ein grundstürzender Wandel des Weltzustands angefangen, der eine Präzisierung des Geschichtsverständnisses erforderte. Die von England kommende Industrielle Revolution drängte mit Maschinen- und Dampfkraft eine jede Gesellschaft, deren Lebensverhältnisse im wesentlichen von Ackerbau und handwerklicher Produktion beherrscht waren, ins welthistorische Abseits. Mählich, aber unaufhaltsam entwickelte sich in West- und Mitteleuropa, auch in den USA, die maschinell produzierende Gesellschaft des Industriekapitalismus. Hatte der produzierende Mensch zuvor mit dem von seiner Hand geführten Werkzeug unmittelbar auf den Arbeitsgegenstand gewirkt, so überließ er jetzt die Führung des Werkzeugs einem System von Mechanismen, die infolge von Naturgesetzen zusammenwirkten und Erzeugnisse von beispielloser Menge, Präzision, Billigkeit hervorbrachten. Der technische Vorgang dieser Industrialisierung bestand in der Ablösung der Handarbeit durch die Maschinenarbeit. Die soziale Auswirkung hingegen war dadurch gekennzeichnet, daß neben den herkömmlichen Manufaktur- und Handelsbürger nunmehr der eigentliche Industrieunternehmer, neben den Handarbeiter und Handwerker der maschinenbedienende Produktionsarbeiter trat. Diese zukunftsreiche Entwicklungstendenz der Industrialisierung versprach eine riesige Steigerung der gesellschaftlichen Produktion und ein materielles Auskommen für alle – allerdings bei gegenwärtiger Spaltung in wohlstän-

34 Wilhelm Weitling: *Die Menschheit, wie sie ist und wie sie sein sollte*. In: *Der Bund der Kommunisten. Dokumente und Materialien*. Bd. 1. Berlin 1970. S. 108.

disch lebende Klassen und vegetierende Schichten der Lohnarbeiter sowie der gänzlich verarmten Paupers.

Angesichts dieses sozialen Widerspruchs fanden sich aus den Reihen des Bürgertums gebildete und ethisch empfindende Alternativdenker. Sie wollten keine formale Rechtsgleichheit bei gleichzeitiger Ausbeutung der einen durch die andern, sondern eine Gesellschaft der realen Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit. »Weil in den Lebensbedingungen des Proletariats alle Lebensbedingungen der heutigen Gesellschaft in ihrer unmenschlichsten Spitze zusammengefaßt sind, [...] muß das Proletariat sich selbst befreien. Es kann sich aber nicht selbst befreien, ohne seine eigenen Lebensbedingungen aufzuheben. Es kann seine eigenen Lebensbedingungen nicht aufheben, ohne *alle* unmenschlichen Lebensbedingungen der heutigen Gesellschaft, die sich in seiner Situation zusammenfassen, aufzuheben. [...] Es handelt sich nicht darum, was dieser oder jener Proletarier oder selbst das ganze Proletariat als Ziel sich einstweilen *vorstellt*. Es handelt sich darum, *was es ist* und was es diesem *Sein* gemäß geschichtlich zu tun gezwungen sein wird.«³⁵ Mit Hegels dialektischer Schreibweise interpretierte Karl Marx die Abschaffung jeglicher Ausbeutung als das Ziel der Menschheitsgeschichte – anstelle der bürgerlichen sollte die proletarische Revolution das Mittel sein, um die Beziehungen der Individuen und der Völker sozial gerecht und politisch friedvoll zu gestalten.

Die Revolution, die in der Aufhebung des Privateigentums an den größeren Produktionsmitteln und in der Errichtung einer »Gütergemeinschaft« der arbeitenden Klassen an den Ergebnissen der gesellschaftlichen Produktion bestehen sollte, werde, so glaubten diese sozialen Revolutionäre, durch die Kraft einer Weltrevolution erfolgen. »Die kommunistische Revolution wird [...] keine bloß nationale, sie wird eine in allen zivilisierten Ländern, d. h. wenigstens in England, Amerika, Frankreich und Deutschland gleichzeitig vor sich gehende Revolution sein.«³⁶ Sie werde auf die übrigen Länder der Erde eine bedeutende Wirkung ausüben, deren bisherigen Entwicklungsgang gänzlich verändern und sehr beschleunigen. Es war Friedrich Engels, der die im englischen Manchester erfahrenen industriellen Produktivkräfte mit einiger Kühnheit bereits vor ihrem Höhepunkt währte. Im Auftrag des »Bundes der Gerechtigkeit«, der sich zum »Bund der Kommunisten« wandelte, schrieb er den programmatischen Entwurf (Herbst 1847), in dem er

³⁵ Karl Marx: *Kritische Randglosse Nr. II*. In: Karl Marx/Friedrich Engels: *Die Heilige Familie oder Kritik der kritischen Kritik. Gegen Bruno Bauer und Konsorten*. In: MEW. Bd. 2. S. 38.

³⁶ Friedrich Engels: *Grundsätze des Kommunismus*. In: MEW. Bd. 4. S. 374f.

die weltumfassende Umwälzung ankündigte: »Sie ist eine universelle Revolution und wird daher auch ein universelles Terrain haben.«³⁷

Diese Revolutionäre wünschten wohl, daß die Aufhebung des Privateigentums an den Produktionsmitteln auf friedlichem Wege gelänge. Weil aber das Proletariat »in fast allen zivilisierten Ländern gewaltsam unterdrückt« würde, seien es die jeweils herrschenden Aristokratien und die ausbeutende Bourgeoisie, die durch ihre staatlich organisierte Gewalt die Gegengewalt der Unterdrückten – also die Revolution – herbeiführten. In Verhältnissen eines mehr oder minder verdeckten Bürgerkrieges, wie er in den Arbeiterkämpfen Englands, Frankreichs, Belgiens und Deutschlands sichtbar wurde, konnte in der Tat von allgemeinem menschlicher »Liberté«, »Égalité« und »Fraternité« der Individuen oder gar von »Vereinigung und Verbrüderung der Nationen« nicht die Rede sein. »Damit die Völker sich wirklich vereinigen können, muß ihr Interesse ein gemeinschaftliches sein. Damit ihr Interesse gemeinschaftlich sein könne, müssen die jetzigen Eigentumsverhältnisse abgeschafft sein, denn die jetzigen Eigentumsverhältnisse bedingen die Exploitation der Völker unter sich.« So argumentierte Marx am 29. November 1847 auf einer internationalen Kundgebung in London gegen die Verbrüderungstheoreme der Propagandisten des Freihandels.³⁸ Die Befreiung der Völker von Ausplünderung, Krisen und Krieg sei verbunden mit der Emanzipation der arbeitenden Klasse von ihrer Ausbeutung durch die Kapitalisten. »Der Sieg des Proletariats über die Bourgeoisie ist zugleich der Sieg über die nationalen und industriellen Konflikte, die heutzutage die verschiedenen Völker feindlich einander gegenüberstellen. Der Sieg des Proletariats über die Bourgeoisie ist darum zugleich das Befreiungssignal aller unterdrückten Nationen.«

Ob gewagte Prognose oder weltgeschichtliche Antizipation – wenige Wochen darauf lautete der klassische Text im »Manifest der Kommunistischen Partei« (1848): »In dem Maße, wie die Exploitation des einen Individuums durch das andere aufgehoben wird, wird die Exploitation einer Nation durch die andere aufgehoben. Mit dem Gegensatz der Klassen im Innern der Nation fällt die feindliche Stellung der Nationen gegeneinander.«³⁹ Wer immer den ursprünglichen Marxismus beurteilen mag, der wird anerkennen müssen, daß mit der Abschaffung der Aus-

37 *Ebenda.* S. 372.

38 *Karl Marx: Rede auf dem internationalen Meeting in London am 29. November 1847, anlässlich des 17. Jahrestages des polnischen Aufstands von 1830. Ebenda.* S. 416.

39 *Karl Marx/Friedrich Engels: Manifest der Kommunistischen Partei. Ebenda.* S. 479.

beutung auch die Abschaffung der Kriege als ein humanes Endziel der gedachten »Weltrevolution« gelten sollte.

Die hochdenkenden Prognostiker wurden indes von ihren Abstraktionen herabgezogen in den Alltag der ausbrechenden Revolutionen von 1848. In Deutschland, wo eine nationale Revolution noch immer vonnöten war, stritten sie auf dem »äußersten linken Flügel« für eine bürgerlich-demokratische und einheitliche Republik. Sie beurteilten die Situation in Mittel- und Osteuropa mit Hilfe geschichtlicher Erinnerungen und Erfahrungsbilder, die sie von der Großen Revolution der Franzosen abgezogen hatten. Es war der jakobinisch geführte Krieg von 1793/94 und sogar die Rolle Napoleons als Militärdiktator des bürgerlichen Fortschritts, woran sich ihre aktuelle Revolutionsstrategie knüpfte: Als leitende Köpfe der »Neuen Rheinischen Zeitung« in Köln bejahten Marx und Engels alle revolutionären Waffenerhebungen gegen die Adelsregime des Deutschen Bundes und überdies einen Völkerkrieg gegen die Hauptmacht der spätfudalen Konterrevolution – das russische Zarentum, den »Gendarmen Europas«.

Schon im Frühsommer 1848 jedoch erwiesen sich historische Analogieschlüsse, die aus den früheren Zeitverhältnissen von 1789 gefolgert waren, als schlicht vereinfacht. Die bürgerlich-republikanische Regierung zu Paris, hervorgegangen aus der neuen und dritten französischen Revolution (Februar 1848), provozierte verelendete und enttäuschte Proletarier zur Juniinsurrektion, einer Erhebung für das »Recht auf Arbeit« und schließlich gar die »soziale Republik«. Mit brutalem Militäreinsatz ließen die Bourgeoisrepublikaner einige Tausend Empörer auf ihren Barrikaden zusammenschießen und exekutieren, so daß die Kölner Redakteure ihre anfängliche Erwartung eines Sieges der proletarischen Revolution begraben mußten. Seitdem richteten sie ihre aktuelle Konzeption nicht mehr nur gegen den Adel, sondern auch gegen die herrschende Bourgeoisie. Ohne Zögern setzten sie jetzt auf die Wahrscheinlichkeit eines gesamt europäischen Krieges, den sie mit Blick auf 1849 einen wahrscheinlichen »Weltkrieg« nannten: Er werde von der britischen Bourgeoisie (dem internationalen Zentrum der »bürgerlichen Konterrevolution«) gegen eine bald wieder ausbrechende Erhebung des französischen Proletariats begonnen werden, aber in langen und permanenten Kämpfen die Herrschaftssysteme sowohl des Adels als auch der Bourgeoisie zu Grabe bringen.⁴⁰

40 Siehe Artikel aus der Neuen Rheinischen Zeitung. In: MEW. Bd. 6. S. 150, 176, 397f., 506. – Karl Marx: Die Klassenkämpfe in Frankreich 1848 bis 1850. In: MEW. Bd. 7. S. 79. – Siehe auch Helmut Bock: Die »hässliche« Revolution. Marx und Engels reflektieren Arbeiteraufstand. In: Freiheit, Gleichheit – und kein Ende. Streit um Menschenrechte. Maximilian Robespierre, Marx und Engels,

Mit der Rigorosität des abstrakt denkenden Links-Intellektuellen und wohl auch verhärtet durch die enttäuschenden Resultate aller bisherigen Revolutionen, wagte Marx noch 1850 die problematischen Sätze: »Das jetzige Geschlecht gleicht den Juden, die Moses durch die Wüste führt. Es hat nicht nur eine neue Welt zu erobern, es muß untergehen, um den Menschen Platz zu machen, die einer neuen Welt gewachsen sind.«⁴¹ Darin lag die Bejahung eines vom Proletariat selbst nicht entfesselten und verschuldeten »Weltkrieges« – zum Zweck der daraus erwachsenden »Weltrevolution«. Diese erst werde die Arbeiterklasse und durch sie auch die Menschheit von jenen militärisch ausgekämpften Konflikten befreien, die das Völkerleben seit alters her heimsuchten.

Die Voraussage der französischen Arbeiterrevolution, des allgemeinen Krieges und einer universellen, in Permanenz sich ausweitenden Revolution erfüllte sich nicht. Schneller als ihre linksradikalen Genossen im »Bund der Kommunisten« erfaßten Marx und Engels, daß die Arbeiterbewegung in Zukunft vielleicht »15, 20, 50 Jahre Bürgerkriege und Völkerkämpfe« durchmachen müsse.⁴² Die Gewalt der Waffen als ein Mittel der Revolution weiterhin grundsätzlich bejahend, unterschieden sie streng die Zeiten sozialer und politischer Krisen, aus denen die Revolution erwachsen könnte, von jenen ruhigen Perioden, in denen ein bewaffneter Aufstand zur verantwortungslosen Revolutionsspielerei entarte. Doch noch mehrere Jahre lang beharrten sie auf einem Konzept, wonach sie die jeweiligen Kriege der Herrschenden im Interesse der revolutionären Demokratie und der proletarischen Emanzipation nutzen wollten. Dieses Bestreben prägte ihre Haltung zum Krimkrieg (1853–1856), womit das System der »Heiligen Allianz« endete, und zur Frage einer Kriegsteilnahme deutscher Staaten im oberitalienischen Konflikt von 1859.

Indes reifte zuerst in Marx eine paradigmatische Wende heran. Am Musterfall Frankreichs, wo die Republik wiederum gescheitert und Kaiser Napoleon III. die innenpolitischen Spannungen durch äußere Erfolge in Italien, China und Mexiko entlasten wollte, beobachtete Marx sogenannte Zivilisationskriege eines »imperialistischen Bürgertums«.⁴³ Weil er aber gerade in Frankreich auch die proletarische Revolution am ehesten reifen sah, warnte er seit 1859 vor der Schädlichkeit großer Militärkonflikte, deren chauvinistische Negativwirkungen für die Arbeiterbewegung weit schwerer wögen als etwaige revolutionäre Kriegsfol-

Heinrich Heine. Berlin 2001. S. 38ff.

41 *Karl Marx: Die Klassenkämpfe in Frankreich. In: MEW. Bd. 7. S. 79.*

42 *Karl Marx: Enthüllungen über den Kommunisten-Prozeß zu Köln. In: MEW. Bd. 8. S. 412.*

43 *Karl Marx: Invasion! In: MEW. Bd. 13. S. 444.*

gen. Der Krieg von 1859 biete die üble »Aussicht, die Revolution in Frankreich aufzuschieben«: Er werde »zunächst nach allen Seiten hin konterrevolutionär wirken«.44

Nun vollzog sich der geistige Übergang zu einer neuen Beurteilung der Staatenkriege. Dabei unterschieden sich Marx und Engels von den gleichzeitigen Aktivitäten bürgerlicher Humanisten. Diese nämlich entsetzten sich über die wachsende Zerstörungsgewalt der modernisierten Militärtechnik auf dem Kriegsschauplatz in Oberitalien, insbesondere über die Menschenverluste in der Schlacht bei Solferino (1859). Indem sie die internationale Vereinigung des Roten Kreuzes höchst ehrbar initiierten (Genfer Konvention 1864), betrieben auch sie – wie einst Grotius – eine Einhegung des Krieges, ohne ihn völlig abzulehnen.45 Marxisten und Arbeiter hingegen mochten keine Wundpflaster kleben. Sie gingen einen anderen Weg.

Schon 1862 hatten Massenkundgebungen der englischen Arbeiterschaft einen Krieg verhindert: eine bewaffnete Intervention, womit das Londoner Regime im Interesse seiner Baumwollindustriellen die Rohstofflieferanten und Sklavenhalter des Südens bei Gelegenheit des Bürgerkrieges gegen die Nordstaaten der USA unterstützen wollte. Diese Erfahrung gedieh zu einer Strategie, mit der nicht mehr vereinzelte Humanisten und kleine Gruppen von Friedensfreunden, sondern vereinigte Strömungen der linken Intelligenz und des Proletariats in die Politik ihrer Regierungen eingreifen sollten. Im Herbst 1864 konstituierten sich proletarische Organisationen verschiedener Länder in der Metropole Britanniens als »Internationale Arbeiter-Assoziation«. Der von Marx verfaßte, sodann beschlossene Gründungsaufruf – die »Inauguraladresse« – bezeichnete die Befreiung der Proletarier aller Länder als das Ziel dieser ersten Internationale. Doch angesichts von Regierungspolitiken und Kriegen, in denen die Völker verhetzt und entzweit wurden, bestanden Hemmnisse, die dem Internationalismus der Arbeiter andauernd entgegenwirkten. Das Problem lautete: »Wenn die Emanzipation der Arbeiterklasse das Zusammenwirken verschiedener Nationen erheischt, wie jenes große Ziel erreichen mit einer auswärtigen Politik, die frevelhafte Ziele verfolgt, mit Nationalvorurteilen ihr Spiel treibt und in piratischen Kriegen des Volkes Blut und Gut vergeudet?«46 Indem die Existenzfrage

44 Karl Marx an Ferdinand Lassalle, London, 4. Februar 1859. In: MEW. Bd. 29. S. 577.

45 Siehe Henri Dunant: *Souvenir de Solferino*. Genf 1862. – Ders.: *Fraternité et charité internationales en temps de guerre*. Genf 1864.

46 Karl Marx: *Inauguraladresse der Internationalen Arbeiter-Assoziation*. In: MEW. Bd. 16. S. 13.

des proletarischen Internationalismus gestellt wurde, mußte sie auch beantwortet werden: Es sei die »Pflicht« der nationalen Arbeiterklassen, »in die Geheimnisse der internationalen Politik einzudringen, die diplomatischen Akte ihrer respektiven Regierungen zu überwachen, ihnen wenn nötig entgegenzuwirken; wenn unfähig zuzukommen, sich zu vereinen in gleichzeitigen Denunziationen und die *einfachen Gesetze der Moral und des Rechts, welche die Beziehungen von Privatpersonen regeln sollten, als die obersten Gesetze des Verkehrs von Nationen geltend zu machen.*«⁴⁷

Man erinnere sich: Einst hatte ein Holländer seine völkerrechtlichen Überlegungen von Grundsätzen des Bürgerrechts abgeleitet. Jetzt, zweiundeinhalb Jahrhunderte später, erhob auch der studierte Jurist Marx die Prinzipien des bürgerlichen Zivilrechts zum Maßstab der Beziehungen zwischen den Staaten und Völkern. Er rezipierte die Völkerrechtsideen des Hugo Grotius, das Friedensdenken der Aufklärung, die Menschen- und Bürgerrechtsdeklarationen der Französischen Revolution und sehr bewußt auch den »Code Napoléon«. Auf der Grundlage des bürgerlichen Gesetzbuches erklärte die erste Internationale den proletarischen Klassenkampf und das Ringen um Völkerfrieden zur unabdingbaren Einheit. Zusammenarbeit und Solidarität nationaler Arbeiterparteien, die alle Ländergrenzen überschreiten wollten, bedurften einer möglichst friedlichen Staatenwelt. »Der Kampf für solch eine auswärtige Politik«, heißt es in der »Inauguraladresse«, »ist eingeschlossen im allgemeinen Kampf für die Emanzipation der Arbeiterklasse.« Das Dokument deklarierte eine historische Pflicht: Die Arbeiter sollten ihre freiheitlichen Bestrebungen entschieden auch gegen Völkerverhetzung und Kriege richten.

Als am 28. September 1864 in der Londoner St. Martins Hall zweitausend Delegierte und Arbeiter aus Britannien, Frankreich, Deutschland, Italien und der Schweiz die Gründung der Internationalen Arbeiterassoziation beschlossen, waren sie von weltgeschichtlichen Hoffnungen besetzt. Sie glaubten ein neues Zeitalter zu eröffnen, in dem sie eine Kraft sein würden, um Völkerkriege zu verhindern und die Anschläge des Militarismus abzuwehren.

47 *Ebenda (Hervorhg. – HB).*

Weltkrieg in Sicht *Pazifismus und Marxismus**

Man hat den Historiker einen zurückschauenden Propheten genannt. Das meint, er sehe im Vergangenen einen Sinn der Geschichte und übertrage diesen als eine Möglichkeit in die Gegenwart und die Zukunft. Nach allem, was wir erfahren haben, dürfte solche Sinnfrage nicht im Geiste von Teleologie erfolgen – nicht mit fortschrittsgläubiger Selbstgewissheit, historische Gesetzmäßigkeiten für eigene Zwecke und Ziele meistern zu wollen. Doch nach früheren Ideen und Handlungen, ihrer Bedeutung für heute und morgen, ist noch immer zu fragen, wobei die Natur des Menschen bewirkt, daß dies nicht mit Gleichgültigkeit, vielmehr mit Interesse geschieht. Mein Interesse nun, Pazifismus und Marxismus als historisches Friedenserbe verstehen zu wollen, heißt schlicht und einfach: Frieden – kein Krieg.

Vom Anfang des modernen Pazifismus

Fragen wir nach Geburtsort und -zeit moderner pazifistischer Bestrebungen, so sind Paris und das Jahr 1889 zu erinnern. Die Große Revolution der Franzosen jährte sich zum hundertsten Male. Die bürgerliche Klasse, die seit Beginn ihrer Herrschaft viele Volksunruhen und Arbeiterempörungen niedergeschlagen, ebenso oft Staaten und Völker Europas mit Krieg überzogen hatte, trumpfte diesmal als Gastgeber auf. Sie lud an die Seine zur bislang größten Industriemesse und Weltausstellung. Auf eben dem Marsfeld, wo General Lafayette, »Held zweier Welten«, die republikanisch gesinnten Bittsteller von 1791 hatte zusammenschießen lassen, wo die Blusenmänner des Juniaufstands von 1848 exekutiert und verschart worden, demonstrierte die Bourgeoisie der Dritten Republik ihre Macht nunmehr auf andere Weise: Dort ragte ein dreihundert Meter hoher, auf vier eisernen Stelzen balancierender Riese, den Ingenieur Alexandre Eiffel und seine proletarischen Helfer errichtet hatten. Selbst nach Jahrzehnten höchstes Bauwerk der Erde, war der gigantische Eiffelturm bei seiner Weihe für 28,1 Millionen Messebesucher und zudem alle Pariser ein »Arc de Triomphe« des Eisenbau- und Maschinenzeitalters.

* *Der Text war Vortrag bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e. V. in Dresden am 6. Dezember 2001: »Pazifismus und Marxismus. Historisches Friedenserbe«.*

Tief unten, in seinem Schatten, nutzten Eliten auch anderer Länder das französische Centenarium. Sie hatten neueste Erzeugnisse der Künste, Technik und Industrie an das linke Ufer der Seine gebracht, um in glänzenden Exponaten ihre Modernität und Konkurrenzfähigkeit zur Schau zu stellen. Dies alles bezeugte die stürmischen Fortschritte von industrieller Baukunst und Fabrikproduktion, Verkehrs- und Nachrichtenwesen, Wissenschaften und Technologie: ein Wachstum von Industriegesellschaften, deren Basis durch die weithin vollzogene, zumindest stattfindende Industrielle Revolution vorgegeben war. Es herrschte die Hoch- und Endzeit des Kapitalismus der freien Konkurrenz, in der das große Kapital begonnen hatte, sich in Monopolvereinigungen der Industrie und der Banken zu konzentrieren.

In die Hochstimmung der Weltausstellung mischten sich unliebsame Warnungen. Die Errichtung des Eiffelturms zu Paris könnte ein zweiter Turmbau zu Babel sein. Hinter Feiern und Festreden, Preisverleihungen und Champagnergüssen der betuchten Männer des Kapitals schwelten alte und aktuelle Konflikte, lauerten Konkurrenzen, die feindlich waren. Seit dem Krimkrieg (1853–1856) hatten die Heerzüge und die Blutstürze militärischer Regionalkonflikte bereits siebenmal das Staatensystem Europas erschüttert – ganz zu schweigen von jenen Waffengängen, die, wie die englischen und französischen Kolonialkriege in Asien und Afrika, der ungemein verlustreiche Sezessionskrieg in den USA, andere Erdteile mitsamt ihren Bevölkerungen heimsuchten. In steigender Sorge beobachteten Zeitgenossen, wie mit der Durchsetzung der Industriellen Revolution auch eine verhängnisvolle, noch heute andauernde Entwicklung begonnen hatte: die permanente Revolution der Waffentechnik und das darauf sich gründende Wettrüsten aller Großmächte. Der Rüstungswettlauf trieb riesige Armeen hervor, bestückt mit präzise funktionierenden Infanteriewaffen und weitreichender Artillerie, Magazingewehren und Sprenggranaten, Festungssystemen und Panzerschiffen. Und schon wurde diese furchtbare Rivalität übersteigert von Erfindern, Industriellen, Militärtechnikern, die mit Torpedos gerüstete Unterwasserboote und Bomben werfende Flugmaschinen projektierten. Viele Jahrzehnte nach den Napoleonischen Kriegen war die fatale Alternative »Krieg oder Frieden?« wieder zum dauernden Alpdruck all derer geworden, die den Humangeist der Aufklärung hegten und eine bürgerliche Gesellschaft der Gerechtigkeit, der Solidarität, des Völkerfriedens herbeisehnten.

Im Paris des Gedenkjahres blickten Friedensfreunde besorgt und mahndend auf Verheißungen der Vergangenheit zurück: Waren nicht Aufklärer und Wortführer der Französischen Revolution für nationale wie internationale Verhältnisse eingetreten, in denen »Freiheit« und

»Gleichheit« als »unveräußerliche Menschenrechte« garantiert, außerdem die Souveränität der Völker vor Willkürakten – also vor Aggressoren und Angriffskriegen – bewahrt sein sollten? Auch diesmal waren es Menschen aus dem Bürgertum, Liberale aus den Reihen des Adels und Intellektuelle, die sich vom 23. bis zum 27. Juni 1889 auf dem ersten Weltfriedenskongreß versammelten. Einzelkämpfer und Abgesandte von pazifistisch gesinnten Zirkeln und Vereinen wollten ihre mehr oder weniger verstreuten Rinnsale Europas und Nordamerikas in ein Strombett hinüberleiten. Gewiß zählen die älteren Bestrebungen der Friedenspropaganda und ihrer Kommunikationen zur Frühgeschichte pazifistischer Bestrebungen – mit dem Pariser Weltfriedenskongreß aber begründete sich (drei Wochen vor dem Gründungskongreß der zweiten Arbeiter-Internationale) die moderne bürgerliche Friedensbewegung.⁴⁸

Ihre Forderung hieß: Vermeidung von Kriegen durch interstaatliche Schiedsverträge, so daß Konflikte zwischen den Staaten durch Schlichtung befriedet würden. Das war der Hauptgedanke. Für seine Propagierung beschlossen die Friedensfreunde organisatorische Maßnahmen: Aufbau nationaler Vereinigungen und Gründung eines internationalen Zentralbüros, Veranstaltung periodischer Kongresse und Verbreitung wirksamer Friedensschriften. Diese Antikriegs- und Kongreßbewegung ergänzte sich durch eine fast gleichzeitige Interparlamentarische Konferenz, an der 97 Abgeordnete der Nationalparlamente Frankreichs (55), Großbritanniens (30), Italiens (5), Spaniens, Belgiens, Dänemarks, Ungarns, Griechenlands, Liberias und der USA (je 1) teilnahmen.

Wie sehr diese Bewegung entschlossen war, den machtstaatlichen Egoismus und Nationalismus zu überwinden, erwies im nächsten Jahr schon ein Nachfolgetreffen in London.⁴⁹ Dessen Beschlüsse bezeugen die Absichten der Pazifisten noch deutlicher. Wiederum finden wir die menschen- und völkerrechtlichen Ideale von 1789 zum Maßstab internationaler Politik erhoben: »Die Brüderlichkeit zwischen den Menschen bedingt die Brüderlichkeit zwischen den Völkern.« Gemäß dieser ethischen Prämisse sollte der Pazifismus eine den Frieden sichernde Rechtsordnung für alle Staaten und Völker erstreben – und dies mit universaler Konsequenz, so daß nicht nur der Krieg zwischen den »Kulturvölkern«, sondern auch die Aggressionen der Kolonialmächte zurückgewiesen,

⁴⁸ Siehe Alfred H. Fried: *Handbuch der Friedensbewegung. Teil 1: Grundlagen, Inhalt und Ziele der Friedensbewegung.* 2. Aufl. Berlin, Leipzig 1911. *Teil 2: Geschichte, Umfang und Organisation der Friedensbewegung.* 2. Aufl. Berlin-Leipzig 1913. Dasselbe als photomech. Nachdruck: *Handbuch der Friedensbewegung by Alfred H. Fried, Vols. I and II.* New York, London 1972.

⁴⁹ Siehe Alfred H. Fried: *Handbuch der Friedensbewegung. Teil 2.* S. 97 ff.

der Schutz »eingeborener und unentwickelter Rassen gegen jeden Mißbrauch der Gewalt und gegen das Laster der sogenannten fortgeschrittenen Nationen« proklamiert wurde. Erste Schritte zur Welt-Friedens-Ordnung sollten nunmehr staatliche Neutralitätserklärungen und gleichberechtigte Handelsbeziehungen sein. »Weltfrieden durch Freihandel!« – Es war die Idee des klassischen Liberalismus, die hier Pate stand und durch konkrete Forderungen aktualisiert wurde: globale Vereinheitlichung der Maße und Gewichte, der Tarife und Währungen, der Transportwege, des Post- und Telegrafverkehrs. Was im Forderungskatalog abermals nicht fehlte, waren Schiedsverträge zwischen den Staaten und zudem Gründung unabhängiger Gerichtshöfe, denen die Aufgabe oblag, politische Streitigkeiten, die zum Krieg führen konnten, zu schlichten. Kein internationaler Vertrag sollte von den Nationalparlamenten gebilligt werden, der nicht die Schiedsklausel enthielt.

Allerdings erfolgten diese idealen Entwürfe und Resolutionen vor dem verhängnisvollen Hintergrund der unaufhörlichen Kriegsvorbereitungen. Deshalb konnte auch der Abrüstungsgedanke nicht fehlen: Die »Kulturwelt« erwarte ungeduldig den Verzicht auf die Rüstungen, weil sie den Frieden gefährdeten, zudem eine Ursache wirtschaftlicher Disproportion und Bedrückung seien. Europas Staatsführungen wurden angemahnt, Maßnahmen der allgemeinen und allmählichen Abrüstung zu beschließen. Die Londoner Friedenskonferenz verpflichtete die Friedensgesellschaften auch zu Aktivitäten gegen militärisches Denken, das »häufig die Ursache der Kriege« sei. Bei den nationalen Parlamentswahlen sollten die Wähler nur für Anhänger des Friedens, der Abrüstung und des Schiedsgerichts votieren.

Die Waffen nieder!

In die Geburtsstunde der modernen Friedensbewegung, die wirksamer Mittel bedurfte, um den Un-Geist des Militarismus und der Kriegsbereitschaft zu bekämpfen, trat unverhofft und kühn eine nahezu Unbekannte. Die Österreicherin Bertha von Suttner veröffentlichte im Verlag Edgar Pierson zu Dresden genau im Jubiläumsjahr 1889 ein Buch, dessen Titel dem Pazifismus mit nur drei Worten den bündigsten Streitruf verlieh: »Die Waffen nieder!«⁵⁰

Man bedenke: die Dinge dieses Jahrhunderts, ob gut oder schlecht, wurden von Männern gemacht. »Männer machen Geschichte!« Hier

⁵⁰ Bertha von Suttner: *Die Waffen nieder! Eine Lebensgeschichte*. Dresden 1889. Nachdruck. Ed. u. Nachwort von Sigrid und Helmut Bock. Berlin 1990.

aber wagte eine Frau den geistigen Aufstand gegen die ureigene Sache der Männlichkeit, das militärische Staatsdenken rivalisierender Großmächte. Ihr galt der weithin gebilligte, sogar verherrlichte Krieg nicht als »wichtigster Faktor der Kulturentwicklung«, nicht als »Erwecker der schönsten menschlichen Tugenden«, nicht als »Vater aller Dinge«. ⁵¹ Was die öffentliche Meinung bis heute als geheiligte Institution behandelt, was die Regierungen gegen verleumdete »Vaterlandsverräter« unter Staatsschutz stellen, entlarvte diese Frau als Völkermord, »von Staats wegen« erlaubtes und begangenes Verbrechen. Hier verblaßte die Glorie der Heerführer und Schlachtengewinner, der Ruhm Alexanders, Cäsars, Napoleons und ihrer beflissenen Epigonen – die allerdings von Politikern, Historikern, Schulmeistern als »vorzügliche Träger der Geschichte«, »Lenker der Länderschicksale« gefeiert, von den Kirchen gesegnet wurden. ⁵² Mit allen Mitteln der rationalen Argumentation und der emotionalen Aufwiegelung appellierte diese Frau an die Zeitgenossen: ihre Regierungen und Parlamente in die Pflicht zu nehmen und des Volkes Willen zur Geltung zu bringen. »[...] das Volk will die produktive Arbeit, will die Entlastung, will den Frieden!« heißt es im Epilog des Buches. ⁵³

Daß Bertha von Suttner zur Bannerträgerin des Pazifismus werden könnte, war ihr an der Wiege nicht gesungen. 1843 in Prag als Tochter eines österreichischen Feldmarschalleutnants geboren, seitens der Mutter eine Nachfahrin des gleichfalls kriegstüchtigen deutschen Dichters Theodor Körner, mußte sie einen langen Weg gehen. Weil sie bei ihrer Geburt jedoch Halbwaive und durch den bürgerlichen Adel der Mutter eine Art »Bastard« in der Aristokratensippe derer von Kinsky war, stellte sie sich später auf eigene Füße, verdiente sie ihr Brot als Hauslehrerin, Zeitungskorrespondentin und Schriftstellerin. Eine kurze Frist als Sekretärin Alfred Nobels in Paris, sodann ein neunjähriges Emigrantendasein in Georgien prägten sie auf ihren Lebensstationen nachhaltig.

Als Frau von den Hochschulen ihrer Zeit ausgeschlossen, blieb sie auf autodidaktische Studien verwiesen. Nach sprachlicher, musischer und literarischer Bildung waren schließlich auch Philosophie und Naturwissenschaften gekommen: zumal die Schriften der Engländer Charles Darwin, Herbert Spencer, Henry Thomas Buckle und des Deutschen Ernst Haeckel – Wissensquellen, aus denen Suttner den Gedanken der »Evolution«, der stetigen Entwicklung von Natur und Gesellschaft schöpfte. Die Menschheitsgeschichte sah sie als einen Kulturfortschritt

⁵¹ Zit. n. der 2. v. Suttner bearb. Aufl. Dresden, Leipzig 1892. Bd. 2. S. 111.

⁵² Ebenda. Bd. 1. S. 5.

⁵³ Ebenda. Bd. 2. S. 320.

an, der vornehmlich dem Entdeckergeist der Wissenschaften und ihrer technischen Nutzanwendung entsprang. »Maschinenalter«, gedacht als Gegenbegriff zum »Mittelalter«, so nannte sie ihre Epoche, benutzte sie diesen Zeitalterbegriff auch als Titel einer populärwissenschaftlichen Schrift, die ihrem Friedensbuch unmittelbar vorausging.⁵⁴ Auf dem Gebiet der Maschinen, überhaupt der technischen Erfindungen, erschien ihr »kein Gedankenflug zu hoch«, erblickte sie die Menschheit »an der Schwelle neuer Umwälzungen« – schon deutlich erkennbar durch Elektrizität, Telegraf, Telefon und, wie sie tatsächlich schrieb, demnächst durch Flugapparate, Fernheizung, Television. Sie glaubte bei alledem an einen Sinn, eine Ratio in der Geschichte: die Vernunft der Humanität, die sich durch Denken und Tat bedeutender Menschen gegen alle Widerstände durchsetzen werde. »Alle Ungerechtigkeiten, alle Mißstände in den sozialen Verhältnissen – als da sind: Sklaventum, Arbeiterelend u. dgl. – beruhen auf irgendeiner fundamentalen Ungerechtigkeit, auf irgendeinem von den Menschen – nicht von der Natur – begangenen Fehler. Und Fehler lassen sich gutmachen, Irrtümer lassen sich berichtigen.«⁵⁵

Doch dieser Fortschrittsglaube, mit dem Suttner die Aufklärung des 18. Jahrhunderts beerbte, wurde durch schlimme Einsichten verfinstert. Sie erkannte, daß »alle Errungenschaften des neuen Geistes« von Barbaren der modernen Gesellschaft ausgenutzt, »alle Fortschritte der Technik sogleich für Mord- oder Vertilgungszwecke« mißbraucht wurden. Kriegsvorbereitung und Kriegsdrohung waren auch für Suttner das Kardinalproblem. Im Klima der Staatsrivalitäten, der Wehrhaftmachung und Verhetzung der Völker sah sie Militärwesen und Waffentechnik wuchern, die bereits alles Bisherige übertrafen – bald aber mit geradezu sinnwidriger und verheerender Zerstörungskraft gegen die Menschheit entfesselt würden.

Es waren nicht mehr bloß regionale Kriege – es war ein Krieg des ganzen Kontinents, der am politischen Horizont heraufdrohte. Suttner beschrieb ihn in warnenden Visionen: »[...] jedes Dorf eine Brandstätte, jede Stadt ein Trümmerhaufen, jedes Feld ein Leichenfeld und noch immer tobt der Kampf: unter den Meereswellen schießen die Torpedoboote, um mächtige Dampfer in den Grund zu ziehen, in die Wolken steigen bewaffnete und bemannte Luftschiffe einer zweiten äronautischen Truppe entgegen [...]«⁵⁶ Dies werde, so urteilte sie, der herandro-

⁵⁴ Jemand (d. i. Bertha von Suttner): *Das Maschinenalter. Zukunftsvorlesungen über unsere Zeit.* Zürich 1889.

⁵⁵ *Ebenda.* S. 260.

⁵⁶ *Ebenda.* S. 277.

hende »nächste«, der »große«, der »letzte Krieg des zivilisierten Europa« sein. – Käme er aber um einiges später, so werde der Mißbrauch wissenschaftlich-technischer Entwicklungen zu noch schlimmeren, nämlich totalen Vernichtungsmitteln führen: zu weittragenden Schnellfeuergeschützen mit »500 Schuß in der Minute«, zu elektrischen Mordmaschinen, die »mit *einem* Schlage ein ganzes Heer vertilgen«, zu »Sprengstoffpillen, die, aus Wolkenhöhen herunterregnend, in ein paar Minuten eine Stadt zertrümmern.«⁵⁷

Das klingt nach Science-Fiction. Wir Heutigen aber wissen, daß diese Freundin Alfred Nobels die tendenzielle Entwicklung der Kriegstechnik keineswegs falsch einschätzte. Vor allem stimmte die welthistorische Folgerung, die aus der Warnphantasie gezogen wurde: »[...] jener Punkt, wo alles, was ist, aufhören muß – der Punkt der Unerträglichkeit nämlich –, von dem war die Waffenbelastung der Welt nicht mehr fern. Aller Reichtum, alle Volkskraft, alles *Leben* nur auf Ein Ziel – Vernichtung – hingelenkt: ein solches System muß endlich entweder die Menschheit oder sich selber vernichten.«⁵⁸

Erst als Suttner diese ungeheuerliche Perspektive der Menschheit erkannte und nach humanen Konfliktlösungen fragte, erfuhr sie von der Existenz früh-pazifistischer Vereinigungen: der seit 1867 bestehenden »Ligue internationale de la Paix et de la Liberté« mit dem Hauptsitz in Genf und der jüngeren, 1880 gegründeten »International Arbitration and Peace Association«, die neben dem Hauptsitz in London auch nationale Zweigvereine in Großbritannien, Frankreich, Deutschland, Italien, Ungarn, Norwegen, Schweden, Dänemark und den USA unterhielt. Die Literatin übernahm diese Informationen noch in die Druckfahnen ihres Textes »Maschinenalter«. Sie vertrat darin selbst die pazifistischen Vorschläge: Abrüstung und Schiedsgerichte.

Dann verschrieb sie sich ganz den Bestrebungen der Friedensaktivisten: wohl wissend, daß diese von Nationalisten und Militaristen als »Vaterlandsverräter« und »Friedensbestien« verleumdet wurden. »Der Friedensliga«, schrieb sie in den späteren Memoiren, »wollte ich einen Dienst leisten – wie konnte ich das besser tun, als indem ich ein Buch zu schreiben versuchte, das ihre Ideen verbreiten sollte? Und am wirksamsten, so dachte ich, konnte ich das in Form einer Erzählung tun. Dafür würde ich sicherlich ein größeres Publikum finden als für eine Abhandlung.«⁵⁹ Also schrieb Bertha von Suttner »Die Waffen nieder! Eine Lebensgeschichte.«

57 *Ebenda.* S. 275.

58 *Ebenda.* S. 274.

59 *Bertha von Suttner: Lebenserinnerungen.* Hrsg. von Fritz Böttger. 3. Aufl. Berlin 1970. S. 215.

Der Roman ist die fiktive Autobiographie einer österreichischen Gräfin Martha Althaus, die in Böhmen lebt und die Militärkonflikte ihrer Zeit erfahren muß: die vier Kriege von 1859, 1864, 1866 und 1870/71. Dabei vollzieht sich die Wandlung dieser Gestalt, die in einer Generalsfamilie reaktionär und kriegsgläubig erzogen wird, zweimal heiratet, beide Männer und selbst ihr Kind in den Kriegswirren verliert – bis sie nach soviel Leid und Tod aus einer Kriegsbefürworterin zur Kriegsgegnerin wird.

Kühle oder vernünftelnde Kritiker aus progressivem Lager, so Carl von Ossietzky⁶⁰, haben gerügt, daß hier nicht ohne Sentimentalität, phantasievolles Mitleiden, schmerzhaftes Gefühlserregung erzählt wird. Gewiß erinnern manche Textteile an den Emotionalstil der »Gartenlaube« ihres Jahrhunderts, der uns fremd geworden ist. Doch Suttners geistige Grundhaltung ist der Vernunft, dem Rationalismus verbunden. Rational ist die Argumentation gegen militaristisch gefärbte Phrasen, Traditionsbilder, Geschichtsdeutungen. Rational ist das Arrangement des Ganzen, vor allem die Verflechtung des Fiktiven mit den authentischen Zeitzeugnissen des erzählten Weltausschnitts. Denn auch diesmal hatte sie genaue Studien betrieben, Archive und Zeitungen gesichtet, Kriegsberichte und Geschichtswerke ausgewertet, Augenzeugen befragt – bevor sie deren pseudopatriotische Phraseologie wider den Strich bürstete, um gegen die Kriegs-Verherrlichung ihre Kriegs-Verneinung zu setzen. Geschult am literarischen Naturalismus, zumal an den Elendsschilderungen Emile Zolas, konfrontierte sie die schönfärbende Staatsräson und Kriegsromantik mit dem Leiden und Sterben der Individuen, die nur ein einziges Leben haben und unter der Willkür von Kriegführung unwiederbringlich zugrunde gehen. Die Erzählerin nahm Elemente einer Schreibweise vorweg, die in der französischen und deutschen Antikriegsliteratur nach dem Ersten Weltkrieg weiterentwickelt wurden: Henri Barbusse, Arnold Zweig, Ludwig Renn, Erich Maria Remarque schrieben dann aus der persönlichen Kriegserfahrung des Soldaten.⁶¹ Jedoch die sensitive Radikalität der Antikriegshaltung in Suttners Roman resultiert aus der bis heute seltenen, bei Christa Wolfs »Kassandra«⁶² wieder erscheinenden Erzählperspektive: der einer vom Krieg betroffenen, am Krieg leidenden Frau. Sie entmystifizierte den Krieg als ein von den Herrschenden gemachtes und zu verantwortendes Verbrechen.

60 Siehe Carl von Ossietzky: *Die Pazifisten* (Oktober 1924). In: *Rechenschaft. Publizistik aus den Jahren 1913–1933*. Hrsg. von Bruno Frei. Berlin 1982. S. 45ff.

61 Gemeint sind Henri Barbusse: *Le Feu*. Paris 1916; Arnold Zweig: *Der Streit um den Serganten Grischa*. Potsdam 1927; Ludwig Renn: *Krieg*. Frankfurt am Main 1928; Erich Maria Remarque: *Im Westen nichts Neues*. Berlin 1929.

62 Christa Wolf: *Kassandra. Vier Vorlesungen. Eine Erzählung*. Berlin 1983.

Die Autorin schrieb nicht nur gegen die hochorganisierten Staatsgewalten. Sie sah sich den weltweit verbreiteten Bibliotheken gegenüber, die mit Schriften kriegerischen Inhalts angefüllt sind: den Heldenlegenden und Kriegsgeschichten, der nationalistischen Erbauungsliteratur und Traditionspflege, den Lehrbüchern der Militärwissenschaft und Kampftechnik, den Leitfäden der Rekrutenausbildung und Truppenführung, des Waffengebrauchs und der Ballistik, den Generalstabsberichten und Schlachtchroniken, den Sammlungen der Soldatenlieder und Kriegsbräuche. Gegen diese riesige Literaturmasse des Krieges beschwor Suttner das historische Friedenserbe – wertvolles Gut der Weltliteratur, freilich nur in ein »paar Heftchen« zu sammeln, so daß ein Friedensfreund kleinmütig werden könnte, wenn man nach Quantitäten messen wollte.

Um nun den Leser mit Friedensideen der Vergangenheit bekannt zu machen, ließ die Autorin ihre Romangestalten an Aristophanes, Sokrates, Terenz, Cicero, Virgil denken, an Größen der Antike, die auf Humanität und friedliches Leben gerichtet gewesen waren. Sie nannte Projekte friedentiftender Fürsten- und Staatenbünde, entworfen von dem Husitenkönig Georg Podiebrad, von den Franzosen Henry Quatre und dem Minister Maximilien de Béthune Sully. Sie skizzierte die Linie des Fortschrittsdenkens und der Friedensutopien, die von Abbé de Saint-Pierre über Voltaire und Kants Traktat »Zum ewigen Frieden« bis zu den französischen Sozialisten Saint-Simon und Fourier führt. Sie vergaß auch nicht die Quäker und Kriegsdienstverweigerer seit William Penn, die englischen Völkerrechtler und Freihandelspropagandisten seit Jeremy Bentham. In sehr bewußtem Kontrast zu Generalfeldmarschall Helmuth Graf von Moltkes berüchtigter Sentenz, wonach der »ewige Frieden« nur ein »Traum« sei »und nicht einmal ein schöner«, finden wir bei der Schilderung der Vorkriegssituation von 1870 »ein aus Volkskreisen« stammendes Manifest: gezeichnet von Wilhelm Liebknecht, nennt es den »bloßen Gedanken an einen deutsch-französischen Krieg« ein folgeschweres »Verbrechen«⁶³.

Auf diese Weise suchte pazifistisches Denken sein ihm angemessenes Erbe in der Geschichte. Es stellte die humane Tradition des Friedens und des sozialen Fortschritts gegen die Tradition des Militarismus und der Bedrückung des Volkes, von dem die Suttner stets hochsinnig dachte. »Aber das Volk? Man frage es nur, bei ihm ist der Friedenswunsch glühend und wahr, während die Friedensbeteuerungen, die von den Regierungen ausgehen, häufig Lüge, gleisnerische Lüge sind – oder we-

63 *Bertha von Suttner: Die Waffen nieder! Eine Lebensgeschichte. Bd. 2. S. 246, 306.*

nigstens von den anderen Regierungen grundsätzlich als solche aufgefaßt werden. Das heißt ja eben ›Diplomatie‹. Und immer mehr und mehr werden die Völker nach Frieden rufen.«⁶⁴

Leo Tolstoi verglich das Buch «Die Waffen nieder!» mit Harriet Beecher-Stoves Roman »Onkel Toms Hütte« (1852), weil Suttner wie jene, die das Ende der Sklaverei propagiert hatte, ein literarisch-politisches Epochensignal setzte.⁶⁵ Alfred Nobel, Erfinder des Dynamits, wünschte im Brief an die Verfasserin, daß »der Zauber Ihres Stils und die Größe Ihrer Ideen stets weiter reichen werden [...] als alle Werkzeuge der Hölle.«⁶⁶ Den zögerlichen tausend Stück der Erstveröffentlichung folgten Jahr für Jahr weitere Auflagen. Schon aber traten Rüstungstreiber, Kolonialvereine, Chauvinisten und deren Gazetten als giftende Gegner auf. Groß-Deutsche und Habsburgs aggressive Balkanexperten entblödeten sich nicht, in der streitbaren Humanistin die Frau herabzuwürdigen: weil sie sich als »Friedensbertha«, »Friedensvettel« – wohl als Angehörige eines unbefugten, hirnlosen Geschlechts – in die Politik einmische.

Doch für den Pazifismus erwies sich diese ungewöhnliche Frau als Integrationsgestalt. Sie gründete Friedensgesellschaften in Österreich, Ungarn, Deutschland und wurde als Vizepräsidentin in das internationale Friedensbüro gewählt, das in Bern die Aktivitäten vieler Länder koordinierte. 1905, als sie den Friedens-Nobelpreis erhielt, war die 37. Auflage ihres Antikriegsbuches in Deutschland erschienen. Es war in fast alle Sprachen Europas übersetzt und auch in Amerika bekannt – ein literarischer und politischer Welterfolg, der damals unübertroffen blieb.⁶⁷

64 *Ebenda.* S. 204.

65 *Leo Tolstoi an Suttner.* 10./23.10.1891. Zit. n. *Beatrix Kempf: Bertha von Suttner. Das Lebensbild einer großen Frau.* Wien 1964. S. 32.

66 *Alfred Nobel an Suttner.* Paris, 1.4.1890. Zit. n. *Bertha von Suttner: Memoiren.* Hrsg. von Lieselotte von Reinken. Bremen 1965. S. 143.

67 *Ich beschränke die Darstellung auf die Zeit bis 1895, übergehe daher die schwierige Kommunikation zwischen Suttner und der Sozialdemokratie aus Anlaß der vom russischen Zaren vorgeschlagenen Haager »Friedenskonferenz« (1899). Über Suttners Nobelpreisrede (1906) siehe den nachfolgenden Beitrag. – Siehe auch Sigrid Bock: Bertha von Suttner. Die Waffen nieder! Vom Roman zur organisierten Friedensarbeit. In: Die Waffen nieder! Schriftsteller in den Friedensbewegungen des 20. Jahrhunderts.* Berlin 1989. S. 31ff. – Ernst Voit: *Bertha von Suttner und ihr Vermächtnis für heutiges Friedensdenken.* (IG Wissenschaft und Kultur). Dresden 1999.

Antikriegskampf sozialistischer Klassiker

Die deutsche Sozialdemokratie überblickte mit der gesellschaftlichen Entwicklung auch den literarischen Blätterwald. Schon August Bebel rezensierte Suttners »Maschinenalter« in der »Neuen Zeit«. Er kritisierte mangelhafte Kenntnis der treibenden Kräfte und der Gesetze des Kapitalismus, überdies Befangenheit »in bürgerlichen Vorurteilen«. Doch das sei nur die Schattenseite einer Schrift, in der viele gute Gedanken »mit denen der Sozialisten sich vollkommen decken« würden; vor allem das Zukunftsbild komme dem Sozialzustand nahe, »den der moderne Sozialismus« anstrebe.⁶⁸ Wenig später lautete die Beurteilung des Antikriegsromans im selben Journal geradezu euphorisch: »Die Waffen nieder!« ist ein gewaltiges und ergreifendes Pronunziamento gegen den Krieg, wie schon lange keines mehr geschrieben worden ist [...].⁶⁹

Wilhelm Liebknecht, Chefredakteur des »Vorwärts«, bat Suttner am 11. April 1892 um ihr Einverständnis für einen Nachdruck in Fortsetzungen.⁷⁰ Ihre Zusage und den Honorarverzicht quittierte er mit selbstbewußtem Versprechen: »[...] in der Saat, die aufgehen wird, werden Sie Ihren Lohn haben. Was *Sie* erstreben, den Frieden auf Erden, *wir* werden es durchführen – ich meine die Sozialdemokratie, welche in Wahrheit eine große internationale Friedensliga ist.«⁷¹ Liebknecht wünschte, daß die Autorin dem Abdruck noch einige Zeilen voranstellte. Sie erfüllte auch dieses Erwarten und schrieb als Pazifistin – nicht Sozialistin – an die Mitglieder und Leser der in der damaligen Welt bedeutendsten Arbeiterorganisation: »Die Partei, welche als *einen Hauptpunkt* ihres Programms den internationalen Frieden hinstellt, ist wohl am geeignetsten, dem genannten Buch ihre Sympathie entgegenzubringen, und wird auf diese Weise vielleicht dieselbe Sympathie auch auf die bestehende Friedensliga erstrecken, die das gleiche Ziel – internationale Gerechtigkeit – als *einzigsten Punkt* ihres Programms erwählt hat.«⁷² Suttners Antikriegs-Buch wurde zum Medium der befristeten Kooperation zwischen

68 August Bebel in: »Die Neue Zeit. Revue des geistigen und öffentlichen Lebens«. Stuttgart 7(1889). S. 520ff.

69 Wilhelm Blos in: »Die Neue Zeit. Revue des geistigen und öffentlichen Lebens«. Stuttgart 8(1890). S. 140ff.

70 Wilhelm Liebknecht an Suttner. Charlottenburg, 11.4.1892. Zit. n. Fritz Böttger: Einleitung. In: Bertha von Suttner: Lebenserinnerungen. S. 18f.

71 Wilhelm Liebknecht an Suttner. Berlin, 2.5.1892. Zit. n. Fritz Böttger: Einleitung. In: Bertha von Suttner: Lebenserinnerungen. S. 19.

72 Ebenda. S. 22. – Ganzer Wortlaut: »Vorwärts. Berliner Volksblatt« vom 20. August 1892.

bürgerlicher Friedensbewegung und deutscher Arbeiterpartei. Von August bis November 1892 erschien der Romantext im sozialistischen Zentralorgan.⁷³

Zu dieser Zeit war Karl Marx neun Jahre tot. Schon einmal, am Ende des Revolutionsjahres 1848, hatte er einen großen Krieg erwartet und ihn, zusammen mit Friedrich Engels, einen wahrscheinlichen «Weltkrieg» genannt: Dieser würde eine »Weltrevolution« der Ausgebeuteten bewirken, woraus eine solidarische Menschengemeinschaft und der »Weltfrieden« erwachsen könnten. Danach aber war er zu entschiedener Ablehnung von Völkerhaß und Staatenkrieg gelangt. Er hatte 1864, bei Gründung der ersten Internationalen Arbeiterassoziation, ein prinzipielles Interesse der Arbeiterklasse am internationalen Frieden und ihre historische Pflicht vertreten, gegen Entzweiung der Völker und Krieg der Staaten zu wirken, wobei er das programmatische Gründungsdokument selbst formulierte.⁷⁴ Der Text war nicht nur geistiges Konstrukt geblieben. Eine bewaffnete Intervention der britischen Bourgeoisie gegen die USA wurde durch Massenproteste der Arbeiter abgewendet. Wohl unterstützte die erste Internationale die Unabhängigkeitskämpfe der Polen, Italiener, Ungarn und Iren gegen hegemoniale Fremdherrschaften. Sie verneinte aber alle interstaatlichen Militärkonflikte durch öffentliche Erklärungen und Kundgebungen – so den Krieg Preußens gegen Österreich (1866), die Drohung Napoleons III. gegen Preußen in der Luxemburgkrise (1867), den abermals drohenden Konkurrenzkrieg zwischen Großbritannien und den USA (1869).

Den Zweikampf zwischen Preußen-Deutschland und Frankreich, der im Sommer 1870 begann, konnte die Internationale trotz ihrer Voraussicht nicht verhindern. Jedoch die organisierten Sozialisten standen auf Seiten der Kriegsgegner: Trotz Kriegsrecht und Festungsstrafen verweigerten Arbeiterdeputierte ihr Jawort zu den Kriegskrediten, und über die Schlachtfelder hinweg verkehrten Proletarier beider Länder mit Solidaritätsadressen. Als nach ersten Erfolgen der deutschen Heeresmassen der Franzosenhaß kulminierte, beschworen Marx und Engels die Arbeiterführer, unbedingt gegen einen Raubfrieden zu wirken: Eine Annexion Elsaß-Lothringens sei das »unfehlbarste Mittel«, auch in Zukunft »Deutschland und Frankreich durch wechselseitige Selbstzerfleischung zu ruinieren«.⁷⁵ Der Brief an den Ausschuß der Sozialdemokratischen

⁷³ Der Roman erschien im »Vorwärts« vom 20.8. (Nr. 194) bis zum 22.11. (Nr. 274) des Jahrgangs 1892. Weitere Nachdrucke und Kongreßberichte aus der Friedensbewegung finden sich im selben Jahrgang der Zeitung.

⁷⁴ Siehe den vorangehenden Beitrag.

⁷⁵ Karl Marx/Friedrich Engels: Brief an den Ausschuß der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei. In: MEW. Bd. 17. S. 268.

Arbeiterpartei, veröffentlicht am 5. September 1870, war die zeitigste Warnung und Voraussage einer gesamteuropäischen Katastrophe – in Gestalt eines deutschen Zweifrontenkrieges, bei dem sich das bürgerliche Frankreich mit dem halbfeudalen Rußland verbünden werde. »Es ist überflüssig, die unheilvollen Folgen zu deuten«, lautete der Kommentar.

Nach dem Sieg bei Sedan (1./2. September 1870) und der Gefangennahme des Kaisers der Franzosen traten die deutschen Annexionspläne dreist hervor. Marx wiederholte die Warnung in der zweiten Generalratsadresse der Internationalen Arbeiterassoziation: Im Falle des räuberischen Friedensdiktats müsse sich Deutschland »nach kurzer Rast für einen neuen ›defensiven‹ Krieg rüsten, nicht für einen jener neugebackenen ›lokalisierten‹ Kriege, sondern zu einem *Racenkrieg* gegen die verbündeten Racen der Slawen und Romanen«. ⁷⁶ Das nämlich sei die »Friedensperspektive«, die von den »hirnkranken Patrioten der Mittelklasse Deutschlands« propagiert werde. Die richtige Losung müsse lauten: »ehrenvoller Frieden für Frankreich« und »Anerkennung der französischen Republik«, die sich soeben zum drittenmal konstituierte. Würde dies vom deutschen Proletariat nicht durchgesetzt, so werde sich der jetzige Sieg über die Armeen Napoleons in einen Ruin der Arbeiterinteressen verwandeln. Der zukünftige Krieg werde »in jedem Lande [...] zu neuen Niederlagen der Arbeiter durch die Herren vom Degen, vom Grundbesitz und vom Kapital« führen. ⁷⁷

Der tatsächliche Annexionsfrieden von 1871 war das Schlangenei, das Bismarck dem deutschen Nationalstaat in die Wiege legte. Marx und Engels sahen das Unheil wachsen. Der große Krieg Europas werde früher oder später kommen, urteilte Marx wiederholt noch im Jahre 1874 – vor dessen Beendigung seien revolutionäre Volksbewegungen schwerlich zu erwarten. ⁷⁸ Im Brief vom 9. September 1879 schrieb Engels an Marx: Der drohende Krieg werde die sozialistische Bewegung »auf Jahre zugrunde« richten. ⁷⁹ Das Menetekel erschien düster über dem Kontinent: Durch Militärpakt war Deutschland an Österreich gebunden, das seine hegemonialen Absichten auf den Balkan richtete, wodurch Serbien und Rußland zum Widerstand provoziert wurden. Im Falle militärischer Konfrontation konnte für Revanchisten in Frankreich die Gelegenheit erwachsen, an die Macht zu kommen und dem Eroberer von 1871 in

⁷⁶ Karl Marx: *Zweite Adresse des Generalrats über den Deutsch-Französischen Krieg*. In: MEW. Bd. 17. S. 276.

⁷⁷ *Ebenda*. S. 278.

⁷⁸ Karl Marx an Ludwig Kugelmann, London, 18.5.1874. In: MEW. Bd. 33. S. 628. – Karl Marx an F. A. Sorge, London, 4.8.1874. In: *Ebenda*. S. 635.

⁷⁹ Engels an Marx, London, 9.9.1879. In: MEW. Bd. 34. S. 105.

den Rücken zu fallen. Die beiden Dioskuren waren sich in der Auffassung einig, daß Krieg »unser größtes Unglück« sei.⁸⁰ Dem großen Gedanken »Proletarier aller Länder, vereinigt euch!« drohte ein katastrophaler Untergang.

Namhafte Sozialisten in Deutschland mochten indes solche Befürchtungen nicht teilen. Weil sie aus dem Konflikt auf dem Balkan einen revolutionären Gewinn zu ziehen hofften, mußte Engels herbe Kritiken schreiben. An Eduard Bernstein besagt ein Brief vom 22. Februar 1882: Die Unabhängigkeit der Balkanvölker sei keinen Krieg wert – er zerstöre ungleich mehr Menschenleben als diese Völker zählen und werde vor allem die europäische Arbeiterbewegung schädigen. »Daß dabei Deutschland in einen Kampf um die Existenz gerät und damit auch dort der patriotische Chauvinismus wieder vollständig Oberwasser bekommt, scheint mir evident. Soweit also alles Aussichten gegen uns. Ist der Krieg aber einmal im Gang, so wird der Ausgang eines solchen europäischen Kampfs, des ersten seit 1813–15, ganz unberechenbar, und ich möchte ihn um keinen Preis herbeiwünschen.«⁸¹ Im Brief an Bebel vom 22. Dezember desselben Jahres räumte Engels ein, daß ein großer Krieg in Europa vielleicht zur proletarischen Revolution führen könnte. Sein prinzipielles Urteil aber war eindeutig: »Einen europäischen Krieg würde ich für ein Unglück halten, diesmal würde er furchtbar ernst werden, überall den Chauvinismus entflammen auf Jahre hinaus, da jedes Volk um die Existenz kämpfen würde. Die ganze Arbeit der Revolutionäre in Rußland, die am Vorabend des Siegs stehen, wäre nutzlos, vernichtet; unsre Partei in Deutschland würde momentan von der Flut des Chauvinismus überschwemmt und gesprengt, und ebenso ging's in Frankreich.«⁸²

Nachdem Marx gestorben war (1883), sah Engels mit Genugtuung, wie die nationalen Arbeiterparteien und ihr Wählerpotential wuchsen, wie sich die Sozialisten in Deutschland sogar gegen das feindliche Ausnahmegesetz des Reichskanzlers Bismarck behaupteten. Mit steigender Sorge hingegen beobachtete er, daß mit dem Eilmarsch von Technik und Industrie ein verhängnisvoller Vorgang begonnen hatte – und er war es, der ihn auf den Begriff brachte: eine »nie endende Revolution der Waffentechnik«⁸³. Folge war das Wettrüsten aller größeren Staaten. Preußens allgemeine Wehrpflicht, die selbst im Frieden die besten Lebens-

80 Engels an August Bebel. London, 16.12.1879. In: MEW. Bd. 34. S. 431. – Marx an N. F. Danielson. Ramsgate, 12.9.1880. Ebenda. S. 464.

81 Engels an Eduard Bernstein. London, 22.2.1882. In: MEW. Bd. 35. S. 283.

82 Engels an August Bebel. London, 22.12.1882. Ebenda. S. 416.

83 Engels: Was nun? In: MEW. Bd. 22. S. 9.

jahre von Millionen und Steuern in Masse verschlang, war weithin auf dem Kontinent eingeführt. Und auch er wußte von Waffen, deren Zerstörungskraft die Welt bislang nicht gekannt hatte: Magazingewehre mit fliegenden Projektilen von Kanonenschußweite, von unerhörter Zielgenauigkeit und Durchschlagskraft, dazu Artillerie mit Explosivgeschossen, obendrein Nobels Dynamit und sein rauchloses Pulver, das die Rekognosizierung feindlicher Feuerstellungen erschwerte.

Wohl erzeuge der brisante Rüstungswettlauf eine Kriegsfurcht selbst in Regierungskreisen. Aber dieser Frieden sei trügerisch, und jeder militärische Konflikt könnte allzu bald in das ungeheure Novum eines »Weltkrieges« umschlagen. Schon zwei Jahre vor Suttners zitierten Kriegsvisionen wagte der Rationalist Engels eine Voraussage, die er sogar im Stil alttestamentlicher Prophetie machte: »[...] ein Weltkrieg von einer bisher niegekannten Ausdehnung und Heftigkeit. Acht bis zehn Millionen Soldaten werden sich untereinander abwürgen und dabei ganz Europa so kahlfressen, wie noch nie ein Heuschreckenschwarm. Die Verwüstungen des Dreißigjährigen Kriegs zusammengedrängt in drei bis vier Jahre und über den ganzen Kontinent verbreitet; Hungersnot, Seuchen, [...] Verwilderung der Heere wie der Volksmassen; rettungslose Verwirrung unsres künstlichen Getriebs in Handel, Industrie und Kredit, endend im allgemeinen Bankerott; Zusammenbruch der alten Staaten und ihrer traditionellen Staatsweisheit, derart, daß die Kronen zu Dutzenden über das Straßenpflaster rollen und niemand sich findet, der sie aufhebt; absolute Unmöglichkeit, vorherzusehn, wie das alles enden und wer als Sieger aus dem Kampf hervorgehen wird; nur ein Resultat absolut sicher: die allgemeine Erschöpfung und die Herstellung der Bedingungen des schließlichen Siegs der Arbeiterklasse.«⁸⁴ Eben das seien die Aussichten, wenn das auf die Spitze getriebene System des Rüstungswettlaufes seine »unvermeidlichen Früchte« trage.

Wären die Marxisten so extremistische Revolutionäre und Katastrophenpolitiker, wie es die Sozialistenfresser seit jeher behaupten, so hätten sie geradezu auf Weltkrieg und Massenruin begierig sein müssen, um zur Revolution zu gelangen. Das ganze Gegenteil vertrat Engels in den letzten Jahren seines Lebens. Angesichts des drohenden Weltkrieges müßten die »Sozialisten in allen Ländern für den Frieden« sein⁸⁵ – sonst würden die Proletarier von den herrschenden Klassen gezwun-

⁸⁴ Friedrich Engels: *Einleitung zu Sigismund Borkheims Broschüre »Zur Erinnerung für die deutschen Mordspatrioten. 1806–1807.«*. In: MEW. Bd. 21. S. 350f.

⁸⁵ Friedrich Engels: *Der Sozialismus in Deutschland*. In: MEW. Bd. 22. S. 256.

gen, »sich gegenseitig abzuschlachten«⁸⁶. Gerade sie seien es doch, die den größten Blutzoll und überhaupt »sämtliche Kriegskosten zu bezahlen« hätten.⁸⁷ Der Frieden gewähre den Sozialisten in ihren Ländern eine Reifung und künftige Emanzipation; infolge des Anwachsens der Sozialdemokratie in Deutschland ermögliche er den Sieg vielleicht »in ungefähr zehn Jahren«⁸⁸. Ein Weltkrieg dagegen werde die Arbeiterklasse infolge seiner totalen Erschütterungen entweder in wenigen Jahren an die Macht bringen oder – was ebenso wahrscheinlich sei – in den »vollständigen Ruin« stürzen, wodurch sich die Revolution um Jahrzehnte verzögere. Gewiß bleibe nur, daß die kapitalistische Gesellschaft durch den von ihr verursachten Krieg »unmöglicher würde als je«. Stand die Perspektive des Sozialismus nach wie vor im Zentrum strategischer Überlegungen, so erschien doch ein Weltkrieg keineswegs als der Preis, den der marxistische Vordenker für die Befreiung der Arbeiterklasse zu zahlen wünschte.

Das waren die Einsichten, mit denen er im »Vorwärts« – zwei Monate nach Abdruck von Suttners Friedensbuch – eine militärpolitische Abhandlung publizierte: »Kann Europa abrüsten?«⁸⁹ Titel und Problemstellung sind heute noch aktuell. Die herrschenden Staatsregime und ihre Beziehungen einstweilen akzeptierend, versetzte sich Engels gleichsam in den Kopf eines rational denkenden Staatsmannes, der Politik gemäß Gründen der Vernunft und des Realismus konzipierte. Er analysierte das Militärwesen der Kontinentalmächte Deutschland, Österreich, Italien, Frankreich, Rußland – und machte den Vorschlag eines Reformprogramms. Dieses hätte helfen können, den gordischen Knoten der Weltkriegsgefahr zu durchschlagen: Auf der Basis internationaler Verträge sollten die Militärdienstzeiten gesenkt, die stehenden Armeen schrittweise abgeschafft und das Prinzip der allgemeinen Volksbewaffnung durch die demokratische Institution einer Miliz verwirklicht werden. Die Funktionen der bewaffneten Staatsorgane konnten sich demnach beschränken: auf innere Sicherheit und bloße Landesverteidigung. Heuchlerische »Präventivkriege« und tatsächliche Angriffskriege waren auf diese Weise aus der Welt zu schaffen. Den konzeptionellen Hauptgedanken faßte Engels in die Worte: »Abrüstung und damit die Garan-

86 Friedrich Engels: *Brief an das Organisationskomitee des internationalen Festes in Paris. London, 13.2.1887. In: MEW. Bd. 21. S. 344.*

87 Friedrich Engels: *Die politische Lage Europas. Ebenda. S. 318.*

88 Friedrich Engels: *Der Sozialismus in Deutschland. In: MEW. Bd. 22. S. 256.*

89 Friedrich Engels: *Kann Europa abrüsten? Ebenda. S. 371ff. Achteilige Artikelserie in: »Vorwärts«. Berlin 1. bis 10. März 1893. Außerdem Separatdruck. Nürnberg 1893.*

tie des Friedens ist möglich, sie ist sogar verhältnismäßig leicht durchführbar, und Deutschland, mehr als ein anderer zivilisierter Staat, hat zu ihrer Durchführung die Macht wie den Beruf.«⁹⁰

Engels verfaßte den Traktat auf Wunsch Bebels und für die deutsche Sozialdemokratie. Er tat dies gegen eine bevorstehende Erhöhung des Rüstungsetats im Kaiserreich, wodurch sich Europas Rüstungswettlauf verschärfen mußte. Dabei wagte er den politischen, sogar moralischen Appell an Volk und Regierung eines Landes, das durch die »siebenundzwanzig Jahre Bismarckwirtschaft« im ganzen Ausland »für die Ursache der gegenwärtigen Kriegsgefahr« gehalten werde.⁹¹ Welch ein Gewinn, so argumentierte er in einer noch immer bedeutsamen Denkhaltung, wenn Deutschland sich vor den anderen Staaten für einen solchen Reformantrag entschließen würde: »Es träte als Friedensstifter auf in einer Weise, die keinen Zweifel zuläßt. Es erklärte sich bereit, *voranzugehn im Werk der Abrüstung, wie dies von Rechts wegen dem Lande zukommt, das das Signal zur Rüstung gegeben hat* [...]. Die ganze öffentliche Meinung Europas und Amerikas träte auf Seiten Deutschlands.« Und eben das wäre eine allein würdige, nämlich weltweit »moralische« Eroberung.⁹²

Das Nachdenken über Staatenkrieg und Revolution führte Engels auch zu einer veränderten Beurteilung des Bürgerkrieges. Mit Hinweis auf den Einsatz neuartiger Sprenggeschosse (Melinitgranaten) durch französische Kolonialtruppen in Westafrika schrieb er am 3. November 1892 an Paul Lafargue: »Die Ära der Barrikaden und Straßenschlachten ist für immer vorüber; *wenn die Truppe sich schlägt*, wird der Widerstand Wahnsinn. Also ist man verpflichtet, eine neue revolutionäre Taktik zu finden. Ich habe seit einiger Zeit darüber nachgedacht, bin aber noch zu keinem Ergebnis gekommen.«⁹³ Wenig später, fünf Monate vor dem Tod, reflektierte der »Alte in London« seinen langen und schwierigen Weg durch das 19. Jahrhundert.⁹⁴ Er verteidigte die grundsätzliche Richtigkeit der Marxschen Theorie, kritisierte aber verfrühte Erwartungen einer proletarischen Revolution: »Die Geschichte hat [...] uns unrecht gegeben.« Sie habe bewiesen, daß die kapitalistische Produktionsweise sich noch lange auf einer »sehr ausdehnungsfähigen Grundlage« entwickele. Sie sei sogar noch weiter gegangen, indem sie »die

90 *Ebenda*. S. 373 (Hervorhebung H. B.).

91 *Ebenda*. S. 397.

92 *Ebenda*. S. 398 (Hervorhebung H. B.).

93 *Friedrich Engels an Paul Lafargue*. London, 3.11.1992. In: *MEW*. Bd. 38. S. 505.

94 *Friedrich Engels: Einleitung zu Marx' »Klassenkämpfe in Frankreich 1848 bis 1850«*. In: *MEW*. Bd. 22. S. 509ff.

Bedingungen total umgewälzt« habe, unter denen die Arbeiterklasse für ihre politische und soziale Befreiung kämpfen müsse: »Die Rebellion alten Stils, der Barrikadenkampf mit Barrikaden, der bis 1848 überall die letzte Entscheidung gab«, sei schlechthin »veraltet«. Jetzt gelte es, neben dem täglichen Ringen für die Arbeiterinteressen auch Wahlrecht und Parlament – die Grundrechte und Institutionen des Verfassungsstaats – zu nutzen, um für die Emanzipation zu streiten.

Der durchaus ungebrochene Revolutionär wollte die Legalität, die gesetzlich erlaubte Sammlungs- und Oppositionstätigkeit der Arbeiterbewegung, nicht für alle Zeiten und Zustände verabsolutieren. »Das Recht auf Revolution ist ja überhaupt das einzige *wirklich* ›historische Recht«, das einzige, worauf alle modernen Staaten ohne Ausnahme beruhen [...].«⁹⁵ Aber Wahlagitation sei ein »Mittel, wie es kein zweites gibt«, um »mit den Volksmassen [...] in Berührung zu kommen« und »alle Parteien zu zwingen, ihre Ansichten und Handlungen unseren Angriffen gegenüber vor allem Volk zu verteidigen[...]«. Das Wahlrecht verschaffe den Arbeitervertretern im Parlament »eine Tribüne«, auf der sie mit »Autorität und Freiheit« zu ihren Gegnern und zu den Massen sprechen könnten.⁹⁶

Engels' selbstkritische Retrospektive und die darin liegenden Erkenntnisse waren ein geistiges Vermächtnis. Umstritten von Sozialreformern und Sozialrevolutionären, Sozialdemokraten und Kommunisten im ganzen 20. Jahrhundert – die Gültigkeit seiner Aussagen widersteht dennoch einer jeden einseitigen Auslegung: »Die Zeit der Überrollungen, der von kleinen bewußten Minoritäten an der Spitze bewußtloser Massen durchgeführten Revolutionen, ist vorbei. Wo es sich um eine vollständige Umgestaltung der gesellschaftlichen Organisation handelt, da müssen die Massen selbst mit dabei sein, selbst schon begriffen haben, worum es sich handelt, für was sie mit Leib und Leben eintreten. Das hat uns die Geschichte der letzten fünfzig Jahre gelehrt. Damit aber die Massen verstehen, was zu tun ist, dazu bedarf es langer, ausdauernder Arbeit [...].«⁹⁷

Vermeidung von Staatenkrieg und wenn möglich auch Bürgerkrieg war zuletzt Idee und Sorge des sozialistischen Denkers. Er hatte im Einklang mit Marx gelebt, der schon 1859, am Wendepunkt ihrer revolutionären Strategie, den vielzitierten altrömischen Grundsatz strikt ablehnte: *Si vis pacem, para bellum*. Es sei eine »große Lüge«, daß um »Frieden zu haben, man sich zum Kriege rüsten« müsse.⁹⁸

95 *Ebenda*. S. 524.

96 *Ebenda*. S. 519.

97 *Ebenda*. S. 523.

98 *Karl Marx: Invasion! In: MEW. Bd. 13. S. 444.*

Weltkrieg und Sozialismus

*Die russische Tragödie**

Immer droht dem Nachdenken über Geschichte die Gefahr geistiger Selbstausslieferung an betriebsame »Traditionsmacher«: Geschäftsführer rein politischer Staats- und Parteiinteressen, die ihre gewünschten »Traditionen« aus der Geschichte herleiten – zumeist durch willkürliche Auswahl, Deutung, Aktualisierung. Mit anderen Worten: Es gibt subjektive Vorgänge, bei denen Ereignisse, Ideen und Taten der Vergangenheit gemäß aktuell-politischer Strategien rezipiert, durch die jeweils herrschende und parteigemäße »Traditionspflege« passend gemacht werden.

Von Wert ist dagegen ein anderes: arbeiten mit dem Begriff »historisches Erbe«. Das bezieht sich auf alles, was objektiv in der Geschichte existiert und – wie auch immer – als Wirkungskraft einen Einfluß auf den Gang der Völker und der Menschheit gewonnen, was die Zeitgenossen wie die Nachgeborenen in ihren Handlungen und Erinnerungen geprägt hat. Der objektivierende Begriff des historischen Erbes ist geeignet, Aktivitäten und Entscheidungen der Vergangenheit primär aus den vergangenen Bedingungen und Verhältnissen zu verstehen, folglich nicht anders als durch historisch-konkrete Reproduktion ins Gedächtnis zu rufen. Fünfundachtzig Jahre nach dem Beginn der Russischen Revolution wäre demnach *sine ira et studio* zu sagen, was die widerstreitenden Akteure von 1917 unter den Konflikten ihrer Zeit, dem Zwang zuvor niemals erlebter Verheerungen, tun wollten und konnten: Was sie erhofften, erreichten – aber auch verfehlten.

Die forschende Analyse und Interpretation (Voraussetzung des historisch gegründeten Erinnerns) erfolgt freilich nicht ohne die weltpolitischen Erfahrungen, die allen Generationen seit damals zugewachsen sind. Eben dieses heutige Bewußtsein, das durch sehr verschiedene Urteilsweisen stark eingefärbt ist, kann dazu verleiten, die geschichtliche Rückschau subjektiver Beeinträchtigung auszusetzen. Da sind Millionen von Desillusionierten, Enttäuschten, Resignativen: Vormalig Tätige oder Sympathisierende der sozialen Revolution, empfinden sie sich nunmehr auf dem Scherbenhaufen der von 1917 gekommenen Umwälzung – des mißlungenen, strukturell auch mißbratenen staatsmonopolistischen Sozialismus. Selbst ethische Sozialisten, die vom ideellen

* Dies ist die überarbeitete Fassung eines zuvor publizierten Textes: »Die Russische Revolution. »Kriegskind« des 20. Jahrhunderts«. In: *Z. Zeitschrift für marxistische Erneuerung*. Frankfurt am Main 12(2001)48. S. 140ff.

Gebot der Gerechtigkeit und des Friedens aller Menschen und Völker überzeugt geblieben sind, nennen den aus der Februarrevolution hervorgewachsenen »Roten Oktober« eine historische »Sackgasse«. Er verdiene keine Würdigung als ein großes Ereignis und Datum der Weltgeschichte.

Da aber sind auch die Gegner sozialer Empörungen und antikapitalistischer Alternativen. Durch deren Brille betrachtet, erscheint die Russische Revolution als Büchse der Pandora, der gesellschaftspolitische Irrtümer, Krankheiten, Staatsverbrechen entsprangen. Widerspruch zwischen bürgerlicher Demokratie und kommunistisch-faschistischem Totalitarismus – heißt das Konstrukt, wonach das Wesen des soeben vergangenen Jahrhunderts zu erklären sei. Die konkrete Historie allerdings offenbart mehr als nur den Gegensatz von Demokratie und totalitären Regimen, deren differente Staats- und Gesellschaftsstrukturen gewiß unvereinbar, aber durch die Gleichsetzung faschistischer und prinzipiell antifaschistischer Diktaturen in der jetzt wiederum ideologischen Theorie verfälscht sind. Nicht einfach Totalitarismus – vielmehr Rüstung, Kriegsdrohung, tatsächliche Kriege waren das Krebsgeschwür. Eine realistische und ehrliche Retrospektive müßte enthüllen, daß dieses vorige Jahrhundert ein Zeitalter nie gekannter Kriege und weltweit wachsender Vernichtungsgefahren gewesen ist. Schon der erste Weltkrieg war die bis dahin furchtbarste Völkerkatastrophe: bewirkt und verschuldet von sogenannten zivilisierten Staaten verschiedener Nationen, Strukturen und Wachstumsgrade.

Ursachen und Wirkungen erscheinen unter diesem Aspekt vom Kopf auf die Füße gestellt. »Revolution war das Kriegskind des 20. Jahrhunderts: Besonders die Russische Revolution von 1917 [...]. Die Revolution, die schließlich alle Regime von Wladiwostok bis zum Rhein hinwegfegte, war ein Aufstand gegen den Krieg«, schreibt der britische Historiker Eric Hobsbawm zu Recht in seiner Jahrhundertbilanz »Das Zeitalter der Extreme«. ⁹⁹

Das Menetekel

Man befrage die hinterlassenen Zeugnisse der Vorkriegszeit um 1900, als die führenden Nationalstaaten längst konstituiert waren und das große Kapital begonnen hatte, sich in Monopolvereinigungen der Industrie und der Banken zu konzentrieren. Seit dem Krimkrieg hatten sieben

⁹⁹ Eric Hobsbawm: *Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts*. München-Wien 1995. S. 78, 93.

militärische Regionalkonflikte allein das Staatensystem Europas erschütterte, ganz zu schweigen von den kolonialen Aggressionen, mit denen längst schon Großbritannien und Frankreich, neuerdings aber auch die USA, Deutschland und Italien die Völker anderer Kontinente heimsuchten. Deutschlands arroganter Triumph über die französische Nation im Spiegelsaal zu Versailles war überdies Ursache eines ganz neuartigen Unheils: Der provokatorische Akt der Reichsgründung und der Annexionsfriede von 1871 beschworen den Krieg aller bisherigen Kriege, das Menetekel des Weltkrieges herauf. In steigender Sorge beobachtete die humane Elite Europas, wie mit der militärpolitischen Staatenblockbildung nicht nur ein gewaltiger Zusammenprall drohte. Mit dem Eilmarsch der Technik und Industrie, den die Wachstumsfanatiker eine unaufhaltsame Modernisierung, sogar einen »Fortschritt« nennen, hatte eine verhängnisvolle, bis heute andauernde Entwicklung begonnen – eine nie endende Revolution der Waffentechnik und ein darauf basierendes Wettrüsten.

Das war die Welt, in der sich die Parteien der nationalen Arbeiterklassen formierten, um mit der sozialen Emanzipation auch eine internationale Befriedung herbeizuführen. Marx und Engels, strategisch denkende Köpfe dieser Bestrebungen, hatten in ihrer Frühzeit einen »Weltkrieg« durchaus für die »Weltrevolution« und den erstrebten »Weltfrieden« in Kauf nehmen wollen. Seit Gründung der Ersten Internationale (1864) und dem deutsch-französischen Krieg (1870/71) wirkten sie jedoch gegen jeden der europäischen Staatenkriege. Die beiden Dioskuren waren sich in der Auffassung einig, daß Krieg »unser größtes Unglück« sei.¹⁰⁰ Der kommende Weltkrieg war Engels' schlimmste Befürchtung nach dem Tode von Marx: »Acht bis zehn Millionen Soldaten werden sich untereinander abwürgen [...]. Die Verwüstungen des Dreißigjährigen Kriegs zusammengedrängt in drei bis vier Jahre und über den ganzen Kontinent verbreitet ...«¹⁰¹ Gewiß stand die sozialistische Revolution im Mittelpunkt marxistischer Strategie. Doch ein Weltkrieg, den die machthabenden Regime verursachen würden und verantworten müßten, war keinesfalls mehr der Preis, den die Vordenker der Arbeiterbewegung für ein Ende von Ausbeutung und Völkerzwietracht zu zahlen wünschten.

¹⁰⁰ Friedrich Engels an Karl Marx, London, 9. September 1879. In: MEW. Bd. 34. S. 105. – Friedrich Engels an August Bebel, London, 16. Dezember 1879. Ebenda. S. 431. – Karl Marx an N. F. Danielson, Ramsgate, 12. September 1880. Ebenda. S. 464.

¹⁰¹ Friedrich Engels: Einleitung (zu Sigismund Borkheims Broschüre »Zur Erinnerung für die deutschen Mordspatrioten. 1806–1807«). In: MEW. Bd. 21. S. 350f.

Auch Menschen des Bürgertums negierten Imperialismus und Militarismus, indem sie auf Friedenskongressen, Interparlamentarischen Konferenzen, nationalen und internationalen Kundgebungen den modernen Pazifismus gegen den Moloch des modernen Krieges vertraten. »Die Waffen nieder!« hieß ihre bündigste Losung. Als aber Bertha von Suttner, die den Streitruf propagiert und vorgelebt hatte, im Jahre 1906 vor dem Nobel-Komitee des Storting in Kristiania die Weltlage reflektierte, erblickte sie alles andere als die gewünschte Achtung des Friedens und des obersten der Menschenrechte – des »Rechts auf Leben«, das doch in vielzitierten Deklarationen der US-amerikanischen und der Französischen Revolution vom Bürgertum verkündet worden war. Sie sah die Menschenschlächterei des russisch-japanischen Krieges und als Folge die Revolution von 1905. In den Staaten Mittel- und Westeuropas gewährte sie chauvinistische Hetze, Säbelgerassel und Rüstungen überall. »Festungen werden gebaut, Unterseeboote fabriziert, ganze Strecken unterminiert, kriegstüchtige Luftschiffe probiert, mit einem Eifer, als wäre das demnächstige Losschlagen die sicherste und wichtigste Angelegenheit der Staaten.« Suttners Resumé war eine Anklage gegen die moderne Staatenpolitik: »Auf Verleugnung der Friedensmöglichkeit, auf Geringschätzung des Lebens, auf den Zwang zum Töten ist bisher die ganze militärisch organisierte Gesellschaftsordnung aufgebaut.«¹⁰² Das Reformstreben der Pazifisten, das seiner Tendenz nach auf einen Völkerbund oder gar auf Vereinte Nationen abzielte, wollte die Lebensinteressen der Menschheit erfüllen. Deshalb wies die Friedenspreisträgerin wiederholt auch auf Hoffnungsträger: nicht nur Repräsentanten der bürgerlichen Demokratie, sondern auch Sozialisten der Zweiten Internationale. Sie empfahl den bürgerlichen Friedensgesellschaften eine andere, weit größere Friedensbewegung als möglichen Verbündeten: »die Partei, deren Anhänger schon nach Millionen zählen, die Partei der Arbeiter, des *Volkes*, auf deren Programm unter den wichtigsten Forderungen der ›Völkerfrieden‹ obenansteht.«¹⁰³

Es wäre ein Leichtes, die häufigen Friedensresolutionen der Zweiten Internationale an dieser Stelle nachzubeten. Von geschichtsmächtiger Bedeutung wurde allein die Mitschuld der Sozialdemokraten und Sozialisten an der weltpolitischen Katastrophe von 1914. Dafür zeugen enttäuschte Erwartungen, die selbst aus dem Bürgertum kamen. Suttner

¹⁰² *Bertha von Suttner: Vortrag vor dem Nobel-Comitee des Storting zu Christiania. 18. April 1906. Abgedr. in Beatrix Kempf: Bertha von Suttner. Das Lebensbild einer großen Frau. Wien 1964. S. 180 ff.*

¹⁰³ *Bertha von Suttner: Die Waffen nieder! Eine Lebensgeschichte. Dresden, Leipzig 1892. S. 305.*

verstarb eine Woche vor den Schüssen von Sarajewo mit vergeblichem Glauben an die Zuverlässigkeit der Arbeiterbewegung: »[...] gegen den Übermilitarismus, der jetzt die Atmosphäre erfüllt, ist nicht anzukämpfen. Die einzigen – weil sie auch eine Macht sind –, auf die man hoffen kann, daß sie den Massenkrieg abwenden, sind die Sozialdemokraten.«¹⁰⁴ Wie jeder weiß, verrieten die Führer der »Internationale« ein Vertrauen, das sie jahrelang in Anspruch genommen hatten. Wohl fiel Jean Jaurès in Paris als ein Märtyrer der Friedensidee. Fast alle anderen aber reckten die Kriegsstandarten, gaben ihr Jawort für nationalistischen »Burgfrieden« und Kriegskredite, so daß die »Proletarier aller Länder« alles andere taten, als sich zu »vereinigen«.

Es gelang sämtlichen zum Krieg treibenden Regimen, die Führer der nationalen Arbeiterparteien, mittels deren Organisation und Parteipresse auch die proletarische Klasse, an ihre Seite zu bringen. Französische, englische, belgische Sozialisten riefen dazu auf, ihre bürgerlichen Freiheiten gegen die »halbfeudalen Monarchien« Deutschlands und Österreich-Ungarns zu verteidigen, und es gab Sozialdemokraten des weit rückständigeren Rußland, die in dieselbe Kriegstrompete stießen, weil doch ihr Land der Entente angehörte. Deutsche und Österreicher indes erklärten, die von der Sozialdemokratie erkämpften Rechte und Freiheiten gegen die Despotie des russischen Zarentums schützen zu müssen. In beiden Lagern wurde außerdem ein gleichklingendes Argument als »marxistisch« ausgegeben: Weil die Zeit für eine sozialistische Revolution noch nicht reif sei, müßten die Arbeiter die jeweils fortgeschrittenere Bourgeoisie unterstützen – und als solche galt immer nur die des eigenen Landes.

Der Verrat an Idee und Beschlüssen des proletarischen Internationalismus riß die kaum wieder gutzumachende Kluft in die Arbeiterbewegungen des 20. Jahrhunderts. Das wirkte derart traumatisch auf standhafte Internationalisten und Kriegsgegner, daß die aus ihren Reihen hervorgehenden kommunistischen Parteien auch ihrerseits jede Möglichkeit verabsäumten, die einmal verursachte Spaltung späterhin aufrichtig und demokratisch zu überwinden.

104 Bertha von Suttner: Tagebuchnotiz vom 14. Mai 1914. Zit n. Sigrid und Helmut Bock: Bertha von Suttner. Arbeiten für den Frieden. In: Bertha von Suttner. Die Waffen nieder! Eine Lebensgeschichte. Berlin 1990. S. 458.

Februarrevolution

Was auf den Kriegsbeginn von 1914 folgte, übertraf selbst die schlimmsten Befürchtungen und Voraussagen. Niemals zuvor verzeichneten die Annalen der Weltgeschichte eine solche Barbarei. Das chauvinistische Wechselgeschrei der »Vaterlandsverteidigung«, die blutigen Massenszenen der Generaloffensiven, die verheerenden Trommelfeuer der Materialschlachten beherrschten das vordergründige Geschehen. Das exzessive Elend der Individuen und der Völker aber blieb in einer lautlos wachsenden Statistik verzeichnet: Ihre Endsumme betrug rund zehn Millionen Gefallener, zwanzig Millionen Verwundeter und Kriegskrüppel, mehrere – nur ungenau schätzbare – Millionen Verhungerte, Seuchentoter, spurlos Verschwundener. In vier Kriegsjahren wurden zweimal soviel Menschen getötet wie in sämtlichen Kriegen seit der Französischen Revolution von 1789.

Unbegreifliche Menschenopfer. Milliardenverlust an Produktivkräften, materiellen Gütern und unwiederbringlichen Schätzen der Kultur. Menschliche Beziehungen – zu gegenseitiger Abschachtung erniedrigt. Der humane Sinn von Leben und Arbeit war in den Widersinn massenhafter Verrohung und Vernichtung pervertiert. Wen mag es wundern, wenn damalige Alternativdenker von einer ganz anderen »Sackgasse« sprachen als es heutige tun: von Massenmord, staatlich sanktionierten Verbrechen, Ruin aller Kultur, wohin niemand anders als bürgerlich-kapitalistische Großmächte die Menschheit gezerrt hatten.

Doch am 23. Februar 1917 des Julianischen Kalenders (8. März der gemeingültigen Zeitrechnung) eskalierten ein Streik der Rüstungsarbeiter im Petrograder Putilowwerk und ein Hungermarsch der Frauen zu regierungsfeindlichen Demonstrationen: »Brot!« – »Nieder mit der Selbstherrschaft!« – »Schluß mit dem Krieg!« Nach sechs Tagen anhaltender Empörung an der Newa standen auch 127 000 Soldaten, meist Bauern im Waffenrock, an der Seite der revoltierenden Frauen und Mütter, Arbeiterinnen und Arbeiter. Die örtliche Militärmacht entzog sich der Befehlsgewalt des Zaren, seiner Generalität und Kamarilla – und eben das machte den Volkswiderstand zur erfolgreichen Februarrevolution. Nach der Abdankung Nikolaus II. und dem Thronverzicht seines Bruders konstituierte sich am 2. (15.) März eine bürgerliche, allerdings nur Provisorische Regierung. Hunderttausende hatten den nahezu unblutigen Machtwechsel auf Petrograds Straßenpflaster weniger mit Waffen als mit ihren Füßen erstritten. Der hauptstädtische Aufstand, der in anderen Teilen Rußlands wie auch an der Front einen verzögerten, aber nachhaltigen Widerhall fand, entsprang dem brisanten Gemenge von sozialen, mentalen, politischen Konfliktstoffen – zur Explosion getrie-

ben durch die Verelendung der Massen, die Zwangsmittel der zaristischen Kommandogewalten und die sinnwidrige Scharfmacherei der Durchhaltestrategen des fast schon verlorenen Krieges.

Auf die Frage, wer denn eigentlich diese Revolution »gemacht« habe, antwortete der »Volkssozialist« Wenedikt A. Mjakotin im Frühjahr 1917: Zweifel an der bedeutenden Rolle des Proletariats könne es nicht geben, es habe die Erhebung begonnen – wie schon im Jahre 1905. Aber es habe den Kampf »nicht allein geführt«. Erst als sich die Bauernschaft und die revolutionäre Intelligenz den Protestbewegungen angeschlossen, »zitterte die Zarenmacht«. Im »letzten Moment« hätten dann auch »bürgerliche Schichten einen bescheidenen Anteil« genommen. Diese sozial breit gefächerte Februarrevolution sei demzufolge keine proletarische Revolution. Sie habe jedoch auch keine »rein bürgerliche« Revolution werden können, »weil unsere Bourgeoisie« – allzu fest mit der alten Macht verbunden – »nicht fähig ist, sie zu vollbringen«. Gewiß habe die »russische werktätige Masse« selbst nicht die Reife, eine »völlig neue soziale Ordnung« errichten zu können. Aber sie werde, prognostizierte der Zeitzeuge, sich auch fernerhin keinesfalls mit der »Zuschauerrolle« begnügen.¹⁰⁵ Die Erklärungen Mjakotins konkretisieren den abstrakten Begriff der »bürgerlich-demokratischen Revolution«. Sie machen deutlich, wie sehr der Umsturz des Februar als Resultat spontaner Volks- und Massenbewegungen verstanden werden muß, deren soziale und politische Sprengkraft mit dem Sturz des Zaren nicht erschöpft war.

Die kapital- und grundbesitzende Bourgeoisie, deren Repräsentanten in der IV. Duma gesessen und nun das Staatsruder ergriffen hatten, schien dennoch berufen, über Rußlands Schicksal zu entscheiden – vor allem über den aktuellen Urgrund des Massenelends: den Krieg. Gravierend ist aber die Tatsache, daß im Programm der Provisorischen Regierung, die sich mit Menschewiken und Sozialrevolutionären des Petrograder Sowjets (zumeist Aktivisten der »Vaterlandsverteidigung«) abstimmte, der Krieg mit Stillschweigen übergangen wurde. Die neuen Minister, die im Dienst verbleibenden Armeeoberbefehlshaber, das traditionelle Offizierskorps und das an der Rüstung profitierende Unternehmertum gedachten den Krieg unter allen Umständen bis zum »Sieg-Frieden« fortzusetzen. Es blieb den Arbeitern des Baltischen Werkes

¹⁰⁵ Wenedikt A. Mjakotin: *Revoljucija i bližajšie zadaèi* (Die Revolution und die nächsten Aufgaben). Moskau 1917. Zit. n. Sonja Striegnitz: *Im Revolutionsgeschehen 1917. Sozialrevolutionäre – Wiedergeburt und Positionsbestimmung. In: Die Russische Revolution 1917. Wegweiser oder Sackgasse?* Hrsg. von Wladislaw Hedeler, Horst Schützler und Sonja Striegnitz. Berlin 1997. S. 97.

und weiteren Volksversammlungen vorbehalten, ein sofortiges Kriegsende mit entschiedener Losung zu verlangen: »Frieden ohne Annexionen und Kontributionen!« Das durchschlug den Gordischen Knoten, an dem die Staatsregierungen auf beiden Seiten der Weltkriegsfronten noch unentwegt knüpften. Die Losung war 1915 von einem Häuflein konsequenter Sozialisten und Internationalisten auf der Zimmerwalder Konferenz in frustrierender Einsamkeit vertreten worden. Jetzt endlich entstieg sie den Arbeiterhirnen, zündete sie auch in einer Unzahl geschundener, zum Schlachtentod verurteilter Bauernsoldaten.

Die Situation war seit dem Februaufstand im höchsten Grade verworren und widersprüchlich. Von den Zwangsinstitutionen der zaristischen Staatsgewalt war Rußland weitgehend befreit. Der Sieg des Volkes hatte ein Vakuum für Aktivitäten geschaffen, die in den anderen kriegführenden Ländern durchaus unerlaubt waren. Arbeiter, Soldaten, Bauern, Landarme, darunter auch immer linke Intellektuelle, drängten in ihren Lebensräumen und militärischen Standorten zur Selbstorganisation ihrer sozialen Interessen: der Bildung von unzähligen Komitees und zumal von Sowjets der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten. Es waren Volksvertretungen, die eine Basisdemokratie verkörperten – nach Geist und Form keinesfalls nur Anhängsel des bürgerlichen Liberalismus. Vielmehr vergleichbar mit den für konsequente »Volkssouveränität« kämpfenden Verbündnissen der revolutionären Demokratie in allen früheren Revolutionen seit 1789.

Mit Recht betont daher der russische Geschichtsschreiber Roy A. Medwedew die Bedeutung der Februarrevolution und ihrer unmittelbaren Wirkungen im Gesamtzusammenhang der Russischen Revolution: »Obwohl sich die Februar- und die Oktoberrevolution in ihren Zwecken, Triebkräften und Folgen wesentlich unterschieden, wiesen sie doch auch viele gemeinsame Ursachen auf. Im retrospektiven Bewußtsein der Menschheit erscheinen sie heute als *zwei Etappen eines einheitlichen revolutionären Prozesses*, der das Jahr 1917 in Rußland bestimmte.«¹⁰⁶ Pawel W. Wolobujew und Wladimir P. Buldakow, akademische Koordinatoren der russischen Revolutionshistoriographie, ergänzen diese Gesamtschau durch ihre Wertung der Februarrevolution unter psychosozialen Aspekten: »Entgegen den Vorstellungen der Ereignishistoriographie erweist sich *nicht der ›bolschewistische‹ Oktober, sondern der ›demokratische‹ Februar* als der *kritische Punkt* im Jahre 1917. Für die im paternalistischen Denken verhafteten Massen war

106 Roy A. Medwedew: *80 Jahre Russische Revolution. Sieg und Niederlage der Bolschewik*. In: *Ebenda*. S. 35 (Hervorhg. – HB).

die Tatsache des Sturzes der Macht von außerordentlicher Bedeutung und viel wichtiger als ihre Übernahme [...].¹⁰⁷ Der Sturz des Zarismus habe für Rußland einen sofortigen, mentalen Gewinn gebracht: den Sieg der Idee der »Gerechtigkeit« und die Erwartung, daß diese forthin durch basisdemokratische Eigeninitiativen und »volksdemokratische« Staatspolitik ausgefüllt werde.

Interessen und Streitsachen der sich organisierenden Massen vervielfachten und überkreuzten sich in zwei verschiedenen Zivilisations-sphären, die für Rußland charakteristisch waren: der relativ entwickelten »europäisch-städtischen« Sphäre und der »traditionell-dörflichen Rückständigkeit«. Hier wie dort wurden unabdingliche Ansprüche erhoben und fertige Tatsachen geschaffen. Sie widerspiegeln die Verwicklung der Konflikte, die Widerspruchsdiagnostik der Jahre 1917/18.

Der Ruf »Schluß mit dem Krieg!« war akute Massenforderung und insbesondere verbale Ermutigung zur Selbsthilfe der Soldatensowjets, zur Befehlsverweigerung und Desertion. Sie wurde von Ministern und Generalität mit kriegerischen Solidaritätsadressen an die Ententemächte, zumal mit der gewaltsamen Unterdrückung erneuter Antikriegsdemonstrationen und der Wiedereinführung standrechtlicher Todesstrafen erwidert. – Die Forderung »Der Boden den Bauern!«, nächst dem Antikriegsruf die verbreitetste Losung der größten, nahezu achtzig Prozent zählenden Bevölkerungsmasse, meinte Enteignung des großen Grundbesitzes und zumeist Übergabe des Bodens an die Dorfgemeinden zwecks Nutzung von bäuerlichen Produzenten: schon praktiziert durch Überfälle auf Großgrundbesitzer, eigenmächtige Konfiskation von Land, Gebäuden, Saatgut, Gerätschaften. Die Regierung, obwohl mit agrarischen Reformprojekten beschäftigt, reagierte mittels Einsatz von Kosakenschwadronen, woraufhin Bauernaufstände in rund 30 Gouvernements aufloderten. – Die Proletarier waren in politischer und organisatorischer Hinsicht die am meisten bewußte, aber mit kaum mehr als vier Prozent kleinste Schicht der Bevölkerung. Diese Beginner der Februarrevolution kämpften nun mit Hilfe ihrer Fabrikkomitees und Gewerkschaften für achtstündigen Arbeitstag, bessere Löhne, Produktions- und Absatzkontrolle in Großindustrie, Verkehrswesen, den kleineren Produktionsstätten. Dem Unternehmertum und den amtlichen Hütern des bürgerlichen »Eigentums« galten gerade sie als Gefahr für die liberalistischen »Freiheiten« des Managements und der Kapitalbewegung. – Und schließlich waren da noch die Nationalvertretungen Finnlands, des Baltikums, der Ukraine, der Regionen des Südens: Sie

¹⁰⁷ Pawel W. Wolobujew/Wladimir P. Buldakow: *Oktoberrevolution – neue Forschungszugänge*. Ebenda. S. 52 (Hervorhg. – HB).

beanspruchten kulturelle oder gar nationale Autonomie. Doch die Provisorische Regierung ganz Rußlands pochte auf den Fortbestand des Vielvölkerstaats, die zentral regierte und großrussische Einheit. Die amtlichen Verlautbarungen sagten zu allen Problemen: Noch seien die Gesetzesbeschlüsse einer »Konstituierenden Versammlung« abzuwarten, die den Verfassungsstaat begründen müsse. Jedoch die Wahlen zu dieser Konstituante wurden wegen der vielfachen Unruhe des Landes fortwährend hinausgeschoben.

Lenins »April-Thesen«

Im leninistischen Geschichtsbild erscheint die Februarrevolution als eine Art Vorspiel unreifer Volkselemente und Charaktere vor dem heroischen Drama der »Großen Sozialistischen Oktoberrevolution«. ¹⁰⁸ Deren steigende Handlung schien erst am 3. (16.) April mit Lenins Ankunft auf dem Finnländischen Bahnhof begonnen zu haben: Dort nämlich trug der intellektuelle Führer seine fertig ausgedachten »April-Thesen« in der Tasche, um sie am nächsten Tag – ganz ohne gesellschaftliche Analysen vor Ort – den teils verwunderten, teils widerständischen Bolschewiken und Menschewiken vorzutragen.

Es war eine entschiedene Alternative zum Weltkrieg, die Lenins Thesen konstituierte. Mit Recht bezeichnete er den Charakter der Provisorischen Regierung als »kapitalistisch«, die Fortsetzung der Kriegspolitik als »räuberisch« und »imperialistisch«. Die jetzt im Schwange befindliche Phrase der »revolutionären Vaterlandsverteidigung« müsse abgelehnt werden. Aber gemäß der Auffassung, daß die bürgerlich-demokratische Revolution in Rußland bereits zu Ende sei, verlangte er einen sofortigen »Übergang von der ersten Etappe« zur »zweiten Etappe der Revolution, die die Macht in die Hände des Proletariats und der ärmsten Schichten der Bauernschaft« legen müsse. ¹⁰⁹ Nach dem historischen Vorbild der Pariser Kommune (1871) sei ein Sowjetstaat zu gründen, der den »völligen Bruch mit allen Interessen des Kapitals« vollziehe. Lenin

¹⁰⁸ Siehe *Weltgeschichte in Daten*. Hrsg. von Alfred Anderle und Werner Basler. 2. Aufl. Berlin 1973. – *Illustrierte Geschichte der Großen Sozialistischen Revolution*. 3. durchges. u. verb. Aufl. Berlin 1977 (nach der russ. Ausgabe. Moskau 1967). – Siehe Kritik v. Alexander Watlin: *Der Sieg der Bolschewiki in europäischer Perspektive*. In: *Der Widerschein der Russischen Revolution. Ein kritischer Rückblick auf 1917 und die Folgen*. Hrsg. von Theodor Bergmann, Wladislaw Hedeler, Mario Keßler und Gert Schäfer. Hamburg 1997. S. 155.

¹⁰⁹ Wladimir I. Lenin: *Über die Aufgaben des Proletariats in der gegenwärtigen Revolution*. In: *Werke*. Bd. 24. S. 3ff.

negierte die Vereinigung der Bolschewiken mit den Menschewiken, die mehrheitlich von den regionalen Basisorganisationen beider Parteiströmungen (54 von 73) gefordert wurde, und er warf deren Strategie, in der noch andauernden bürgerlichen Revolution für möglichst viel revolutionäre Demokratie zu kämpfen, mit rhetorischer Radikalität über den Haufen. Seine Forderungen lauteten: statt Vereinigung mit dem menschewistischen und außerrussischen Sozialdemokratismus – Gründung einer eigenständigen Kommunistischen Partei, statt Provisorischer Regierung – Sowjets der Arbeiter, Bauern und Soldaten, statt Konstituierung der bürgerlich-parlamentarischen Republik – sozialistischer Sowjetstaat. Aber er scheidete an der überwiegenden Mehrheit der Versammelten und erntete den Vorwurf »anarchistischer Demagogie«. Die bedenklichste Kritik wagte die Aussage: »Von diesem Podium aus ist die Fahne des Bürgerkriegs in der revolutionären Demokratie aufgepflanzt worden.«¹¹⁰

Lenins Kontrahenten, darunter der Bolschewik Lew B. Kamenew, Vertreter der »Prawda«-Redaktion¹¹¹, und der Menschewik Georgi W. Plechanow, Mitbegründer der Sozialdemokratischen Partei Rußlands, aber auch Anhänger der »Vaterlandsverteidigung«, beriefen sich auf marxistische Überlieferung. Sie betonten die ökonomische Rückständigkeit, die daraus resultierende gesellschaftliche Unreife Rußlands, so daß von einem baldigen Übergang zur sozialistischen Revolution überhaupt keine Rede sein könne. Dabei erinnerten sie an Friedrich Engels, der am Beispiel Thomas Müntzers die Tragik eines vorzeitigen Revolutionärs veranschaulicht hatte, woraus zu folgern sei: »der sicherste Weg in den Untergang ist, die Macht verfrüht zu erobern«¹¹². Es war ein Arbeiter im Soldatenrock, der in der Diskussion am 4. (17.) April 1917 die Voraussage machte: »[...] wenn man den Weg Lenins beschreitet, werden wir nicht nur den Sozialismus, sondern auch die bürgerlichen Freiheiten zugrunde richten.«¹¹³

110 *Beratung von Vertretern der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands über die Vereinigung beider Flügel und über die Stellungnahme zu den April-Thesen W. I. Lenins. »Edinstwo« vom 4. April 1917. Abgedr. in: Die Russische Revolution 1917. Wegweiser oder Sackgasse? Hrsg. von Wladislaw Hedeler, Horst Schützler und Sonja Striegnitz. Berlin 1997. S. 233ff.*

111 *Lew B. Kamenew über die Position der »Prawda«-Redaktion zu den April-Thesen von W. I. Lenin. »Prawda« vom 8. April 1917. Abgedr. ebenda. S. 237f.*

112 *Georgi W. Plechanow: Über Lenins Thesen und warum Fieberphantasien bisweilen interessant sind. »Edinstwo« Nr. 9–11 vom 9.–12. April 1917. Abgedr. ebenda. S. 238ff. – Die Engels-Rezeption auch bei Irakli G. Zereteli auf der Beratung vom 4. April 1917. Ebenda. S. 235.*

113 *Ebenda. S. 236.*

In der verworrenen Situation des ganzen Landes wußte niemand eine sichere und außerdem unblutige Konfliktlösung. Wollte man Lenin zugehalten, wie sehr das Morden an allen Kriegsfrenten und seine Fortsetzung auch durch Rußlands bürgerliche Regierung eine Herausforderung war, um die sofortige Alternative zum kapitalistischen Weltkrieg zu denken und praktizieren – so gilt doch die Qual des humanen Empfindens, das geistig-moralische Verantwortungsgefühl vor der Menschheit auch für alle anderen Verfechter der Ideen des Sozialismus. Deren Kritik an den »April-Thesen« und ihre entgegengesetzten Konzepte sind jedoch von Lenin selbst und später von der leninistischen Schreibweise als kleinbürgerlicher Opportunismus, Gesinnungslumperei, Handreichung für die Bourgeoisie verteufelt worden. Sie haben erst durch den Untergang der Sowjetunion ihren Sinn als geschichtliche Mahnung zurückgewonnen. Überdies ist zu bedenken, daß der Leninismus nach dem Tod seines Begründers fast stets auf ihn, den »großen Mann« und »genialen Führer«, fokussiert blieb – trotz der marxistischen Maxime von der »schöpferischen Rolle der Volksmassen in der Geschichte«. Es war ideologische Didaktik, welche die Entwicklungsmöglichkeiten der Februarrevolution gering schätzte, daher nur unter den Aspekten Lenins beurteilte. Das sozialistische Denken der »linken« Menschewiken und Sozialrevolutionäre wurde negiert. Der eigenständige Anteil der Massen an Beginn und Fortsetzung der Revolution – zumal ihre nicht mit Lenins Strategie übereinstimmenden Bedürfnisse und Interessen – kamen kaum ins Blickfeld.

Oktoberaufstand. Fortsetzung der Februarrevolution

Es war die Alternative von Krieg oder Frieden, die letztlich alle Zerreißen bewirkte, an denen vom Frühjahr bis zum Herbst 1917 vier Ministerkabinette der bürgerlichen Regierung zerbrachen. Die Sommeroffensive, ihr verlustreiches Scheitern bei gleichzeitiger Niederschlagung der Antikriegsdemonstrationen, war der mentale Wendepunkt, seit dem eine Übereinkunft zwischen Regierung und Volk, Heeresführung und Soldaten unmöglich wurde. »Alle Macht den Sowjets!« hieß das Banner, unter dem sich die Massen sammelten. Sie waren mehr und mehr auch gegen regierungstreue, sogar mit Ministerämtern versehene Menschewiken und Sozialrevolutionäre gerichtet und gerieten in Petrograd, Moskau, weiteren Städten unter den Einfluß der entschieden revolutionären Bolschewiken. So pendelte schließlich die Regierung des Sozialrevolutionärs Alexander F. Kerenski zwischen Machtbehauptung und Ohnmacht. Nach links, gegen die »Anarchie der Massen«, drohte sie, mit

Hilfe der bald zu wählenden Konstituante alle Sowjets aufzulösen. Von rechts aber wurde sie selbst bedroht: durch die Konterrevolution, zumal den Putschversuch des Generals Lawr G. Kornilow. Bei alledem standen die Armeen der Deutschen tief im Land, rückten über das Baltikum gegen Petrograd vor – erwünscht von Offizierscliquen und Kreisen der Bourgeoisie, die den äußeren Feind für ein geringeres Übel als die Revolution hielten.

In dieser Krise erwies sich allein jene Partei als handlungsfähig, die sich als der »bewußte Vortrupp« des Proletariats auffaßte. Eine Partei, die mit entschlossener Agitation gegen Kapitalisten, Großgrundbesitzer, bürgerliche Regierungen kämpfte und deren paramilitärische Schlagkraft auf einem zentralistischen, in Zukunft freilich nicht unproblematischen Führungsstil beruhte: die Bolschewiken unter dem enorm gewachsenen Einfluß Lenins. Wohl widerstrebten Kamenew und Sinowjew dem Beschluß des Zentralkomitees zum sofortigen bewaffneten Aufstand, indem sie sich mit einem Warnschreiben an die Partei wandten.¹¹⁴ Doch die proletarische Rote Garde verhielt sich beschlußgemäß. Mit Unterstützung revolutionär gesinnter Soldaten stürmte sie in der Nacht zum 26. Oktober (8. November) 1917 das Petrograder Winterpalais – genau zu dem Zeitpunkt, da sich die Deputierten des II. Gesamtrussischen Sowjetkongresses der Arbeiter und Soldaten im Gebäude des Smolny versammelten.

Erst dieser Aufstand eröffnete die neue Phase der Revolution. Er war kein formal-demokratisch beglaubigter Vorgang, den die Sowjetdeputierten etwa beschlossen hätten. Der Aufstand war ein Akt radikaler Überumpelung, bei dem die Leninsche Taktik galt, dem Kongreß den Sturz der Regierung Kerenski als ein unverrückbares Faktum vorzusetzen und angesichts des erneuten Machtvakuum grundlegende Beschlüsse abzuverlangen. Dem diente auch eilige Agitation. Noch war das Winterpalais, die Zuflucht der Minister, nicht erobert, da behauptete das Revolutionäre Militärkomitee unter der Leitung Lew D. Trotzki, den Regierungssturz bereits vollzogen zu haben. Zeitung und Flugblatt soufflierten den »Bürgern Rußlands« vier sofortige Maßnahmen: Angebot eines demokratischen Friedens, Aufhebung des Eigentums der Gutsbesitzer an Grund und Boden, Arbeiterkontrolle über die Produktion und Bildung einer neuen Regierung im Namen der Sowjets.

Wie aber konnte das in den Weiten ganz Rußlands, fern von den dahinziehenden Ereignissen der Hauptstadt, verstanden werden? Auf

¹¹⁴ Erklärung von Grigori J. Sinowjew und Lew B. Kamenew zur Orientierung des Zentralkomitees der bolschewistischen Partei auf den bewaffneten Aufstand. 11. (24.) Oktober 1917. Abgedr. ebenda. S. 369ff.

den ersten Blick mußte sich die Frage stellen, ob diese Zielsetzung nicht bloß eine konsequente Weiterführung der im Februar begonnenen bürgerlich-demokratischen Revolution anzeigte – ob also die Bolschewiken (in historischer Analogie) vielleicht nur die Rolle der französischen Jakobiner von 1793 wiederholten. Doch wenige Stunden später, der Aufstand war noch immer im Gange, beschloß der Petrograder Stadtsowjet unter dem Gewicht Lenins das gesellschaftliche Ziel des bevorstehenden Umsturzes: Die Sowjetregierung werde sich allein auf das »städtische Proletariat« und die »ganze Masse der armen Bauernschaft« stützen. Und vor allem: Sie werde »unbeirrt zum Sozialismus schreiten«, »dem einzigen Mittel, das Land von den unsagbaren Leiden und Schrecken des Krieges zu erlösen.«¹¹⁵ Das war die Strategie, die Lenin in seinen »April-Thesen« verfochten hatte. Er sah sich jetzt nicht mehr abgewiesen, sondern in der Rolle des geistigen Führers und nannte die beabsichtigte Sowjetregierung ein Machtorgan »ohne jegliche Teilnahme der Bourgeoisie«. Nachfahre des historischen Marxismus, den er soeben wieder studiert, in »Staat und Revolution« verarbeitet hatte, forderte er die Zerschlagung des alten und die Errichtung eines neuen Staatsapparats. Doch er wußte sich genötigt, der marxistischen Überzeugung, wonach eine sozialistische »Weltrevolution« nur von den fortgeschrittenen Ländern des Kapitalismus ausgehen konnte, Rechnung zu tragen. Deshalb kündigte er für den Umsturz in Petrograd die Solidarität der Arbeiter Italiens, Großbritanniens und Deutschlands an: Sie seien schon zur Empörung bereit, so daß die »Weltrevolution« alsbald kommen werde. Von der dringendsten aller Aufgaben sagte er: »Um aber diesen Krieg zu beenden, der mit der gegenwärtigen kapitalistischen Ordnung eng verknüpft ist, muß man – das ist allen klar – das Kapital selbst niederringen.«¹¹⁶

Während des Aufstands und der Beratung des Stadtsowjets, der revolutionären Aktivitäten also, schmorte der Gesamtrussische Sowjetkongreß. Dort hielten die Führer der Menschewiken und der Sozialrevolutionäre so lange das Präsidium besetzt, bis das Winterpalais tatsächlich genommen und die meisten Minister verhaftet waren. Die Parteigrößen und ihr Gefolge räumten ihre Stühle mit demonstrativem Protest: »Eine militärische Verschwörung ist hinter dem Rücken des Kongresses organisiert worden.« Doch die Isolation derer, die den Saal jetzt verließen, war unverkennbar. Der anwesende Sozialrevolutionär

¹¹⁵ *Resolution. Sitzung des Petrograder Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten. 25. Oktober (7. November) 1917. In: Lenin: Werke. Bd. 26. S. 230.*

¹¹⁶ *Wladimir I. Lenin: Rede über die Aufgaben der Sowjetmacht. Sitzung des Petrograder Sowjets. Ebenda. S. 228.*

Sergej D. Mstislawski berichtet, daß »an der Basis die Stimmung der Parteimassen ohne Zweifel linker war als bei den im Februartaumel erstarrten Führungsschichten«. ¹¹⁷ Wer zuletzt noch im Saal war und die angekündigten Beschlüsse durch Abstimmung besiegelte, zählte zu den 625 verbliebenen Deputierten: 390 Bolschewiken, 179 Linke Sozialrevolutionäre sowie kleinere Gruppen der Vereinigten Internationalisten und der Ukrainischen Sozialrevolutionäre.

Am Abend dieses 26. Oktober (8. November) 1917 schlug Lenins historische Stunde. »In armseligen Kleidern, mit Hosen, viel zu lang für ihn [...]. Führer nur dank der Überlegenheit seines Intellekts; farblos, humorlos, unnachgiebig. Als Redner nüchtern, aber mit der Fähigkeit, tiefe Gedanken in einfachste Worte zu kleiden, die Analyse konkreter Situationen zu geben«, so schildert ihn der US-amerikanische Augen- und Ohrenzeuge John Reed in seinem weithin bekannten Buch ¹¹⁸, das neben den Berichten von Mstislawski und Nikolaj N. Suchanow ¹¹⁹ noch heute als Quelle für den II. Sowjetkongreß gelten kann. »Die Frage des Friedens ist die aktuellste, die alle bewegende Frage der Gegenwart.« Mit diesem Satz begann Lenin die Verlesung des »Dekrets über den Frieden«.

Der heutige Leser, der das Dokument in Lenins »Werken« findet, ¹²⁰ wird sich kaum der historischen Tatsache verschließen können, daß der Vorschlag an die kriegführenden Völker und ihre Regierungen, sofort Verhandlungen über einen »gerechten, demokratischen Frieden« aufzunehmen, eine Botschaft war, die in der bisherigen Geschichte der Staatenkriege nicht ihresgleichen hat. Kriterium der beschworenen »Gerechtigkeit« und »Demokratie« sollte ein »Frieden ohne Annexionen (d. h. ohne Aneignung fremder Territorien, ohne gewaltsame Angliederung fremder Völkerschaften) und ohne Kontributionen« sein. Das Dekret enthält eine völkerrechtswürdige Begriffserklärung der »Annexion«, wie sie noch immer taugen möchte. Die traditionelle Geheimdiplomatie, die sekretären Absprachen der Ententemächte, darüber hinaus alle bisherigen »Annexionen der Großrussen« wurden sofort und bedingungslos als

117 Sergej D. Mstislawski über den II. Sowjetkongress. In: *Die Russische Revolution 1917. Wegweiser oder Sackgasse?* Hrsg. von Wladislaw Hedeler, Horst Schützler und Sonja Striegnitz. Berlin 1997. S. 392ff.

118 John Reed: *Zehn Tage, die die Welt erschütterten*. Berlin 1957. S. 180f.

119 Nikolaj N. Suchanow: *1917. Tagebuch der russischen Revolution*. Ausgew., übertr. u. hrsg. von Nikolaus Ehlert. Vorw. von Iring Fetscher. München 1967.

120 Wladimir I. Lenin: *Rede über den Frieden*. 26. Oktober (8. November) 1917. In: *Werke*. Bd. 26. S. 239ff.

ungültig erklärt. Für sämtliche Nationen und Völker – gleich, ob sie »in Europa oder in fernen, überseeischen Ländern« lebten – wurde das Recht der nationalen Selbstbestimmung gefordert.

War dieser größere Textteil an die Völker und ihre Regierungen gerichtet, wobei die Bereitschaft bekundet wurde, auch deren eigene Friedensbedingungen erwägen zu wollen, so wandte sich das Dekret am Schluß allerdings an ganz besondere Adressaten: die »bewußten Arbeiter der drei fortgeschrittensten Nationen der Menschheit und der größten am gegenwärtigen Krieg beteiligten Staaten: Englands, Frankreichs und Deutschlands«. Die geschichtlichen Verdienste der englischen Chartisten, der französischen Arbeiterrevolutionäre, der deutschen Sozialdemokraten im Kampf gegen Bismarcks »Sozialistengesetz« in Erinnerung rufend, sprach das Dekret nun auch vor aller Öffentlichkeit die Erwartung einer Weltrevolution aus. Die genannten nationalen Arbeiterklassen würden die russischen Oktoberrevolutionäre gewiß nicht im Stich lassen: Sie würden »durch ihre allseitige, entschiedene, rückhaltlos energische Tätigkeit helfen [...], die Sache des Friedens und zugleich damit die Sache der Befreiung der werktätigen und ausgebeuteten Volksmassen von jeder Sklaverei und jeder Ausbeutung erfolgreich zu Ende zu führen«. Trotz dieses optimistischen Ausblicks sagten Lenins Erläuterungen, die nicht im Dekret enthalten sind, einen schweren Kampf voraus: »Die Regierungen und die Bourgeoisie werden alles daransetzen, um sich zu vereinen und die Arbeiter- und Bauernrevolution in Blut zu ersticken.« Am Ende aber würden »Frieden und Sozialismus« den Charakter der soeben beginnenden neuen Weltepoche bestimmen.¹²¹

Nachdem die Diskussion über das Dekret stattgefunden hatte, sprach Lenin ein »Schlußwort«. Darin findet sich ein Gedanke, den wir festhalten möchten, weil er bezeugt, wie die Bolschewiken in der Stunde der großen Deklarationen gelobten, den Willen des Volkes zu achten: »Die Bourgeoisie hält nur dann einen Staat für stark, wenn er mit der ganzen Macht des Regierungsapparats die Massen dorthin zu dirigieren vermag, wohin es die bürgerlichen Machthaber wollen. Unser Begriff von Stärke ist ein anderer. Nach unseren Begriffen ist es die Bewußtheit der Massen, die den Staat stark macht. Er ist dann stark, wenn die Massen alles wissen, über alles urteilen können und alles bewußt tun.«¹²² Das mußte als ein Anerkenntnis konsequenter »Volkssouveränität«, der wahren, unmittelbaren Demokratie des Volkes, verstanden

¹²¹ *Ebenda.* S. 243.

¹²² *Wladimir I. Lenin: Schlußwort zur Rede über den Frieden. Ebenda.* S. 246.

werden – dem aber die Bolschewiken, sobald sie Staatspartei wurden, nicht die Treue hielten.

Der Sowjetkongreß bestätigte ebenfalls das von Lenin verlesene, im Kern schon seit Jahren von den Sozialrevolutionären vertretene »Dekret über den Grund und Boden«. ¹²³ Dieser gesetzgebende Akt erfolgte vor dem flammenden Hintergrund unzähliger Übergriffe, Gewalttaten, Rebellionen der Landbevölkerungen ganz Rußlands im Widerstreit mit den Gutsbesitzern und der örtlichen Staatsbürokratie, wobei die Interessensverschiedenheit von Groß- und Mittelbauern, Kleinbauern und Dorfarbeitern ein noch zusätzlicher Zündstoff war. Historiker berichten von einer »gigantischen, unkontrollierbaren Eruption sozialer Stimmungen«, die im März des Revolutionsjahres als Konflikt begonnen hatte, jedoch bis Oktober zur »sozialen Explosion« überschlug. ¹²⁴

Trotz der Vielgestaltigkeit dieser Situation und ihrer konfligierenden Kräfte blieben Lenins einleitende Bemerkungen zum Dekret auf einen einzigen, für ihn entscheidenden Punkt fixiert: »die gewaltigen Massen der armen Bauern«. Sie für die Revolution und die Sowjetregierung zu gewinnen, war die Konsequenz seiner grundstürzenden »April-Thesen«. Gerade sie zu beruhigen und zufrieden zu stellen, bezeichnete er als Ziel und Zweck des Dekrets, dessen 1. Artikel und revolutionärer Auftakt besagte: »Das Eigentum der Gutsbesitzer am Grund und Boden wird unverzüglich ohne jede Entschädigung aufgehoben.« Die Beschlagnahme galt auch für Ländereien der zaristischen Krone, der Klöster und der Kirchen. Der konfiszierte Besitz, der »von nun an dem ganzen Volk« gehöre, sollte einstweilen von bäuerlichen Bodenkomitees und den Kreissowjets der Bauerndeputierten eingezogen, geschützt, verwaltet werden – und zwar solange, bis Rußlands »Konstituierende Versammlung« endgültige Gesetze beschließen würde. Das knapp formulierte Dekret, das weitere Fragen des Besitzes und seiner Verteilung gar nicht berührte, schloß im 5. Artikel ziemlich überraschend mit der Bestimmung: »Der Boden der einfachen Bauern und einfachen Kosaken unterliegt nicht der Konfiskation.« Diese ostentative Feststellung ließ das Gesetz als Initialzündung für weitere umwälzende Beschlüsse erahnen. Sie erzeugte die ungeheure Frage: Wenn der Bodenbesitz der bislang herrschenden Klasse konfisziert, die arme Bauernschaft hingegen

¹²³ Wladimir I. Lenin: *Rede über die Bodenfrage. 26. Oktober (8. November) 1917. Dekret über den Grund und Boden. In: Werke. Bd. 26. S. 249.*

¹²⁴ Wadim L. Telizyn: *Vom Februar zum Oktober. Die soziale Explosion im russischen Dorf. Wesen und Dynamik. Methodologische Aspekte. In: Die Russische Revolution 1917. Wegweiser oder Sackgasse? Hrsg. von Wladislaw Hedeler, Horst Schützler und Sonja Striegnitz. Berlin 1997. S. 89, 93.*

nachdrücklich von Konfiskation ausgenommen wurde – was würde dann mit dem noch nicht erwähnten Eigentum und Landbesitz von Großbauern, Mittelbauern und relativ gutgestellten Kleinbauern geschehen?

Die Antwort erfolgte in einem »Bäuerlichen Wählerauftrag«, der dem Text des Dekrets hinzugefügt wurde.¹²⁵ Darin legten Bolschewiken und Linke Sozialrevolutionäre – mit wiederholtem Vorbehalt zugunsten künftiger Beschlüsse der »Konstituierenden Versammlung« – ihre Auffassung von der »gerechtesten Lösung« der Agrarfrage dar. Das »Privateigentum am Grund und Boden« sei »für immer« und »entschädigungslos« aufzuheben, der gesamte Boden zum »Gemeineigentum des Volkes« zu machen und »allen, die ihn bearbeiten, zur Nutzung« zu übergeben. Bodenschätze, Waldungen, Gewässer von Bedeutung müßten der »ausschließlichen Nutzung des Staates«, die von geringerem Wert der Nutzung örtlicher Selbstverwaltungen übertragen werden. Das »Recht der Bodennutzung« für Ackerbau und Viehwirtschaft sei allen Staatsbürgern, »die den Boden selbst, mit Hilfe ihrer Familie oder genossenschaftlich bearbeiten wollen«, für die Dauer ihrer Arbeitsfähigkeit zu erteilen, danach aber sei der Boden wieder einzuziehen. Die Massenlosung »Der Boden den Bauern!« sollte sich folglich nicht als Privateigentum, sondern nur als Verfügungsrecht des einzelbäuerlichen Produzenten oder der Genossenschaftler realisieren. Lohnarbeit wurde verboten. Der »Wählerauftrag« stieß das Tor der Eigentumsverhältnisse, das durch die Enteignung der halbfeudalen Herrschaftseliten schon nicht mehr verschlossen war, mit Entschiedenheit für eine gesamtgesellschaftliche Umwälzung auf. »Volkseigentum« sollte hinfort der oberste Rechtstitel sein. Doch was für den späteren »real existierenden Sozialismus« zum Charakteristikum wurde: De facto unterlag das »Volks-eigentum« den Entscheidungen der zentralen und örtlichen Staatsorgane, die jetzt freilich noch als Institutionen demokratischer »Selbstverwaltung« deklariert wurden.

Lenin erklärte diesen »Wählerauftrag« zum »provisorischen Gesetz«. Es sei trotz der künftigen Konstituierenden Versammlung »nach Möglichkeit sofort« durchzuführen. Der gesamte Text des Dekrets und des beigegebenen Auftrags orientierte vorzugsweise auf massenhafte, also kleinbäuerliche Agrarbetriebe. Den Groß- und Mittelbauern hingegen war die Enteignung definitiv angedroht: In der noch dauernden Revolution waren ihre Wirtschaftsbetriebe dem Zugriff der »gewaltigen Massen der armen Bauern« preisgegeben.

Die Bolschewiken wußten, daß die große Mehrheit der Bauern nicht ihnen, sondern den Sozialrevolutionären, der damals größten und einflußreichsten Partei in Rußland, folgte. Dieser Umstand veranlaßte Lenin abschließend zu einer Erklärung, die gemäßigt klang: »[...] wenn die Bauern den Sozialrevolutionären weiterhin Gefolgschaft leisten, selbst wenn sie dieser Partei die Mehrheit in der Konstituierenden Versammlung geben, werden wir [...] sagen: Sei's drum. [...] wir müssen der schöpferischen Kraft der Volksmassen volle Freiheit gewähren. [...] Das Wesentliche ist, daß die Bauernschaft die feste Überzeugung gewinnt, daß es auf dem Lande keine Gutsbesitzer mehr gibt, daß es den Bauern selbst überlassen wird, alle Fragen zu entscheiden, selbst ihr Leben zu gestalten.«¹²⁶ War das nur die angemessene Achtung vor gesetzlichen Institutionen, also vor demokratischen Wahlen und parlamentarischen Beschlüssen der so oft genannten »Konstituierenden Versammlung«? Wir sind zu der Annahme berechtigt, daß der Redner den radikalen Klassenkampf zwischen Dorfarmut und Kulaken bereits kalkulierte.

Das dritte Dekret beinhaltete den »Beschuß über die Bildung der Arbeiter- und Bauernregierung«: ebenfalls deklariert als ein Provisorium »zur Verwaltung des Landes bis zur Einberufung der Konstituierenden Versammlung« und betitelt als »Rat der Volkskommissare«.¹²⁷ Die Wahl Lenins in die Funktion des Vorsitzenden (nach traditionellen Begriffen: des Ministerpräsidenten) anerkannte die intellektuelle Überzeugungskraft des Führers der Bolschewiken, der seit dem anfänglichen Fiasko seiner »April-Thesen« die Gegenmeinungen in der Partei zurückgedrängt und bei den wichtigsten Entscheidungen seine Dominanz durchgesetzt hatte.

Die drei Beschlüsse des Gesamtrussischen Sowjetkongresses der Arbeiter- und Soldatendeputierten (d. h. weniger der Bauern, die derzeit den Boden bearbeiteten) waren das unmittelbare Ergebnis des zweiten Petrograder Aufstands im Prozeß der seit Februar sich entwickelnden Revolution. Wenn auch der Aufstand vor der Öffentlichkeit Rußlands nicht unter sozialistischen, sondern demokratischen Losungen siegte, so ist er in der Sowjetunion und von deren Parteigängern in aller Welt ein Dreivierteljahrhundert lang mit dem Diktum »Große Sozialistische Oktoberrevolution« erinnert und gefeiert worden. Tatsächlich aber erfüllte die neue, sich selbst als »provisorisch« bezeichnende Regierung bis zum Jahresende 1917 die noch ungelösten Aufgaben der bürgerlich-

¹²⁶ Wladimir I. Lenin: *Rede über die Bodenfrage*. 26. Oktober (8. November) 1917. *Ebenda*. S. 252f.

¹²⁷ *Beschluß über die Bildung der Arbeiter- und Bauernregierung*. *Ebenda*. S. 254f.

demokratischen Februarrevolution: Sie ließ endlich die Wahlen zur Konstituante durchführen, mühte sich um allgemeine, jedoch von den Westmächten boykottierte Friedensverhandlungen, schloß einen Waffenstillstand mit Deutschland und dessen Verbündeten, verfügte die Aufhebung der aus der Feudalzeit überkommenen Ständestrukturen, überdies die Trennung der Kirche von Staat und Schule, die Einführung des achtstündigen Arbeitstages und des Selbstbestimmungsrechtes der unter russischer Herrschaft stehenden Nationen. – Nur die Absichtserklärungen über Arbeiterkontrolle der Produktion und Nationalisierung der Banken, des Bodens, der Bodenschätze steuerten einen direkten Zugang zum Sozialismus an.

Die Führer des Oktoberumsturzes hatten das politische Wagnis ihrer Machteroberung durchaus erkannt. Trotzki, Hauptvertreter der marxistischen Hypothese der »Weltrevolution«, hatte auf der Tribüne des Sowjetkongresses freiheraus gesagt: »[...] daß wir wohl wissen, daß, wenn auch weiterhin in Europa die imperialistische Bourgeoisie herrschen wird, das revolutionäre Rußland sich allein nicht zu halten vermag. Es gibt nur die Alternative: Entweder die russische Revolution wird eine revolutionäre Bewegung in Europa auslösen, oder die reaktionären Mächte Europas werden das revolutionäre Rußland zerstören!«¹²⁸

Schon im November 1917 mußte die Sowjetregierung eine erste innere Krisis überstehen. Weil Lenin und seine unbedingten Anhänger die Forderung nach einer »sozialistischen Einheitsregierung« mit Vertretern der Menschewiken und Sozialrevolutionäre zurückwiesen, protestierten elf Volkskommissare, von denen zehn ihr Amt niederlegten: »Eine rein bolschewistische Regierung [...] kann sich nur mittels politischen Terrors an der Macht halten. Das wird zur Bildung eines Regimes ohne Verantwortung führen.«¹²⁹

Plechanow, Lenins historisch-geistiger Gegenspieler, wandte sich in einem »Offenen Brief« an die Petrograder Arbeiter und warnte vor der Errichtung einer Diktatur des Proletariats.¹³⁰ Die Arbeiterklasse, nur eine sehr kleine Minderheit der Bevölkerung, müsse bedenken, daß die Bauern, die überwiegende Volksmehrheit, zwar das Land der Gutsbesitzer benötigten, ihre Interessen aber »nicht auf den Sozialismus, sondern auf den Kapitalismus gerichtet« seien. Die Bauern wären daher »beim

128 John Reed: *Zehn Tage, die die Welt erschütterten*. Berlin 1957. S. 201.

129 James Bunyan/Harold Henry Fisher: *The Bolshevik Revolution 1917–1918. Documents and Materials*. Stanford 1961. S. 91f.

130 *Offener Brief von Georgi W. Plechanow an die Petrograder Arbeiter über den Oktoberumsturz*. 28. Oktober (10. November) 1917. Abgedr. in: *Die Russische Revolution 1917. Wegweiser oder Sackgasse?* Hrsg. von Wladislaw Hedeler, Horst Schützler und Sonja Striegnitz. Berlin 1997. S. 402ff.

Aufbau der sozialistischen Produktionsweise ein sehr unzuverlässiger Bündnispartner«. Plechanow widersprach auch der vorschnellen Behauptung: »Was der russische Arbeiter begonnen hat, wird der deutsche vollenden.« Statt dessen entwarf er eine düstere Prognose: »Wenn das russische Proletariat die politische Macht zur unrechten Zeit erobert, wird es die soziale Revolution nicht durchführen, sondern nur den Bürgerkrieg auslösen, der es letzten Endes zwingen wird, sich weit hinter die im Februar und März dieses Jahres erkämpften Positionen zurückzuziehen.« Der alte Parteigründer und unbequeme Mahner wurde von staatspolizeilicher Gewalt ins finnische Exil getrieben, wo er nach wenigen Monaten starb.

Die Konstituierende Versammlung

Von Frühjahr bis Herbst 1917 waren die Bolschewiken eine radikale, selbstverantwortliche, sogar in den Untergrund gedrängte Oppositionspartei gewesen. Jetzt aber, bei Ausübung der provisorischen Regierungsgewalt, befanden sich Lenin und seine Mitstreiter in höchster Verantwortung und daher nicht mehr so »frei« wie zuvor. Sie standen seit Dezember nun doch in einer Koalition mit Linken Sozialrevolutionären – vor allem aber unter dem Massendruck von Bauern, Soldaten, Arbeitern, bürgerlichen Nationalisten, die von »Sozialisierung« und gar von »Sozialismus« sprachen, ohne die tatsächlichen Konsequenzen zu kennen oder zu wollen.

Nach wie vor existierten tiefgehende Widersprüche und Konflikte. Während die Bolschewiken, die proletarische »Avantgarde«, das Privateigentum an den Produktionsmitteln abzuschaffen gedachten – beharrten die grundbesitzenden Bauern auf ihrem Landeigentum, wollten aber auch viele Besitzlose in den Dorfgemeinden endlich zu persönlichem Eigentum an Boden gelangen. Während derselbe »Vortrupp der Arbeiterklasse« trotz seiner Friedensbemühungen an die Notwendigkeit denken mußte, daß sich das erneuernde Rußland gegen innere und äußere Konterrevolution mit Revolutionstruppen zu verteidigen habe – strömten ungeheure Massen von Bauernsoldaten in ihre Dörfer zurück, um bei der Landverteilung gegenwärtig zu sein. Während die überzeugten »Marxisten-Leninisten« gerade im Industrieproletariat den missionarischen Träger für Sozialismus und Kommunismus erblickten – waren die Arbeiter bekanntlich nur ein sehr geringer Bevölkerungsteil, und manch einer mochte die gewerkschaftliche Freiheit, seine Vertreter zu wählen und auch abzuwählen, nicht der bolschewistischen »Partei- und Klassendisziplin« opfern. Schließlich gab es noch die politischen Führungs-

kräfte, die in Finnland die Abtrennung von Rußland und in den anderen Landesvertretungen das Recht der nationalen Selbstbestimmung beanspruchten. Sie waren in der Mehrzahl keineswegs Betreiber der sozialen Revolution, geschweige denn Parteigänger des Bolschewismus. Das alles mußte zu schweren Auseinandersetzungen führen.

Bereits in der bisherigen Revolution hatten Losungen der bürgerlich-demokratischen »Freiheiten« und der sozialrevolutionären »Gleichheit« polarisierend gewirkt. Das Ereignis, das gemäßigte Demokraten und radikal-sozialistische Klassenkämpfer vollends spaltete, vollzog sich am 5./6. (18./19.) Januar 1918: dem Geburts- und zugleich Sterbedatum der lange angekündigten »Konstituierenden Versammlung«. Diese war von 46,5 Millionen (etwa 60 Prozent der Stimmberechtigten Rußlands) gewählt worden, und wie Lenin vorausgesehen hatte, bildeten die Deputierten die stärkste Fraktion (370 von 601 anwesenden Abgeordneten). Doch jetzt sollten formal-demokratische Mäßigung und Toleranz zu Ende sein. Die Bolschewiken, die kaum ein Drittel der Abgeordnetenplätze (175) einnahmen, wollten die soziale Revolution auf die Tagesordnung setzen. Folglich schlugen sie den Text einer »Deklaration der Rechte des werktätigen und ausgebeuteten Volkes« zur Diskussion und Annahme vor.

Das Dokument war von grundgesetzlicher Bedeutung.¹³¹ Es verlangte die Konstituierung des neuen Staats als föderative Sowjetrepublik und den sofortigen Vollzug der sozialistischen Revolution: Abschaffung des umstrittenen »Privateigentums an Grund und Boden«, »Übergang der Fabriken, Werke, Bergwerke, Eisenbahnen und sonstigen Produktions- und Verkehrsmittel in das Eigentum des Arbeiter- und Bauernstaates«, Verstaatlichung der Banken, Einführung der »allgemeinen Arbeitspflicht« und »Bildung einer sozialistischen Roten Armee der Arbeiter und Bauern«. Nach Annahme dieser Deklaration sollte die Konstituante ihre Aufgaben als erledigt betrachten und ihre Selbstauflösung beschließen. Weil sich aber die Majorität der Versammlung mit Berufung auf Landeswahlen und parlamentarische Vollmachten verweigerte, brach der Klassenkampf offen hervor. Nikolai I. Bucharin, Hauptredner der bolschewistischen Fraktion, attackierte alle Absichten zum »Aufbau einer hundsmiserablen bürgerlich-demokratischen Republik«. Im Namen der Weltrevolution erklärte er jetzt einen »Kampf auf Leben und Tod«.¹³²

¹³¹ *Deklaration der Rechte des werktätigen und ausgebeuteten Volkes.* In Wladimir I. Lenin: *Werke.* Bd. 26. S. 422ff.

¹³² *Aus den stenographischen Aufzeichnungen über die Tagung der Konstituierenden Versammlung.* 5. bis 6.(18./19.) Januar 1918. Abgedr. in: *Die Russische Revolution 1917. Wegweiser oder Sackgasse?* Hrsg. von Wladislaw Hedeler, Horst Schützler und Sonja Striegnitz. Berlin 1997. S. 407ff.

Sogleich reagierte auch die im Hintergrund lauernde Revolutionsregierung. Der Rat der Volkskommissare dekretierte die sofortige Auflösung der Konstituante und ließ die Parlamentarier auf die Straße setzen. Seit Wochen schon hatte Lenin, der stetige Verneiner des Parlamentarismus, seine Genossen auf diesen Coup eingeschworen. Die Kraftprobe war ein untrügliches Zeichen, daß die bürgerlich-demokratische Revolution endigen und die sozialistische Revolution tatsächlich beginnen sollte.

Der Kommentar Lenins lautete: »[...] der Krieg und die durch ihn verursachten unerhörten Leiden der erschöpften Völker haben den Boden für das Aufflammen der sozialen Revolution bereitet.« Er fügte in rigoroser Entschlossenheit hinzu: »Kein Zweifel, im Entwicklungsprozeß der Revolution, der durch die Kraft der Sowjets ausgelöst worden ist, werden alle möglichen Fehler und Mißgriffe vorkommen – aber es ist für niemanden ein Geheimnis, daß jede revolutionäre Bewegung stets unvermeidlich von vorübergehenden Erscheinungen des Chaos, der Zerrüttung und Unordnung begleitet ist. [...] Die Konstituierende Versammlung wird aufgelöst, die revolutionäre Sowjetrepublik aber wird triumphieren, koste es, was es wolle.«¹³³ Wir registrieren den Willen zum äußersten Risiko. Was aber ebenfalls interessieren sollte, ist die Tatsache, daß Lenins Kommentar allen späteren Deutungen widerspricht, die auf den Akt bloßer Machteroberung eingeschworen scheinen, indem sie den Sieg der sozialistischen Revolution bereits auf den Oktober 1917 und den Januar 1918 datieren. Lenin selbst sah sich und seine Partei noch immer »im Entwicklungsprozeß der Revolution«.

Bürgerkrieg und offener Schluß

Es sei die Frage gestellt: Wann und womit endete die Russische Revolution? Das könnte helfen, der schönfärbenden Schreibweise entgegen zu wirken, die den Bürgerkrieg aus der Revolution herausnimmt und allein auf dem Schuldkonto der verschiedenen Widerständler gegen die bolschewistische Staatsmacht verrechnet. Solches geschieht durch die Behauptung der völligen »Interessengleichheit zwischen Bolschewiken und Volk« sowie die Legende von der »unblutigsten Revolution der Geschichte«.

¹³³ Wladimir I. Lenin: *Rede über die Auflösung der Konstituierenden Versammlung in der Sitzung des Gesamtrussischen Zentralexekutivkomitees*. 6. (19.) Januar 1918. In: *Werke*. Bd. 26. S. 437ff.

In Wirklichkeit waren die mörderischen Konflikte des Bürgerkrieges, der nicht zuletzt durch den Interessenwiderspruch zwischen Bolschewiken und sozialen Schichten der Bauern ausbrach, ein immanenter Bestandteil der Revolution. Die Umwälzung unter der Losung »Der Boden den Bauern!« hatte die lokalen Herrschaften der Gutsbesitzer hinweggefegt. Doch die Differenzierung zwischen grundbesitzenden Bauern und Dorfarmut war geblieben – und eben diese eskalierte infolge der bolschewistischen Agrardekrete im Sommer 1918 zur gewaltsamen Auseinandersetzung. Die Großbauern, die in vielen Dorfsowjets das Sagen hatten, wurden im europäischen Rußland dem Angriff von 122 664 amtlich geförderten »Komitees der Dorfarmut« ausgesetzt, wodurch sie am Ende 50 Millionen Hektar Land von 80 Millionen einbüßten. Lenin bezeichnete »unseren Krieg gegen die Kulaken« als einen »heiligen Krieg«, womit man allerdings in »eine Periode neuer Verheerungen«, eine »der schwersten Perioden der Revolution« eintrete.¹³⁴ Maxim Gorki hingegen urteilte: Das sei ein »russischer Aufstand ohne Sozialisten im eigentlichen Sinne und ohne sozialistische Geisteshaltung«¹³⁵. Diese erste »Entkulakisierung« führte zur Stärkung der Mittelbauern und zu vielen Kleinbauernstellen – jedoch nicht zu lebensfähigen Kollektivwirtschaften. Obwohl Millionen heimgekehrter Soldaten die Arbeitskräfte vermehrten, sank die Ernte unter die Erträge von 1917. Der Historiker Medwedjew weist in diesem Zusammenhang auf die Komplizierung der Revolution und einen Schuldanteil des von Lenin geführten neuen Regimes.¹³⁶ Wolobujew und Buldakow beurteilen ebenso die Schwierigkeiten des über 1917 hinausreichenden Revolutionsprozesses: »Der eigentliche Umbruch im Verlauf der russischen Krise erfolgte nicht im Oktober 1917, sondern vom Oktober 1917 bis Sommer 1918, nachdem die Masse der Bevölkerung den versprochenen Grund und Boden erhalten hatte und nun auf die gefestigte neue Macht traf.«¹³⁷ Wer – wen? war noch immer die Frage. Die Revolution war nach Oktoberumsturz und

134 Wladimir I. Lenin: *Rede über den Kampf gegen die Hungersnot. 4. Juni 1918. In: Werke. Bd. 27. S. 434, 437.*

135 Zit. n. Michael Wegner: *Maxim Gorki versus Wladimir Lenin. Ein zeitgenössischer Kritiker der Russischen Revolution. In: Der Widerschein der Russischen Revolution. Ein kritischer Rückblick auf 1917 und die Folgen. Hrsg. von Theodor Bergmann, Wladislaw Hedeler, Mario Kefler und Gert Schäfer. Hamburg 1997. S. 83ff.*

136 Roy A. Medwedew: *80 Jahre Russische Revolution. In: Die Russische Revolution 1917. Wegweiser oder Sackgasse? Hrsg. von Wladislaw Hedeler, Horst Schützler und Sonja Striegnitz. Berlin 1997. S. 42ff.*

137 Pawel W. Wolobujew/Wladimir P. Buldakow: *Oktoberrevolution – neue Forschungszugänge. Ebenda. S. 52.*

Auflösung der Konstituierenden Versammlung keineswegs schon entschieden.

Was die Dauer der Revolution betrifft, so sei zum Vergleich an die Große Französische Revolution erinnert. Es fällt keinem Historiker ein, ihre Entscheidungen und Resultate auf das historische Jahr 1789 zu begrenzen. In widerstreitenden Ansichten werden 1791 oder 1794/95 oder 1799 als abschließende Zäsuren der Revolutionsgeschichte genannt: Die Proklamation der konstitutionellen Monarchie, der Bürgerkrieg und die Errichtung der Republik, die Jakobinerdiktatur und die revolutionäre Vaterlandsverteidigung, der Thermidorumsturz und der Militärputsch des Napoleon Bonaparte – dies alles wird mehr oder weniger in die Revolution einbezogen. Eine Antwort auf die Frage nach dem Ende und den Resultaten der Russischen Revolution wäre in ähnlicher Weise zu suchen – m. E. in den Jahren vom Februarumsturz 1917 bis zum Frühjahr 1921, dem Ende des Bürgerkrieges und dem Beginn der »Neuen Ökonomischen Politik«. ¹³⁸ Wo immer dann die Zäsur gesetzt wird, zeigen sich staats- und gesellschaftspolitische Resultate, die den Begriff der Russischen Revolution rechtfertigen. Widerlegt aber werden die glorifizierenden Aussagen, die eine Unblutigkeit der Revolution behaupten und letztere mit Betonung ihres sozialen Gehalts als »Sieg der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution« überschätzen.

Richtig bleibt indes die positive Feststellung, daß die Sowjetmacht unter Führung der Bolschewiken ihre Existenz in dreijährigem Bürgerkrieg und Verteidigungskrieg gegen die Interventionstruppen von 14 kapitalistischen Staaten behaupten konnte. Damit rückte ein Staat in die Weltgeschichte, der weder vom halbfeudalen Zarismus noch von der kapitalistischen Bourgeoisie beherrscht wurde. Die Sowjetmacht übersprang die in der bisherigen Staatengeschichte gewohnten, auf Feudalismus und Absolutismus folgenden bürgerlichen Herrschaftssysteme – seien es Bonapartismus oder liberal-konstitutionelle Monarchie oder demokratisch-parlamentarische Republik.

Doch als eine schwere Hypothek erwies sich der Irrtum Lenins, der mit Berufung auf wissenschaftliche Voraussicht behauptet hatte, daß die »sozialistische Revolution in Europa kommen« müsse, sich daher alle Hoffnungen »auf den *endgültigen* Sieg des Sozialismus« gründen könnten. ¹³⁹ In den Kriegsverliererstaaten Deutschland und Österreich-Ungarn stürzten die kaiserlichen Regime, scheiterten aber alle Bemü-

¹³⁸ Siehe Stefan Doernberg: *Anmerkungen zu Fragen. In: Die Oktoberrevolution 1917 und ihr Platz in der Geschichte. Bonn 1997. S. 26f. (Schriftenreihe der Marx-Engels-Stiftung. 29).*

¹³⁹ Wladimir I. Lenin: *Thesen über den sofortigen Abschluß eines annexionsistischen Separatfriedens. 7.(20.)1.1918. In: Werke. Bd. 26. S. 443f.*

hungen für eine proletarische Revolution. Bei den bürgerlichen Siegermächten Frankreich, Großbritannien, den USA fand nicht einmal ein revolutionärer Versuch statt. Die »Weltrevolution« ließ auf sich warten. Rußland blieb isoliert in der Umzingelung von kapitalistischen Staaten. Die unbequemen Warnungen der Bolschewiken Kamenew und Sinowjew, des Menschewiken Plechanow und vieler anderer hatten sich als berechtigt erwiesen.

Hinsichtlich des Krieges zur Verteidigung des revolutionären Regimes schwanken die Urteile zwischen tatsächlichem »Heroismus« und dem vom Kriegsteilnehmer Isaak Babel hinterlassenen Zeugnis »einer erlebten Hölle und endlosen Totenmesse«¹⁴⁰. Daß die bewaffnete Konterrevolution der Bourgeoisie und der Gutsbesitzer, der Widerstand der Kulaken und überdies die Angriffe der ausländischen Interventionskorps nicht mit Friedenssprüchen zu bannen waren, also wiederum Krieg erforderten, war eine Zwangslage, welche die Bolschewiken mit den früheren bürgerlichen Revolutionen der Niederländer, der Engländer, der US-Amerikaner und der Franzosen teilten. Jedoch geschahen Verletzungen der human-sozialistischen Befreiungsethik gegenüber der eigenen Bevölkerung überall dort, wo Zwang statt Überzeugung regierte. Abneigung wurde durch martialische Niederwerfung, Widerstand durch oft überzogene Gegengewalt gebrochen. Dabei waren die Millionenmassen des bäuerlichen Volkes, auf dessen Rücken sich die konträren Militärgewalten insbesondere austobten, eigentlich keine Regimefeinde. Weil aber Armee und Städte, die Zentren der Revolution, im Würgering der Konterrevolution zu verhungern drohten, dekretierte die bolschewistische Führung nicht bloß den »Kriegskommunismus«. Ihre Truppen zogen in die Dörfer, requirierten Lebensmittel und Vieh, raubten Saatgut, brachen Proteste und Gegenwehr mit Waffengewalt. Indem sie die schwer vermeidliche Praxis der Jakobiner von 1793 wiederholten, erzeugten sie selbst die »Vendée«, in der sich die wirkliche Konterrevolution durch zahlreiche Bauernrevolten potenzierte. Von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer, von Belorußland bis Ostsibirien wurde gebrandschatzt, gemetzelt, verhungert, an Seuchen krepirt. Man schätzt die Toten auf etwa 13 Millionen. Allein durch die Hungersnot, die 1921 in den Gebieten der Wolga grassierte, sollen fünf Millionen Menschen umgekommen sein.¹⁴¹

Die Schrecken des Bürgerkrieges, seit dem Streit um Lenins »April-Thesen« immer wieder warnend beschworen, waren also gekommen.

¹⁴⁰ Isaak Babel: *Die Reiterarmee. Mit Dokumenten und Aufsätzen im Anhang.* Leipzig 1968.

¹⁴¹ Wolfgang Ruge: *Stalinismus. Eine Sackgasse im Labyrinth der Geschichte.* Berlin 1991. Insbesondere: *Sprungbrett Gewalt.* S. 44ff.

Wenn Lenin mit allen seinen »Berufsrevolutionären«, die sich zu Militärs und Staatsfunktionären wandelten, auch nicht einseitige Schuld trug – sie hatten das Risiko gewagt und die Mahnungen in den Wind geschlagen. Einmal im Mahlstrom des Krieges befindlich, vermochten sie ihre eroberte Macht ohne Zwang und Terror nicht zu verteidigen. Und indem sie von dieser Notlage reichlich Gebrauch machten, wagten sie auch militärische Willkür gegen das eigene Volk. Unter dem Zwang der Verhältnisse höhlten sie die ursprünglichen Ideale des Sozialismus aus.

Man könnte dies vielleicht eine moralisierende Kritik nennen, wenn auf der Waagschale der Revolutionsgeschichte nicht noch andere schwere Gewichte lägen. Sieht man ab von den temporären Erfolgen einiger Guerillakriege in der neueren Geschichte, so ist ein großer Krieg ohne Konzentration militärischer Kommandogewalten und Zentralisation des Staatsapparats schwerlich zu gewinnen. Was in Lenins Parteikonzept schon weit früher an Zentralismus, Machtbehauptung, Disziplinierung angelegt war, realisierte sich in den äußerst bedrohlichen Situationen des bolschewistischen Staates und gebar ein durchaus negatives Kriegsergebnis: die Unterwerfung selbständiger Regungen des werktätigen Volkes, die tatsächliche und hinfort bleibende Abschaffung der demokratischen Errungenschaften der Februarrevolution. Nicht genug, daß bürgerliche Parteien unterdrückt, staatliche Gewaltenteilung, Pressefreiheit, Wahlen und Parlamentarismus verworfen wurden. In den Verbotspraktiken gegen Sozialrevolutionäre, Volkssozialisten, Internationalisten, Linke Sozialrevolutionäre und dem immerwährend feindlichen Argwohn gegen die Menschewiken offenbarte sich die beständige Tendenz zum Ein-Partei-Regime, zur Liquidation aller Organisationsformen demokratischer Eigenständigkeit und Kritik. Den Schlußpunkt setzte die Niederschlagung des Kronstädter Aufstands, der unter der Losung »Sowjets ohne Kommunisten!« erfolgte. Der Bürgerkrieg endete 1921 mit der politischen Entmündigung der lokalen und regionalen Sowjets, der Arbeiter- und Bauernkomitees, der Gewerkschaften, sogar der Opposition in den eigenen Reihen der bolschewistischen Partei. Der Staatstitel »Sowjet-Republik« gebrauchte zwar den Namen der ursprünglichen Basisdemokratie, die 1917 als »Revolution von unten« den Volkswillen gegen Zarismus und bürgerliche Regierung verkörpert hatte. Doch die basisdemokratischen Institutionen waren nun von den Bolschewiken gleichgeschaltet, wenn nicht zerschlagen worden.

Abschließend sei an die soziale Charakterisierung des Februarumsturzes erinnert, die der Volkssozialist Mjakotin im Frühjahr 1917 gegeben hatte. Was war im Verlauf der Russischen Revolution aus den damals genannten Klassen und Schichten geworden? – Die zaristische

Aristokratie und die Gutsbesitzerkaste waren aus Staat und Gesellschaft verschwunden. Die an Zahl geringe Bourgeoisie entkam entweder ins Ausland oder verbarg sich unter Preisgabe ihres Klassencharakters als Angestellte und Spezialisten in den neuen politisch-sozialen Strukturen. Das von Mjakotin nicht erwähnte Kleinbürgertum der Handwerker, Händler, sonstigen Gewerbetreibenden, das in der bürgerlichen Gesellschaft schon immer zwischen Bourgeoisie und Proletariat, sozialem Auf- oder Abstieg lebte, vegetierte in Klein- und Kleinstgewerbe, den Abgründen des Schwarzhandels und des Ruins. Allein die Arbeiterklasse, die im Februar zuerst auf die Straße gegangen war, hatte Losung und Verheißung des Sozialismus in sich aufgenommen. Sie vor allem hatte in den Stoßbrigaden der Roten Armee gekämpft und geblutet, war aber durch Waffengewalt und Hunger stark dezimiert. Die Intelligenz, soweit sie sich anfangs für die Erneuerung Rußlands begeisterte, war seit Oktoberumsturz und Bürgerkrieg von Skrupeln geplagt, so daß viele, die sich nicht anpassen mochten, ebenfalls in die bürgerlich-demokratischen Länder des Westens emigrierten. Ein Beispiel ist Maxim Gorki, der die Voraussetzungen für eine sozialistische Revolution nicht erkennen konnte, daher die Macht der Bolschewiken ablehnte: Was sie wagten, sei ein »grausames Experiment am lebenden Körper Rußlands«, wobei vor allem das noch junge Proletariat als Material für den Versuch einer »Weltrevolution« mißbraucht werde.¹⁴² In der Petrograder Tageszeitung »Nowaja Shisn« verfocht der Schriftsteller die Idee einer anderen Strategie: ein breites Bündnis von Intelligenz und organisierter Arbeiterschaft, um die Revolutionswirren zu beenden und sogar einsichtige Industrielle für den Wiederaufbau Rußlands zu gewinnen. Es waren, wie Gorki wohl wußte, »Unzeitgemäße Gedanken«, die 1918 nichts anderes als Lenins Ablehnung und das Verbot der Zeitung zur Folge hatten.

Schließlich blieben noch viele Millionen der Landbevölkerung. Die Massenlosung »Der Boden den Bauern!«, von den Bolschewiken selbst aufgegriffen und in Gesetze überführt, hatte die Lokalherrschaften der Gutsbesitzer beseitigt, die Zahl der Großbauern radikal eingeschränkt, aber nicht bewirkt, daß dieser Grundbesitz in prosperierende Kleinbauernhöfe, geschweige denn in genossenschaftliche Musterwirtschaften verwandelt wurde. Neben den weiteren Bedenklichkeiten in Rosa Luxemburgs berühmter Gefängnischrift hatte schon dieser Um-

142 Zit. n. Michael Wegner: *Maxim Gorki versus Wladimir Lenin. Ein zeitgenössischer Kritiker der Russischen Revolution. In: Der Widerschein der Russischen Revolution. Ein kritischer Rückblick auf 1917 und die Folgen.* Hrsg. von Theodor Bergmann, Wladislaw Hedeler, Mario Keßler und Gert Schäfer. Hamburg 1997. S. 83ff.

stand (bei aller Sympathie für die Oktoberrevolutionäre) zur frühen Kritik gereicht.¹⁴³ Statt strategischer Agrarpolitik des Sozialismus praktizierten die Bolschewiken in ihrer Notlage den »Kriegskommunismus« und den »Roten Terror« zwecks Sicherung eines nur spärlichen Lebensunterhalts. Es war ein Verfahren, das den Namen der Gesellschaftspolitik schwerlich verdiente und nach dem Sieg über die Interventen unmöglich fortgesetzt werden konnte. Vor dem Hintergrund des ausgebluteten Landes und der noch immer flammenden Bauernaufstände dekretierten die Bolschewiken auf Vorschlag Lenins im Frühjahr 1921 die »Neue Ökonomische Politik«. Sie betitelten diese als »Staatskapitalismus« – wagten jedoch zur selben Zeit noch einmal einen Versuch zur »Weltrevolution«. Mit Hilfe der Kommunistischen Internationale wurden proletarische Märzunruhen in Mitteldeutschland angeheizt, die gänzlich mißlingen und die Vereinigte Kommunistische Partei Deutschlands schwer schädigten.¹⁴⁴

So bleiben am Ende der historischen Tragödie mindestens zwei polemische Feststellungen. *Erstens* sollte die geschichtliche Erfahrung unvergessen bleiben, daß ein Weltkrieg kapitalistischer Staaten die latente Krise Rußlands und damit die Revolution auslöste und daß eben diese Staaten der Sowjetmacht den erbittertsten Widerstand entgegensetzten. Zuerst das Kaiserreich Deutschland, dann England und Frankreich, Japan, das neu konstituierte Polen u. a. übertrugen die mörderische Gewaltlogik des Weltkrieges auf ihre Aggressionen gegen den welthistorischen Versuch eines Staates, der eine antikapitalistische Alternative sein wollte. – *Zweitens* aber erstand und siegte damals kein Sozialismus. Was mit der bürgerlich-demokratischen Februarrevolution begonnen hatte, endete genau vier Jahre später mit der »Neuen Ökonomischen Politik«, dem von den Bolschewiken reglementierten sogenannten Staatskapitalismus. Dieses einstweilige Ergebnis rechtfertigt nicht den zweifelhaften Titel der »Großen Sozialistischen Oktoberrevolution«.¹⁴⁵

143 Rosa Luxemburg: *Zur russischen Revolution*. In: *Gesammelte Werke*. Bd. 4. Berlin 1974. S. 342ff.

144 Paul Levi: *Unser Weg. Wider den Putschismus*. Berlin 1921. – Klaus Kinner: *Der deutsche Kommunismus. Selbstverständnis und Realität*. Bd. 1: *Die Weimarer Republik*. Berlin 1999. S. 36ff.

145 Siehe Michail Wojekow: *Paradox der Russischen Revolution: bürgerlicher Februar und proletarischer Oktober*. In: *Der Widerschein der Russischen Revolution. Ein kritischer Rückblick auf 1917 und die Folgen*. Hrsg. von Theodor Bergmann, Wladislaw Hedeler, Mario Keßler und Gert Schäfer. Hamburg 1997. S. 150ff. – Helmut Bock: *Die Russische Revolution 1917. Weltereignis – Widerstreit – Wirkungen*. Kolloquium des Plenums der Leibniz-Sozietät. Berlin 1997. Heft 4. (Sitzungsberichte der Leibniz-Sozietät. Bd. 19.)

Das Verhältnis zwischen der ideologischen Begriffsbildung und der weit komplizierteren Realität der Geschichte müßte im Traditionsverständnis der Sozialisten geprüft und präzisiert werden.

Die Bombe

*Wie human sind die USA?**

Alles begann in einem Berliner Laboratorium – und alles schien bisherigen konkreten Erfahrungen zu widersprechen. Die Chemiker Otto Hahn und Fritz Straßmann gewahrten bei der Bestrahlung von Uran mit Neutronen, daß sich der Urankern spaltete. In mehreren Ländern liefen ähnliche Versuche. Aber nur mit dem Ziel, im Innersten der Natur, soweit sie der Forschung zugänglich war, diejenigen Kräfte und Gesetzmäßigkeiten zu erkennen, die hier den Zusammenhang bewirken. An Nutzenwendung vermochte noch niemand zu denken.

Die beiden Deutschen veröffentlichten ihre Beobachtung am 6. Januar 1939 in der Zeitschrift »Die Naturwissenschaften«. Es dauerte nur wenige Wochen, bis Physiker in Dänemark, Frankreich, den USA diesen Vorgang nachprüften und bestätigten. Man erinnerte sich einer älteren spekulativen Vermutung, die nun half, einen Prozeß zu verstehen, der ungewohnt hohe Energien freisetzt: Ein unter Neutronenbeschuß zerplatzender Urankern könnte selbst neue Neutronen abgeben und bewirken, daß benachbarte Urankerne infolge einer Kettenreaktion in die Spaltung hineingerissen würden. Schon im selben Frühjahr stellte der Berliner Physiker Siegfried Flügge in der genannten Fachzeitschrift die Praxisfrage: »Kann der Energiegehalt der Atomkerne technisch nutzbar gemacht werden?« Seine fiktive Rechnung besagte, daß Energie, die bei der vollständigen Spaltung von 1 Kubikmeter Uraniumoxyd freigesetzt würde, dazu ausreichte, um 1 Kubikkilometer Wasser in eine Höhe von 27 Kilometern zu schleudern. – Die Entdeckung war eine Sternstunde der Naturwissenschaften. Eine riesige Energiequelle verhiieß reichere Lebensqualitäten für alle Bewohner der Erde.

Doch in demselben historischen Augenblick wuchs der düstere Schatten empor, der für die Zukunft der Menschheit fürchten ließ: die

* *Der Text wurde anlässlich des NATO-Angriffs auf Jugoslawien im Streit um Kosovo veröffentlicht: »Pax Americana. Wie human sind die USA? Erinnerung aus gebotenum Anlass«. In: UTOPIE konkret. Berlin (1999)106. S. 5ff. – Weil die Zitate infolge zahlreicher Dokumentationen und Darstellungen gemeinhin nicht unbekannt und hier nur erinnert sind, sei auf detaillierte Belege verzichtet. – Ich widme diesen Essay dem Andenken an den großen Menschenfreund und Zivilisationskritiker Robert Jungk, dessen frühes Buch weltweit zum Inbegriff der Aufklärung unseres Themas geworden ist. Robert Jungk: Heller als tausend Sonnen. Das Schicksal der Atomforscher. Bern 1956. Eine jüngere und weiterführende Darstellung bietet John Newhouse: Krieg und Frieden im Atomzeitalter. Von Los Alamos bis SALT. München 1990.*

Möglichkeit des militärischen Mißbrauchs, die Gefahr schlechthin vernichtender Bomben. Die fatale Erkenntnis trieb sogleich den Gewissenskonflikt namhafter Kernforscher hervor. Der ungarische Physiker Leo Szilard, politischer Emigrant in den USA, warnte vor einer Weiterarbeit, zumindest vor jeder Publikation über die Kettenreaktion. Der Franzose Frédéric Joliot-Curie beurteilte die Frage der Publikation anders: Die Kenntnis der möglichen, sogar explosiven Entfesselung ungeheurer großer Energien sei schon viel zu weit verbreitet, um sie noch eindämmen zu können. Politische Machthaber würden dieses Wissen bald für Staatszwecke benutzen, die Weiterarbeit unter eigene Regie nehmen und die Resultate geheim halten. Je mehr zuvor der Weltöffentlichkeit bekannt gemacht würde, desto besser könnte man gegen einen Mißbrauch der Kernforschung wirken – verschweigen war nicht nur nutzlos, sondern schädlich. Joliot-Curie veröffentlichte seine Arbeitsergebnisse. Er interpretierte die Spaltung eines Urankerns, die Möglichkeit der Kettenreaktion, und weitere Forscher in weiteren Ländern fanden dasselbe Resultat.

Kaum hatte der Zweite Weltkrieg angefangen, da begann schon die militärpolitische Ausbeutung des neuen Wissens. Nationale Regierungen und Militärbefehlshaber stülpten die Tarnkappen der Geheimhaltung über naturwissenschaftliche Forschungen und technische Entwicklungen – bis dieses Dunkel, nur sechs Jahre später, mit den grauenhaften Blitzen von Hiroshima und Nagasaki zerriß. Weit hinter den Kriegsfrenten verendeten 155 000 Menschen im Inferno der Explosionen sofort. 200 000 bis 300 000 starben in der Folge einen qualvollen Siechentod. Alle Beschreibungen, die in reichlicher Überlieferung zu finden sind, vermögen das Entsetzen, das Elend der Betroffenen in Wort und Bild schwerlich zu fassen.

1.

Es war Szilard, der Albert Einstein zu jenem berühmten Brief vom 2. August 1939 veranlaßte, durch den der Präsident Franklin D. Roosevelt vor deutschen Uranerzschürfungen und Kernforschungen gewarnt, überdies zum präventiven Bau einer amerikanischen Bombe gedrängt wurde. Was zuerst nur zögerlich vorankam, änderte sich 1942: Selbst nun verwickelt in den Krieg gegen Japan, Nazi-Deutschland und deren Alliierte, peitschte die US-amerikanische Administration die Herstellung der Massenvernichtungswaffe voran.

Doch es blieben Wissensbisse, überdauerten Ängste, die manchen der Kernforscher, die zu den »Vätern der Bombe« zählen, plagten. »Während des ganzen Jahres 1943 und eines Teils von 1944 war es

unsere größte Sorge«, so dokumentiert Szilard, »daß die Deutschen eine Atombombe vor der Landung in Europa fertig stellen könnten. 1945 aber, als wir aufhörten, uns Sorgen darüber zu machen, was die Deutschen uns antun könnten, begannen wir uns besorgt zu fragen, was die Regierung der Vereinigten Staaten wohl anderen Ländern antun könnte.« Ein zweites Mal ging Szilard zum Renommiertesten aller Naturwissenschaftler – nicht mehr einzig gespornt vom Widerstandsgeist gegen die Barbarei Hitlers. Jetzt trieb ihn der Argwohn, die verheerende Waffe könnte von den eigenen Militärs mißbraucht werden. Wiederum, am 25. März 1945, schrieb Einstein an den Präsidenten und bat, den Physiker zu empfangen. »Die Geheimhaltungsbestimmungen, an die Dr. Szilard gebunden ist, verbieten ihm, mich über seine Arbeit zu informieren. Anscheinend ist er aber sehr beunruhigt über den Mangel an ausreichendem Kontakt zwischen den Wissenschaftlern, die an dem Projekt arbeiten, und den Mitgliedern Ihres Kabinetts, die für die politische Seite des Problems verantwortlich sind.«

Einsteins Brief lag noch unerledigt auf Roosevelts Schreibtisch, als dieser am 12. April 1945 starb. Wissenschaftler und Techniker, die an der Bombe arbeiteten, hatten ihr bohrendes Gewissen im Gedanken an diesen Präsidenten zu beruhigen gesucht: Er mochte die schwere Verantwortung tragen, welche die Atomwaffe eigentlich allen Beteiligten als drückende Last auferlegte. Doch Roosevelt, der moralische Schutzschild, war tot.

Am Tag darauf informierte James F. Byrnes, juristischer Vertreter der finanzkapitalistischen Morgan-Gruppe und Direktor des Kriegsamtes, den neuberufenen Präsidenten Harry S. Truman. Die Vereinigten Staaten seien dabei, einen nie gekannten Sprengstoff fertig zu stellen. Dabei soll die vielsagende Bemerkung gefallen sein: Die USA würden ein atomares Monopol gewinnen – und gegenüber der Sowjetunion sieben bis zehn Jahre lang bewahren können. Truman, wie seine Memoiren bezeugen, war fasziniert von den »fast unglaublichen Entwicklungen«, der »furchtbaren Macht, die uns bald in die Hände gegeben« werde. Er ernannte Byrnes zu seinem persönlichen Berater für Atomfragen und wenig später zum Staatssekretär des Auswärtigen.

Auch Kriegsminister Henry L. Stimson unterrichtete den neuen Präsidenten. »Innerhalb von vier Monaten werden wir nach aller Wahrscheinlichkeit die schrecklichste Waffe in der Geschichte der Menschheit vollendet haben, eine Bombe, die eine ganze Stadt zerstören kann. Wenn das Problem der richtigen Nutzung der Waffe gelöst werden kann, hätten wir die Möglichkeit, die Welt in einen Zustand zu versetzen, in dem der Weltfrieden und unsere Zivilisation gerettet werden können.« So lautet der einleitende Text des Memorandums der Generalität,

das Stimson dem Präsidenten Truman am 25. April 1945 überreichte. Das geschah in den Tagen, als die Sowjetarmee bereits in den Straßen Berlins, der Wolfshöhle des Hitlerfaschismus, kämpfte – zwei Wochen vor der bedingungslosen Kapitulation der deutschen Wehrmacht. Welche Bedeutung die Begriffe »Weltfrieden« und »unsere Zivilisation« im Denken des Kriegsministers hatten, bezeugt sein Tagebuch: »Wir müssen die Führung zurückgewinnen, die uns die Russen entrissen haben. Eine Atombombe ist eine Hand voller Trümpfe [...]. Wenn wir diese alles zerschmetternde Waffe besitzen, sind wir in einer viel freieren und stärkeren Position, falls es zu einem Zusammenstoß mit der Sowjetunion käme.«

2.

Erst am 28. Mai 1945 wurden Szilard und der Nobelpreisträger Harold C. Urey als Vertreter einer Gruppe von Kernforschern zur Regierungsaudienz zugelassen, jedoch nicht vom Präsidenten, sondern von dessen Berater empfangen. Staatssekretär Byrnes soll den Wissenschaftlern mit undurchdringlicher Miene zugehört haben, als sie von den schlimmen Folgen sprachen, die ein Einsatz der neuen Waffe provozieren würde: Vergiftung der internationalen Beziehungen und Auslösung eines hektischen Wettrüstens, wozu sich andere Staaten, besonders die Sowjetunion, veranlasst sähen. »Soviel ich weiß«, habe Byrnes erwidert, »gibt es in Rußland doch überhaupt kein Uran! Darum bin ich fest überzeugt, daß wir durch den Besitz und die Anwendung der Bombe Rußland gefügiger machen werden.«

Wenige Tage später verabschiedete das »Interim Committee« unter Leitung des Kriegsministers eine Empfehlung an den Präsidenten: Im noch bestehenden Kriegszustand gegen Japan sollte die Bombe ohne Vorwarnung geworfen werden – auf eine möglichst große Stadt mit Rüstungsanlagen, Industrie und dichtbesiedelten Wohngebieten. General Leslie R. Groves, militärischer Leiter des Bombenbaus in Los Alamos und aktives Kommissionsmitglied, erläuterte den Plan mit zynischem Sachverstand: »Um die Wirkung der Bombe richtig einschätzen zu können, sollten die Ziele nicht durch Luftangriffe beschädigt sein. Erwünscht wäre schließlich, als erstes Ziel einen Ort von solcher Größe zu wählen, daß die ganze Zerstörungszone sich innerhalb des Ortes befände und wir daher die Gewalt der Bombe genauer bestimmen könnten.« Auf der Todesliste erschienen die Namen von Städten, die als »besonders geeignet« bezeichnet wurden: Hiroshima, Kokura, Nagasaki, Niigata. Den Luftstreitkräften wurde befohlen, diese Orte nicht zu bombardieren. – Im Gedächtnis der Menschheit sollte dieser Vorgang als Indiz und

dauernde Warnung gelten: vor der gesetzlich legitimierten Kaltschnäuzigkeit, mit der Militaristen in Uniform und Zivil in stände sind, den Massenmord zu planen und zu vollziehen.

Was aber ebenso unvergessen bleibe, ist der Widerstand von Naturwissenschaftlern und Technikern, denen die mörderische Waffe einseitig angelastet worden ist. Die Information des Bombeneinsatzes, die trotz strengster Geheimhaltung durchsickerte, bewirkte keineswegs nur Genugtuung ehrgeiziger Wissenschaftler. In den Laboratorien, die an der Fertigung beteiligt waren, entstanden Protestschreiben mit kreisförmigen Unterschriften, um im kriegsrechtlichen Ausnahmezustand die Initiatoren und die Erstunterzeichner zu verschleiern. Sicherheitsoffiziere erklärten die Petitionen für »top secret«. Geheimdokumente durften nur mit militärischer Bewachung zum Ort der Regierung gebracht werden – und weil zur Zeit, wie General Groves beispielsweise erklärte, kein Begleitpersonal zur Verfügung stehe, verschwanden die Papiere im Safe von Los Alamos. Im »Metallurgischen Laboratorium« der Universität Chicago, wo Diskussionen verboten, aber Unterschriften von Szilard gesammelt wurden, soll eine geheime Abstimmung von etwa einhundertfünfzig Wissenschaftlern und Technikern vierfünftel Neinstimmen gegen den kriegsmäßigen Einsatz der Bombe ergeben haben.

Unter allen Bekenntnissen, die in diesen Wochen zustande kamen, ist der Bericht an den Kriegsminister vom 11. Juni 1945 hervorzuheben – verfaßt und offen unterzeichnet von sieben Chicagoer Wissenschaftlern unter der Leitung des einstigen Göttinger Professors James Franck. Sie erklärten ihre Ablehnung eines unangemeldeten Kernwaffenangriffs auf Japan. »Wenn unser Land als erstes eine solch verwerfliche Methode der restlosen Zerstörung jeglicher Zivilisation einführt«, sei ein Wettrennen die Folge, bei dem auch andere Staaten binnen zehn Jahren in den Besitz von Kernwaffen gelangen. Der beschwörende Mahnruf erfolgte zwei Wochen vor dem Gründungskongreß der Vereinten Nationen in San Franzisko. Diese Forscherelite, welche die Furchtbarkeit der Waffe und die Dramatik der mit ihr verbundenen weltpolitischen Entscheidungssituation mit wirklicher Kenntnis beurteilen konnte, setzte gegen die Gewaltambitionen ihrer Regierung eine klare Alternative. Es war eine Empfehlung, die von Verantwortung und humaner Ethik getragen war: »Vor den Augen der Abgeordneten aller Vereinten Nationen« sollte die Bombe in einem geeigneten, unbewohnten Gebiet demonstriert werden. Eine Erklärung an die Welt sollte den Akt begleiten: »Ihr seht, was für eine Waffe wir besaßen, aber wir haben sie nicht angewandt. Wir sind bereit, sie auch in Zukunft nicht anzuwenden, wenn sich die anderen Nationen uns darin anschließen und in die Gründung einer wirkungs-

vollen internationalen Kontrolle einwilligen.« Auch der »Franck-Report« wurde nur für wert erachtet, zu den Akten genommen zu werden.

3.

Die erinnerten Tatsachen, die in den bis heute publizierten Dokumenten und Darstellungen zu finden sind, offenbaren die Strategie der US-amerikanischen Regierung und des Pentagons – noch während ihr Volk in den Reihen der Antihitlerkoalition und also an der Seite der Russen kämpfte. Die drei Bomben, die inzwischen zum Einsatz bereit waren, sollten fallen – je eher, desto besser! Die erste explodierte am 16. Juli 1945 in der Wüstenlandschaft des sinnigen Namens Jornada del Muerto (»Reise in den Tod«) als technischer Versuch und zugleich Warnung an die Adresse der Sowjetunion in den Tagen der Potsdamer Friedenskonferenz. Die beiden weiteren Monstren verursachten die Katastrophen am 6. und 9. August 1945 in Japan, die man als Antifaschist (letzteres ist Bedingung!) gewiß Kriegsverbrechen und Verbrechen wider die Menschlichkeit nennen kann. Das Attentat auf Leben und Völkerrecht eröffnete den verhängnisvollsten Vorgang der Menschheitsgeschichte: Alle Existenzformen und jede Art von Politik erfolgen seitdem unter der krebstartig wachsenden Vernichtungsgewalt, die mit dem allegorischen Begriff der »Bombe« heute längst unzureichend bezeichnet ist.

Robert Oppenheimer, Projektleiter der Endfertigung der Bomben in Los Alamos, bekannte 1948 im Interview mit Betroffenheit: »In einem ursprünglichen Sinn [...] haben die Physiker die Sünde kennen gelernt; und das ist eine Erkenntnis, mit der sie von nun an leben müssen.« Präsident Truman hingegen, der einen Monat nach Gründung der UNO den Abwurf der Bomben entschieden hatte, bald auch ihre weitere und vermehrte Produktion verfügte, posaunte in staatspolitischer Hybris: »Was dort geschah, ist die größte Leistung der organisierten Wissenschaft in der ganzen Geschichte. Sie wurde unter äußerstem Druck erbracht und war ein absoluter Erfolg. Wir haben zwei Milliarden Dollar für das größte wissenschaftliche Risiko der Geschichte aufs Spiel gesetzt – und gewonnen.« Es war Pokerjargon, womit Rüstung und Massenvernichtung, die peinlichsten Fragen der Menschheit, beurteilt wurden.

Einstein war wegen seines nur brieflichen Anteils bis zum Lebensende zutiefst deprimiert. Doch die Kernwaffe wäre in den Vereinigten Staaten auch ohne sein erstes Schreiben an Roosevelt gebaut worden. Wahrscheinlich nur wenig später. Ihre Verheerungen wären dann nicht in Japan erfolgt, wohl aber im Korea-Krieg oder in Vietnam. Andere Menschen wären die Opfer gewesen – was entscheidend für die Betrof-

fenen ist. Aber nicht von prinzipiell anderem Einfluß auf die Weltgeschichte. Es gab eine politische Macht, welche die Massenvernichtungswaffe um jeden Preis besitzen und zum Einsatz bringen wollte. Ihre »Stärke« vor aller Welt zu beweisen, so daß kein anderes Land, kein anderes Volk ernsthaft mehr konkurrieren könnte – das schien der Errichtung eines neuen Hegemonialsystems dienlich: der »Pax Americana«, des »Weltfriedens« und der »Zivilisation« im Interesse einer vom Monopolkapital geführten, alles beherrschenden USA.

Schöne neue Welt *Zwischenbilanz 2000**

Was für ein schöner Jahrhundertbeginn. Ein Waffenhändler schmierte die christliche Regierungspartei, damit der Thyssen-Konzern eine Panzerfabrik in Kanada aufrüste. In zynischer Phrase nennt er es »Landchaftspflege«. – Die sozial und ökologisch daherkommende Nachfolgeregierung genehmigte ihrer Rüstungslobby die Lieferung des neuesten Kampfpanzers »Leopard II« an die türkische, auf Menschenrechtsbruch und Kurdenjagd spezialisierte Armee. Es sei »nur ein einziges Testfahrzeug«. Man spielte unsere Proteste herunter, hielt aber die lukrative Bestellung von 1 000 Stück als Option der deutsch-türkischen NATO-Bruderschaft vorsorglich unterm Tisch. – Eine eiserne Jungfrau aus Niedersachsen erstritt vor Europas hohem Gerichtshof ihr Anrecht auf Kampfanzug und Waffengebrauch. Sogleich sprach der Bundesminister für »Verteidigung«, seit 1999 jedoch Kriegsminister, von »Gleichberechtigung der Frau« (die sonst zuerst auf die Straße gesetzt, an den Kochtopf verwiesen wird). Er ließ Personalstellen vorplanen und erwartete den Umsturz des Grundgesetzes, das kurz nach dem Zweiten Weltkrieg eine Frauenbewaffnung nicht vorgesehen hatte.

Ist das die Spitze des Eisbergs, der im Fachjargon »Disposition zur Kriegführung« heißt? Es sind nur Indizien, eine Art flüchtiger Vögel auf dem klirrenden Monstrum, das uns frieren, womöglich gar sterben macht und das tief in die Abgründe der Staatenwelt reicht. Da sind die zahllosen Waffenwerkstätten und Forschungslabors, bevölkert von Leuten, die von humanen Geboten der Ethik unbeschwert den Tod denken, erfinden, fabrizieren – und unterhalten von Kreaturen, die aus jedem Mordwerkzeug ihr Kapital wuchern lassen. Da sind Kasernen und Manövergelände, Flugplätze und Kriegshäfen, tatsächliche Kampfgebiete mit Millionen Soldaten, wobei der Zusatz »bis an die Zähne bewaffnet« nur ein niedliches Wortspiel wäre. Mobile Panzerkorps und Luftlandtruppen, Bombergeschwader und global operierende Flotten. Einsatzbereite Atomwaffen und Trägerraketen, die den allegorischen

** Der Text entstand in den Diskussionen, die im Vorfeld des Münsteraner Parteitages der PDS (April 2000) über die Anerkennung oder Ablehnung von UNO-Militäreinsätzen geführt wurden. Vorgetragen in »Helle Panke« e. V. am 5. April 2000 in Berlin: »Von Krieg und Frieden. Zwischenbilanz aktuell«. Publiziert in: Philosophische Gespräche 2 (Helle Panke e. V.) Berlin 2000. S. 22ff. sowie UTOPIE konkret. Berlin (2000)115/116. S. 470ff.*

Begriff der »Bombe« längst zur poetischen Untertreibung gemacht haben. Stützpunkte rund um den Erdball. Selbst im Kosmos allgegenwärtige Spionage- und Alarmsatelliten, militärsprachlich als »strategische Aufklärungs- und Leitsysteme« bezeichnet.

Um in der semantischen Schönfärbung zu verweilen: Was sind denn von alledem die »völkerverbindenden« Resultate? – Rüstungswettlauf, Erpressung und Geiselnahme, feindliche Staatenkonflikte und wirklicher Krieg. Alles in allem: Droh- und Explosivkräfte staatlich hochorganisierter, aber privatwirtschaftlich produzierter Militärgewalt. Noch immer gilt Krieg als Politik mit anderen Mitteln. Frieden ist Vorkriegszeit.¹⁴⁶

1.

Noch immer. – Oder schon wieder? Hatten wir nicht mit den Ideologien des Kalten Krieges gebrochen? Nicht Schluß machen wollen mit dem regierungsamtlichen Irrsinn, in einem Angstfrieden leben zu müssen, der auf dem höchst unsicheren »Gleichgewicht des Schreckens«, dem Risiko des atomaren Untergangs beruhte? »Pflugscharen« anstelle von »Schwertern«! So hatte doch der alttestamentliche Streitruf¹⁴⁷ geheißt – angesichts der verschärften Gefahren zu Anfang der 80er Jahre: Brüsseler Raketenbeschlüsse der NATO, Konflikte in Polen, Invasionen in Afghanistan, Grenada und auf den Falkland-Inseln, »Nachrüstung« der Mittelstreckenraketen in der Alt-BRD und »Nach-Nach-Rüstung« in der DDR, Abbruch der amerikanisch-sowjetischen Abrüstungsverhandlungen in Genf. Allzu kurz ist das Gedächtnis für vergangene Fakten. Doch damals fanden sich im Osten wie Westen Menschen genug, die für eine Alternative eintreten mochten.

Ehe ein Holocaust der Menschheit geschah, war Vorrang für allgemeinmenschliche Gattungs-Interessen vor politischen Gruppen-Interessen, war ebenso Schutz der nahen und fernen Umwelt, der natürlichen Lebensgrundlagen, geboten. Anstelle der Hypertrophie des Machtbewußtseins und des Klassenkampfdenkens mahnten wir gewaltfreie Konfliktlösungen und Dialog, friedlichen Wettbewerb und Kooperation der Gesellschaftssysteme an. Anstelle des verordneten »Wehrunterrichts«

146 »Sollen wir die Gattung Mensch vernichten, oder soll die Menschheit auf den Krieg verzichten?« In: Einstein-Russell-Manifest. 9. Juli 1955.

147 »Denn vom Zionsberg in Jerusalem wird der Herr sein Wort ausgehen lassen. Er weist mächtige Völker zurecht und schlichtet ihren Streit. Dann schmieden sie aus ihren Schwertern Pflugscharen und aus den Spitzen ihrer Speere Winzermesser. Kein Volk wird mehr das andere angreifen, und keiner lernt mehr das Kriegshandwerk. Jeder wird in Frieden zwischen seinen Feigenbäumen und Weinstöcken wohnen ...« Der Prophet Micha. Kap. 4, 2–4.

verlangten wir Friedenserziehung. Anstelle der hegemonialen Führungsrolle und des angemäßen Wahrheitsmonopols der Politbüros traten wir zum Zwecke des Weltfriedens für ein tolerantes Bündnis aller Sozialisten, überdies mit Pazifisten, Christen und Kirchen ein. Das Reform- und Friedensverlangen schien bald beflügelt durch »Perestroika« und »Neues Denken«: die weltpolitische Botschaft, die – nach 1917 – noch einmal von Osten kam. Dieser ist zu verdanken, daß mit den Gipfeltreffen der Präsidenten der Supermächte eine Umkehr von militärischer Bedrohung und Abschreckung zu gemeinsamer Sicherheit, also auch Abrüstung, einige Konturen gewann.

Das Ende der »real-sozialistischen« Staaten Europas und damit der bipolaren Konfrontation kam plötzlich als die Strategen des »Westens« auch nur zu denken vermochten. Bei den Demonstrationen, Podiumsdebatten, Medienauftritten, Runden Tischen hegten wir in der DDR die durchaus vage Hoffnung: Man könnte durch die Entmachtung der bürokratisch-zentralistischen SED-Führungsorgane und der »Stasi« zu einem demokratischen Sozialismus gelangen, der im sozialen, politischen, nicht zuletzt moralisch-kulturellen Wettbewerb mit der Alt-BRD bessere Lebensbedingungen für das arbeitende Volk hervorbrächte. Unser Verfassungsentwurf enthielt Menschen- und Staatsbürgerrechte, die auf das Bonner Grundgesetz aufbauten, aber eine erweiterte, in den Interessen der Massen verwurzelte und durch Volksentscheid erwählte Demokratie verhiessen. Die 200jährige Floskel, wonach die »Gewalt vom Volke aus« gehe, sollte tatsächliche »Volkssouveränität« bedeuten. In der Außenpolitik hielten wir – selbst nur mit friedlichen Mitteln vorgehend – völkerfreundliche Deklarationen und Vorleistungen zugunsten einer entschiedenen Abrüstung, sogar Entmilitarisierung in der Mitte Europas, für nötig. »Ein wirklicher Friede in Deutschland und in Europa, gegründet im unbedingten Friedenswillen unseres Volkes, das dem Krieg und der Rüstung für immer entsagt – das wäre jetzt eine große Botschaft für die Völker der Welt ...«¹⁴⁸ Das war die Quintessenz einer Denkschrift an die letzten, diesmal frei gewählten DDR-Minister der Übergangsregierung des Lothar de Maizière. Wir wirkten für eine Uto-

148 Fortsetzung des Textes: »Das wäre zudem ein historischer Gewinn für alle, die bei der Restauration des großen Kapitals soziale und politische Verluste beklagen: Denn was die Menschen östlich von Elbe und Thüringer Bergen betrifft, so wären ihre nahezu halbhundertjährigen Mühen, nach dem Zweiten Weltkrieg ein neues Deutschland in einer friedensfähigen Welt zu errichten, nicht ganz und gar vergebens gewesen.« Helmut Bock: Denkschrift an die amtierende DDR-Regierung unter dem Ministerpräsidenten Lothar de Maizière vom 11. Juni 1990. – Auch veröffentlicht: Friedensbund Europa. Eine Utopie, die jetzt zu verwirklichen ist. In: UTOPIE konkret. Berlin (1990)2. S. 60ff.

pie, die, in Jahrhunderten gewachsen, jetzt zu verwirklichen sei, und ertrugen den Spott, der uns »blauäugig« nannte. Es ist nun einmal die historische Rolle der Linken, daß sie in den Umbrüchen der Gesellschaft nicht bloß das »Menschen-Mögliche«, sondern auch das »Menschen-Notwendige« einfordern.

Immerhin formulierte der Moskauer Vertrag vom 12. September 1990, der dem vereinten Deutschland die völkerrechtliche Souveränität verlieh, das Friedensgebot (Art. 2), den Verzicht auf ABC-Waffen (Art. 3.1), die Reduzierung konventioneller Streitkräfte (Art. 3.2). Die beiden Regierungen an Rhein und Spree gaben ihr Versprechen, »daß von deutschem Boden nur Frieden ausgehen« werde und »Handlungen, die geeignet sind [...], das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten«, als »verfassungswidrig und strafbar« gelten. Boutros Boutros-Ghali, Generalsekretär der UNO, gemahnte an das Scheitern des früheren Völkerbundes und sprach vom »glücklichen Geschick« der Vereinten Nationen: die Welt vielleicht doch noch im Sinne der Charta gestalten zu können. »Das Ende des Kalten Krieges hat uns vom Rande einer Konfrontation zurückgebracht, welche die Welt bedroht und unsere Organisation allzu oft gelähmt hat [...]. Es mag für unseren Planeten, der nunmehr aus anderen Gründen nach wie vor in Gefahr schwebt, nicht noch eine dritte Chance geben.« (Agenda für den Frieden, 1992, S. 53).

2.

Mit dem Ausgang des Weltkonflikts zwischen den Großmächten des liberalistischen Kapitalismus im »Westen« und den Ländern des staatsmonopolistischen Sozialismus im »Osten« schwand die augenblickliche Gefahr des atomaren Infernos. Grund genug für ein befreites Aufatmen der Menschheit. »Die Waffen nieder!« – Bertha von Suttners klassische Losung – schien nicht mehr weit vor dem Ziel.

Die USA und die NATO hatten ihren Feind, den »Kommunismus«, das demagogisch verteuflte »Reich des Bösen«, verloren – somit auch den ewig beschworenen Urgrund ihrer andauernd sich modernisierenden Rüstungen, ihrer weltumspannenden Stützpunktpolitik und Kriegsbereitschaft, ihrer nie preisgegebenen Strategie des Ersteinsatzes von Atomwaffen. Darf man annehmen, daß sich die profitorientierten Rüstungskonzerne glücklich schätzten, künftig statt automatischer Handwaffen nur computerisierte Küchengeräte, statt Panzern und Bombenflugzeugen nur Drei-Liter-Autos und Solarkraftanlagen zu bauen? Darf man hoffen, das Pentagon und die NATO-Institutionen seien froh und

bereit gewesen, den Großteil ihres kostspieligen Personals zu entlassen, damit es sich weniger martialische Jobs suche?

Schon im Januar/Februar 1991 tobte der High-tech-Krieg »Wüstensturm« gegen den Irak, der allerdings durch seine Aggression gegen Kuwait keineswegs schuldlos war. Je länger die amerikanisch-britische Strafexpedition dauerte und irakische Ölfelder brannten, desto mehr erhob sich aber die Frage der Zweck-Mittel-Relation.¹⁴⁹ Wer jetzt für ein konsequentes Embargo, jedoch auch gegen die sechswöchigen Bomberangriffe und den zynischen Test neuester Waffen auf die Straße ging, erfuhr das Alarmgeheul und die speienden Wasserwerfer einer Polizei, die nunmehr gesamtdeutsch war. Obwohl am Persischen Golf selbst nicht beteiligt – jetzt war ganz Deutschland ein NATO-Mitglied. Bonner Minister predigten erhöhte Verantwortung für Europa, sogar für die Welt und verschrien »Friedenstrottel«, die das Ansehen der neuen und großen BRD im Ausland beschädigen würden.

Die Hymnen und die Friedensschwüre der Wiedervereinigung waren verklungen. Nun waren und sind andere Texte zu lesen. Francis Fukuyama zum Beispiel, Planungsspezialist des US-Außenministeriums, bilanziert das Ende des Kalten Krieges und schreibt über kommende heiße Kriege mit Berufung auf den Philosophen einer längst verflossenen Epoche: »Ohne den Krieg und die Opfer, die er verlangt, wird der Mensch laut Hegel verweichlicht und egozentrisch; die Gesellschaft versinkt in eigensüchtigem Hedonismus, und die Gemeinschaft wird letztlich zerfallen.« Mit der hemmungslosen Phantasie eines Schreibischstrategen fügt er hinzu: »Eine liberale Demokratie, die alle zwanzig Jahre einen kurzen, entschlossenen Krieg zur Verteidigung ihrer *Freiheit* und *Unabhängigkeit* führen könnte, wäre bei weitem gesünder und zufriedener als eine Demokratie, die in dauerhaftem Frieden lebt.«¹⁵⁰

Es sollte nicht vergessen werden, daß hier der Verstand eines Liberalismus waltet, der auf den Vorrang des kapitalistischen Eigentums gerichtet ist und in allen bürgerlichen Revolutionen die sozialen Erwartun-

149 »Eines jedoch haben die Krisen in Kuwait, Jugoslawien und der UdSSR gemeinsam. Sie zeigen, daß die ohnehin leise Stimme der Vernunft endgültig schweigt, wenn Waffen sprechen. Sobald Militärs das Heft des Handelns übernommen haben, bestimmt ihre ›Logik‹ den Gang der Ereignisse, müssen Diplomatie und Politik ins zweite Glied zurück. Und noch etwas ist unübersehbar: Die Krisen kommen uns geographisch näher und greifen zeitlich wie kausal ineinander.« – *Modellfall Golfkrieg? Zur Ambivalenz politischer Vernunft. Analysen – Resolutionen – Friedensvorschläge – Chronologien.* Hrsg. von Torsten Wöhlert und André Türpe (Institut für Friedens- und Konfliktforschung Berlin). Frankfurt am Main 1991.

150 Francis Fukuyama: *Das Ende der Geschichte. Wo stehen wir?* München 1992. S. 434f.

gen der kämpfenden Massen enttäuscht, die »Volkssouveränität« geschmälert, die Volks-Demokratie in Blut erstickt, die unterentwickelten Völker ins Kolonialjoch gebeugt hat. Die gedachte Demokratie, mit liberalistischen Konstitutionen und Kapitalbewegungen, ist heute in den G-7-Staaten verkörpert – unter Vormacht der USA. Nach dem Ableben der »Pax sowjetica« beharrt die nun alleinige »Pax americana« auf einer Weltwirtschaftsordnung, in der 80 Prozent der global verfügbaren Ressourcen von jenen 20 Prozent der Weltbevölkerung verbraucht werden, die in den reichen Ländern des Nordens leben. Pax americana im Verbund mit den »westlichen« Großmächten steht für das »Zentrum«, das mit dem Schlachtruf »Globalisierung« die absolute Hegemonie gewinnen will. Es versucht, seine Gesellschaftsordnung, Kapitaldominanz, formaldemokratischen Werte den historisch und kulturell anders gewachsenen Völkern der »Peripherie« zu oktroyieren – und es verfügt dabei über mindestens fünf Monopole: die Überlegenheit der Technik und Technologie, die Kontrolle der globalen Finanzströme, den weltweiten Zugang zu den natürlichen Ressourcen, die Herrschaft über Medien und Kommunikationen, nicht zuletzt den Besitz der zahlreichsten und neuesten Massenvernichtungswaffen. »Freiheit« und »Unabhängigkeit«, die reizenden Worte aus Fukuyamas Begriffsdschungel, bedeuten für diese durchaus souveränen, wohlhabenden und hochgerüsteten Staaten nichts Geringeres als »freien Zugang« zu allen gewünschten Naturschätzen, Billiglohnkräften, Kapital- und Warenmärkten im »Rest der Welt«.

Von »unseren nationalen Interessen« sprach Präsident Bill Clinton, wenn er die bestausgerüsteten Boys in den Einsatz fern von Washington schickte. Könnte es sein, daß Amerikas Golfkriege im Namen des UN-Sicherheitsrats zu schlechter Letzt um Kuweits Erdöl, die Bodenschätze der ganzen Region geführt wurden? Abgesehen vom Furcht einflößenden Exempel militärischer Überwucht – zensurgerecht auf den Bildschirm gezaubert. Wie Zeus nur in antiken Poesien seinen Feuerstrahl über die wehrlosen Völker des Altertums wirft, so schleudern raketenbestückte Piloten ihre tödliche Fracht realiter auf den nahezu verteidigungsunfähigen Gegner. 1 : 1000 etwa beträgt der Verlust auf beiden Seiten der Front. Ein solcher Krieg hat sein Wesensmerkmal, staatlicher Zweikampf zu sein, verloren. Unablässige Rüstung der High-tech-Waffen scheint sogar zu genügen, um hinfort geringer gewappnete Staaten und Völker zu erpressen, zur Botmäßigkeit zu zwingen. Vielleicht ist die Voraussage ernst zu nehmen, wonach künftig etwas weniger Krieg, desto mehr Gewalt sein wird.

Doch Hegemonialmacht braucht Rüstung. Rüstung braucht »Schurkenstaaten«, »Achsen des Bösen« – also »Kriegsgefahr«: das Schreck-

bild eines akuten oder künftigen Feindes. Da ist nach dem Bestsellerautor Fukuyama auch der Bestsellerautor Samuel P. Huntington im Gespräch. Für den Politologen und Berater des Pentagon gerät nach dem Ende des Kalten Krieges sozial gegensätzlicher Gesellschaftssysteme nunmehr ein »Krieg der Kulturen«, der Kulturkreise in Sicht, die durch verschiedene Weltanschauungen, Religionen, Werte, Gesellschaftsstrukturen geprägt sind. Die »Interessen« der USA würden insbesondere durch den Aufstieg Chinas, des konfuzianischen Kulturkreises, und durch die Expansion des Islam bedroht. »Auf jeden Fall werden asiatisches Wirtschaftswachstum und muslimischer Bevölkerungsdruck in den kommenden Jahrzehnten zutiefst destabilisierende Auswirkungen auf die etablierte, westlich dominierte internationale Ordnung haben. [...] Infolgedessen werden die ersten Jahre des 21. Jahrhunderts die anhaltende Resurgenz nichtwestlicher Macht und Kultur sowie den Zusammenprall der Völker nichtwestlicher Zivilisationen mit dem Westen und miteinander erleben.«¹⁵¹ Damit aber der »Westen« politisch und wirtschaftlich überdauere, müßten die USA »ihre Identität als westliche Nation bekräftigen und es als ihre globale Rolle definieren, die Führungsnation der westlichen Kultur zu sein.«¹⁵²

3.

Wir sind wieder wer! hörte man allzu bald nach der deutschen Wiedervereinigung in Bonner Regierungskreisen sagen. Dem Weißen Haus sichtlich vorausgehend, anerkannte Außenminister Dietrich Genscher die Sezession und die staatliche Souveränität Sloweniens und Kroatiens: Die BRD war 1991 unter den Staaten der erste, der die Axt an Jugoslawiens Vielvölkerschaft legen half. Serben, die (anders als kroatische Ustascha) in zwei Weltkriegen gegen die Aggressoren Deutschland und Österreich, also auf der richtigen Frontseite gekämpft und gelitten hatten, wurden benachteiligt, verteufelt, vertrieben. Seitdem war Jugoslawien der Kampfplatz ethnischer und zugleich nationalistischer Volksgruppen: die offene und quälende Krebswunde Europas.

Vor diesem Hintergrund haben Politiker und Militärs der NATO zum Wandel ihrer Strategie geblasen. Schon 1992 ist in den Richtlinien des deutschen Bundesministers der »Verteidigung« von künftigen Bundeswehreinheiten für »vitale Sicherheitsinteressen« die Rede: »Aufrechterhaltung des freien Welthandels und des ungehinderten Zugangs zu

¹⁵¹ Samuel P. Huntington: *Kampf der Kulturen. The Clash of Civilisations. Die Neugestaltung der Weltpolitik im 21. Jahrhundert.* München 1998. S. 188f.

¹⁵² *Ebenda.* S. 507.

Märkten und Rohstoffen in aller Welt im Rahmen einer gerechten Weltwirtschaftsordnung.«¹⁵³ Vier Monate später verlaublich Außenminister Klaus Kinkel, Gentschers Nachfolger, in der FAZ: »Gegenwärtig bewegen wir uns vom Interventionsverbot im Namen staatlicher Souveränität hin zum Interventionsgebot im Namen der Menschenwürde und humanitären Hilfe.«¹⁵⁴ Menschenrecht bricht Völkerrecht: endlich – oder bedenklich?

Wo immer Menschen verfolgt werden, die vor dem Maßstab der Humanität unschuldig sind, bleibt eine »höhere Macht« zu wünschen, die »Recht auf Leben« sichert und den Codex der Menschenrechte vermittelt. Da Gott nicht barmherzig und keineswegs allgegenwärtig ist, muß dies die UNO sein – aufgrund eines stets verbesserten Völkerrechts und unbeeindruckt von Machtinteressen einzelner ihrer Mitglieder. Fukuyama freilich hält wenig davon. Nach seiner Ansicht ist »souveräne Gleichheit aller Mitglieder« ein Geburtsfehler der Vereinten Nationen, so daß er seiner Regierung rät, sich »mehr an der NATO« zu orientieren. Tatsächlich tickte im ursprünglichen »Verteidigungs«-Bündnis der NATO die Zeitbombe, die »out of area« heißt: Militäreinsatz außerhalb der Bündnisregion, um Problemfälle und Streitparteien gewaltsam zu befrieden, wobei die eigenen Staatsinteressen nach Gutdünken zu erfüllen sind. Volker Rühle, CDU-Fachminister für derart potentielle Militärinterventionen, beanspruchte gar den hehren Begriff »Friedensethik«, um die Interventenrolle zu beschönigen, hingegen Pazifisten und Antimilitaristen zu entmündigen.¹⁵⁵ In der Schule von US-Amerikanern und Briten haben Bundeswehrkontingente erste und wachsende Erfahrungen gesammelt: Kambodscha, Somalia, Bosnien, Herzegowina. Aber der blanke Sündenfall der Außen- und Militärpolitik Deutschlands, das in der historischen Stunde und Hochstimmung der Wiedervereinigung seine »Friedenspflicht« gelobte und dem »Angriffskrieg« abschwor, heißt »Kosovo« – richtiger: Angriffskrieg gegen den Rest der Föderativrepublik Jugoslawiens.

Das erste Opfer eines jeden Krieges ist tatsächlich die Wahrheit. Gewiß sind Serben an allen nationalen und ethnischen Konflikten des ehemaligen Staatsgebiets schwerwiegend beteiligt. Und gewiß verletzte die

153 *Presse- und Informationsamt der Bundesregierung. Bonn. 26. November 1992.*

154 *Verantwortung, Realismus, Zukunftssicherung. Deutsche Außenpolitik in einer sich neu ordnenden Welt. In: »Frankfurter Allgemeine Zeitung« vom 19. März 1993.*

155 *Volker Rühle: Mut zur Verantwortung – Deutschland und der Friede in Europa. Rede in der Sankt-Katherinen-Kirche zu Hamburg am 5. Februar 1996. www.bmvg.government.de/presseforum/reden/rede-050296.htm. S. 1–7.*

Belgrader Zentralregierung das Minderheitenrecht, als sie die Unruhen der albanischen Kosovaren mit dem Entzug der Autonomie, mit Repressalien und Vertreibung beantwortete. Daß aber Serben die ganz alleinigen Bösewichter des Balkans seien, ist die Propagandalüge der NATO und insbesondere die Falschmeldung deutscher Regierungen und Medien, welche die Zerschlagung der jugoslawischen Föderativrepublik und ihres staatlichen wie gesellschaftlichen Eigentums seit nunmehr zehn Jahren betreiben. Unter den fünf Millionen Flüchtlingen befindet sich eine Million Serben; auch sie beklagen ihre verlorenen Heimstätten und ihre Toten. Die Unterhändler in Rambouillet mißachteten Jugoslawiens Souveränität gröblichst, indem sie die Militärkontrolle der NATO im gesamten Staatsterritorium verlangten, aber der Öffentlichkeit den Annex B des ultimativen Vertragstextes verschwiegen.¹⁵⁶ Unterwerfung im Frieden – oder Krieg! hieß die einzige Alternative. Allein die Serben sollten als die Rechtsbrecher gelten.

Jedoch es war die NATO-Offensive, die Völkerrecht brach.¹⁵⁷ Es existierte kein UNO-Mandat. Die sich selbst mandatierenden Paktmächte vollzogen den bereits angekündigten Salto mortale vom Verteidigungszum Interventionsprinzip. Ihr Angriff ignorierte den Rechtsgrundsatz der Staatssouveränität, der auch dem UNO-Mitglied Jugoslawien zu steht. Während die deutschen Außen- und Kriegsminister zum Tyranenmord gegen den Regenten in Belgrad aufhetzten, wurde die gesamte serbische Zivilbevölkerung als Geisel genommen. Die Folgen könnten unter anderen Konstellationen wohl Kriegsverbrechen bedeuten: Verwundete, Tote und noch mehr Vertriebene unter den jugoslawischen Staatsbürgern. Zerstörung der zivilen Infrastruktur mitsamt der internationalen Donauschiffahrt. Wiederum Mißbrauch des Krieges zum Test neu entwickelter und sogar verbotener Waffen (Streu- und Splitterbomben, Uranmantelgeschosse, Graphitbomben). Aufheizung des Hasses und der Vertreibungswut unter allen Bewohnern des Kosovo. Es war ein siebenwöchiges Schlachtfest, bei dem die höhnischen Überflieger selbst nichts riskierten und die von ihnen gemordeten Zivilisten, die

156 »Im Ergebnis langdauernder Verhandlungen erklärte sich Präsident Milo'eviæ in Rambouillet und Paris gegenüber den [noch! – HB] mit diplomatischen Mitteln operierenden Staaten des ›Westens‹ bereit, dem Kosovo größere Autonomierechte und -realität einzuräumen, weigerte sich aber entschieden, der NATO Exterritorialitäts- und Manövrierechte für ganz Jugoslawien einzuräumen.« – Hermann Klenner: *Ethnische Minderheiten im Völkerrecht*. In: *Berliner Debatte INITIAL* 10(1999)4/5. S. 135.

157 Siehe *Völkerrecht und Rechtsbewußtsein für eine globale Friedensordnung*. Hrsg. von der *Dresdener Studiengemeinschaft Sicherheitspolitik e. V. Dresden 2000*.

bombardierten Eisenbahnen, Brücken, Fabriken, Auslandsbotschaften als zufällige »Kollateralschäden« abrechneten. Dieser Krieg sei für den Frieden notwendig! tönnte die tägliche Medienlosung. Sie war das verlängerte NATO-Schwert, das die Friedensbewegungen enthaupten sollte.

Ist dieser mörderische Vorgang, den wir nicht »Kosovo«, sondern NATO-Krieg nennen, das Menetekel des neuen Jahrhunderts? Oder darf man mit historisch verlängerter Geduld wieder einmal auf die Vernunft der Regierungen und der Völker hoffen? Jetzt, da die Rauchsquadren verzogen, die Toten verscharrt, die Ruinen aber geblieben sind, kommt die Frage auf, wie lange die NATO-Besetzung im Kosovo dauern und wer alles wieviel für den Wiederaufbau zahlen soll. Wann und wie wird das Volk Jugoslawiens eine vollkommene Wiedergutmachung, einen wirklichen Frieden bekommen? – Unsere staatsnahen Medien, die den Angriffskrieg, die Aggression also, wie im Veitstanz begleitet haben, schweigen sich über Kriegsfolgen aus. Politologen orakeln über »antihumanitären Humanismus«, über nötige und leider auch fragwürdige »Doppelmoral«. Sogar im Lager der Krieger zischelt das Unbehagen: Die Deutschen hätten die Amerikaner in den Balkankonflikt hineingezogen. Die Amerikaner hingegen hätten der Europa-Union just in den Geburtsstunden des EURO zeigen wollen, wer die Welt-Ordnungsmacht sei. Militärintervention als Friedensmittel scheint zweifelhaft.¹⁵⁸ Schon wird auf das Gegenbild »Südafrika« gewiesen, wo ein langes und konsequentes Embargo den Krieg vermieden, die Apartheid gebrochen hat. Aber die atlantischen Strategen stecken im Fangeisen ihrer eigenen martialischen Politik: Nur lau ist ihr Einspruch gegen Rußlands Kaukasuskrieg – wobei sie doch unter der Hand ein »nationales Interesse« an Tschetscheniens Sezession wie an der ganzen Öl- und Handelsregion vom Kaspischen Meer bis zum Balkan hegen.

4.

Hier nun schließt sich der Kreis unserer historischen und aktuellen Betrachtungen. Noch immer besteht die fatale Alternative, in der seit Jahrhunderten zwei Entwicklungslinien widerstreiten. Die erste und dominierende Linie offenbart Tendenz und Triebkräfte von Staatspolitiken, die mit den Mitteln des Hegemoniestrebens, der permanenten Rüstung und der verheerenden Kriege zum Ruin der Moral und Kultur, zum Massenmord »von Staats wegen« – letzten Endes zum Exitus der Menschheit

¹⁵⁸ Siehe Oliver Tolmein: *Welt – Macht – Recht. Konflikte im internationalen System nach dem Kosovokrieg*. Hamburg 2000.

führen. Die zweite, gegenläufige Linie aber bezeugt das Bedürfnis und die Interessenträger einer anderen Politik: Sie ist verkörpert in Friedensdenken und Friedensbewegungen, Menschenrechtsdeklarationen und Völkerrechtsgeboten, Völkerfreundschaften und universalen Föderationen, die auf vernünftige und friedliche Konfliktlösungen abzielen – auf eine Verwirklichung gemeinsamer Sicherheit, Gleichberechtigung, Solidarität und schließlich des Weltfriedens. Krieg oder Frieden? Von Machtstreben verursachte Katastrophen oder von Friedenswillen rational gesteuerte Entwicklung? Welche Kraft dieser entscheidenden Alternative wird in Gegenwart und Zukunft obsiegen?

Vor diesem welthistorischen Hintergrund haben führende PDS-Politiker in den Monaten vor dem Münsteraner Parteitag (April 2000) die Möglichkeit verfochten, Militäreinsatz und Krieg aufgrund von Beschlüssen des UN-Sicherheitsrats im »Einzelfall« oder auch »Ausnahmefall« bejahen zu können. In der Partei, die sich nach den Golfkriegen als »dem Pazifismus verpflichtet«, sogar als »entschiedene Gegnerin von Kampfeinsätzen jeglicher Art, ob unter UNO- oder NATO-Helmen«, erklärte,¹⁵⁹ war die leninistische Unterscheidung zwischen guten und bösen, »gerechten« und »ungerechten« Kriegen wieder aufgekommen. Was freilich von den »realpolitischen« Diskussionsmachern nicht ganz und gar unmißverständlich als höchstes Prinzip verfochten wurde, ist das unbeirrte Nein gegen Militärgewalt und Krieg, ihre Ersetzung durch alle nur möglichen Initiativen und Instrumentarien zwecks Konfliktbefriedung und Friedensstiftung. Nomen est omen: »Pazifismus« war in ihrem (allerdings fehlgeschlagenen) Antrag an den Parteitag gestrichen worden.¹⁶⁰ Sind denn Produktion und Einsatz der Nuklearwaf-

159 Frühere Positionen der PDS: 1. Erklärung des Parteivorstandes der PDS anlässlich des 50. Jahrestages der Gründung der Organisation der Vereinten Nationen. In: PDS-PresseDienst. Berlin Nr. 42/95. 2. Zivile und nichtmilitärische Konfliktbearbeitung und Friedenssicherung. Antrag der Abgeordneten der PDS an den Deutschen Bundestag. Bonn. 13. Januar 1998. 3. Protokoll der gemeinsamen Konferenz von AG Friedenspolitik Berlin, Deutscher Friedensrat e. V. und AG Internationale Politik der PDS-Bundestagsfraktion am 4. September 1999 in Berlin. In: Gebt dem Frieden im 21. Jahrhundert neue Chancen. Lehren und Erfahrungen der Friedensbewegung im 20. Jahrhundert. Historisches, Politisches, Aktuelles über Pazifismus und Anforderungen an die Friedensbewegung im 21. Jahrhundert. Hrsg. von Herbert Jansen und Wolfgang Triebel. Berlin 2000.

160 Veränderte Diskussionlage in der PDS vor dem Parteitag zu Münster: 1. Die Charta der Vereinten Nationen und die PDS. Brief von Lothar Bisky und Gregor Gysi an die Mitglieder der PDS. 8. November 1999. 2. Positionen der PDS zur internationalen Krisen- und Konfliktbewältigung. Antrag des Parteivorstandes an den Münsteraner Parteitag. April 2000. 3. Nein zu UN-Militäreinsätzen. Internationale Krisen und Konflikte friedlich lösen. Antrag von Sylvia-Yvonne

fen keine Todesgefahr für die Menschheit geblieben, so daß die pazifistische Maxime »Die Waffen nieder!« vernünftig ist? Hat nicht die ebenfalls pazifistische Losung »Pflugscharen statt Schwerter« vormals die Kraft der Friedensemotion von Millionen erwiesen und politische Entscheidungen erzwingen können? Trotz antimilitaristischer Beteuerungen im Parteivorstand: Ideen und Praktika der Friedensbewegungen – zumal der internationalen Konflikt- und Friedensforschung – scheinen durch stetige, planvolle Zusammenarbeit noch keinesfalls ausgeschöpft.¹⁶¹

Wohl könnten Situationen aufkommen, wo ein Aggressor oder ein Massenschlächter à la Pol Pot durch militärische Aktivitäten der UNO in eine gewünschte Welt-Friedens-Ordnung gezwungen werden muß. Der PDS stünde es dabei wohl an, in Kooperation mit anderen Friedenskräften dafür zu wirken, daß Konflikte möglichst mit unkriegeri-schen Mitteln gelöst, im Falle einer unvermeidbaren Militärintervention die Zweck-Mittel-Relation streng kontrolliert und imperialistische Vorteilsnahme durch die von der UNO beauftragten Staaten ausgeschlossen würde. – Doch überhaupt: Ist jetzt die übereilte Erwägung eines Jaworts für Militäractionen und Krieg die gebotene Klugheit einer sozialen und politischen Alternativpartei? Wäre nicht Entmilitarisierung in der Mitte Europas, wenigstens die vollständige Beseitigung von ABC-Waffen, eine bessere Streitsache? Könnte nicht selbst Japans halbhundertjährige Verweigerung, an Kriegen teilzunehmen, eine militärpolitische Ermutigung sein?¹⁶¹

Noch ist Zeit, der Menschheit ein Zeichen zu setzen: Ein ehrlicher Friede, gegründet im Friedenswillen von Deutschen, die dem Krieg und der Rüstung entsagten – das wäre tatsächlich die große Botschaft für die Völker Europas, der Welt. Der blanke Hohn, der uns von »Blauäugigkeit« spricht oder als »Friedenstrottel« verteufelt, ist erträglich. Am Jahrhundertbeginn 2000 gilt noch immer der Satz: Es ist die geschichtliche Rolle einer »modernen linkssozialistischen Partei«, daß sie in den Umbrüchen der Gesellschaft nicht bloß das »Menschen-Mögliche«, sondern auch das »Menschen-Notwendige« einfordert.

Kaufmann an den Münsteraner Parteitag, April 2000. (Dieser wurde mit 219 gegen 126 Stimmen angenommen.)

161 »Zu der zu neuem Leben erweckten Ideologie des gerechten Krieges ist die Konzeption eines gerechten Friedens die einzig vernünftige Alternative.« – Die Kultur des Friedens. Weltordnungsstrukturen und Friedensgestaltung. Hrsg. von Volker Bitalas, Hans-Jürgen Häßler und Ernst Woit (Institut für kulturelle Friedens- und Konfliktforschung Hannover). Würzburg 1999. S. 9.

162 Siehe Frieden schaffen! Mit UNO-Waffen? Hrsg. von Sylvia-Yvonne Kaufmann. Berlin 2000.

ZUM AUTOR DIESES HEFTES

Helmut Bock, Prof. Dr. phil. habil., geb. 1928 in Köln/Rhein. 1944–1948: Metallarbeiter, Frontarbeiter, Soldat, Prisoner of War, Landarbeiter, Brückenbauarbeiter, Schutzpolizist und Lehrer an der Polizeischule Berlin. 1948–1951: Studium der Germanistik und Geschichte an der Pädagogischen Fakultät der Humboldt-Universität zu Berlin. 1951–1953: Lektor und Prorektor für Studentenangelegenheiten an der Deutschen Hochschule für Körperkultur in Leipzig. 1953–1960: wiss. Aspirant und Assistent an der Philosophischen Fakultät der Karl-Marx-Universität Leipzig. 1960: Promotion über den deutsch-jüdischen Schriftsteller Ludwig Börne. 1960–1970: wiss. Sekretär und stellv. Abteilungsleiter am Institut für Deutsche Geschichte der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin. 1970: Habilitation über konservative Rebellen in der preußisch-deutschen Geschichte. 1971: Ernennung zum Akademieprofessor. 1971–1977: Leiter der Abteilung Kulturgeschichte am Zentralinstitut für Geschichte der Akademie der Wissenschaften der DDR. 1978–1991: Mitarbeiter für Geschichte von 1789 bis 1917 im selben Institut. 1968–1990: Mitglied des Herausgeberkollegiums der Deutschen Geschichte (6 Bde.). 1971–1990: Vorsitzender der Zentralen Sektion Geschichte beim Präsidium der URANIA. 1992–1993: Einzelvertrag im Wissenschafts-Integrationsprogramm für ostdeutsche Bundesländer. Seit 1994: Rentner, lebend in Berlin. Mitglied der Leibniz-Sozietät e. V.

Wichtigste Buchveröffentlichungen: Ludwig Börne. Vom Gettojuden zum Nationalchriftsteller, Berlin 1962. – Die Illusion der Freiheit. Deutsche Klassenkämpfe zur Zeit der französischen Julirevolution. Berlin 1980. – Unzeit des Biedermeiers. Historische Miniaturen zum deutschen Vormärz (Hrsg.). Berlin 1985, Köln 1986. – Krieg oder Frieden im Wandel der Geschichte. Von 1500 bis zur Gegenwart (Hrsg.). Berlin 1989. – Napoleon und nationale Unabhängigkeit. Der Widerspruch des Fortschritts (Hrsg.). Berlin 1990. – Aufbruch in die Bürgerwelt. Lebensbilder aus Vormärz und Biedermeier (Hrsg.). Münster 1994. – Ferdinand von Schill. Preußische Köpfe. Berlin 1998. – Wir haben erst den Anfang gesehen. Selbstdokumentation eines DDR-Historikers. Berlin 2002.